

Failing Sciences Embedded Stakeholders

Wider den SFB 700



Inhalt

	Change is coming	3
	SFB 700 angreifen!	4
Für eine postmoderne Erneuerung des antikolonialen Kampfes		10
	Wider die Waffen der Realitätsschmiede SFB 700	14
	Bildungsprivatisierung Version OSI	19
»Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen.«		26
	Im Afghanistan-Einsatz für Uni und Militär	32
Die systemische Aggressivität des Clusters SFB 700		34
	No Go Areas in Berlin	36
	Links	U4

Impressum
copyright:
Paul Revere
Paul Revere Village
Kriegsstraße 2
76131 Karlsruhe

2009

Bildnachweis: Björn Kietzmann: S. 5,6,7,8,12
Coverfotos: internet und <http://images.google.de/images?gbv=2&ndsp=21&hl=de&q=george+cruikshank&start=252&sa=N>

Wir danken den Autorinnen und Autoren für die zur Verfügungstellung der Beiträge. AG Paul Revere

Change is coming

Aber hat Obama auch gesagt **which sort of change** er meint? Die Neocons in den USA sprechen seit 10 Jahren vom Regime Change, und gaben das als Grund aus für den Irakkrieg – hat er das daher? Change is coming: das erste, was mensch von Obama hörte nach seinem Wahlsieg: dass er die Militärführung einschließlich Gates und Petraeus übernehmen wird. Es handelt sich bei dieser Militärführung allerdings um eine sehr dynamische Führung, eine Führung im Umbruch, die sich neue Aufgaben stellt.

Yes We Can – aber was können wir? »Wir« – sind das nicht die sozialarbeiterisch zu betreuenden metropolitanen Unterschichten, die seit 100 Jahren vom Elend des Trikont in der einen oder anderen Weise profitiert haben, und die jetzt von der Krise bedroht sind? Und wenn Wir nicht mehr profitieren wollen, richtet sich die große Keule dann nach innen? Werden die neuen **Universal Soldiers** bei der Fahne bleiben, auch wenn ihre Häuschen versteigert sind und ihre Kreditkarten leer?

Es ist wieder an der Zeit, über den Zusammenhang von Krieg und gesellschaftlicher Transformation nachzudenken. Obama wird vielleicht nicht zu Unrecht gern mit Roosevelt verglichen, ein **Social Worker for President**, auf der Suche nach einer politischen Antwort auf die Great Depression, ein neues Social Engineering, welches sich erst durch den Kriegseintritt verwirklichen konnte. Krieg als Medium sozialer Transformation – in Deutschland hat mensch das mehr als anderswo noch in den Knochen.

Yes We Can – Krieg in der Krise, Krise ist Krieg. Raus aus dem Irak, rein nach Afghanistan. Oder nach Pakistan? Nach Ägypten wie weiland Napoleon? Irgendwo wird mensch doch gewinnen können? Oder wenigstens im eigenen Land?

Governance

Wenn es eine Zeitkurve im »Maß an Demokratie« gibt, so liegt deren Höhepunkt in den USA vielleicht in den Jahren unter Ford. Hier in Deutschland blieb es eigentlich bei den Versprechungen Willy Brandts. Von da an gings bergab. Für andere Regionen der Welt, in denen Demokratie oft nur ein kurzlebiger Saisonartikel war, gilt eine solche Zeitkurve nicht, denn die westlichen Demokratien lebten immer schon von einem Differential der Freiheit.

Seit den 80er Jahren gibt es weltweit einen Trend, der gegen »Demokratie« läuft (soweit denn diese als offener partizipativer Prozess verstanden wird): eine zunehmende Effizienz der politischen Technologie, und diese gestützt auf eine parallele Datenwelt und Simulationstechnik, welche die lebendige Gesellschaftlichkeit für die politischen TechnokratInnen zu ersetzen vermag. Politik ist eine Frage des Managements und der Task Forces. Dazu passt, dass Obama eine Topmanagerin von McKinsey, Nancy Killefer, zur obersten Budgetwächterin ernennt, die von sich sagt, dass sie erfahren sei in der

Durchsetzung des Wandels »im öffentlichen und im privaten Sektor«. Der Begriff der Demokratie, den die westlichen PolitikerInnen vor sich hertragen, ist nur mehr ein Label für humanitäre und sonstige Interventionen. Governance in Regionen der Failed States – das ist genau das Gegenteil der demokratischen Versprechen. Die ExpertInnen im SFB 700 haben diese Tatsache zur quasi natürlichen, axiomatischen Voraussetzung ihrer Embedded Sciences erhoben (vgl. den Text *Wider die Waffen der Realitätsschmiede SFB 700* in dieser Broschüre).

Der Begriff »Governance« stammt ursprünglich aus der Welt der privaten Wirtschaft und auch der Begriff der »Stakeholder«, von dem im Kontext des SFB 700 öfter die Rede ist, wurde von R.E. Freeman für den Bereich der Betriebswirtschaftslehre geprägt. Im Gegensatz zum Begriff des »Shareholders« wird ein Umkreis der Beteiligten beschrieben, der in seiner Gesamtheit zu moderieren und bei der Stange zu halten ist. Im Begriff der »Governance« steckt die Forderung, die Stabilität und die Profitabilität des betreffenden Systems zu steigern und zu bewahren. Der Begriff ist von vornherein antidemokratisch, weil er die Offenheit eines demokratischen Systems von vornherein beschneidet, indem er die Planungshoheit nach den Vorbild der Managementgesellschaft als wissenschaftlich / technokratischen Prozess für sich in Anspruch nimmt.

Die Sozialwissenschaften, die sich in diesen Kontext stellen, sind in keiner Weise demokratisch legitimiert, sie sind vielmehr zutiefst antidemokratisch; sie orientieren sich am Prinzip der Machbarkeit, der Effizienz und der Anwerbung von Drittmitteln und längst nicht mehr an der Frage nach der Geschichte und Potentialität des demokratischen Prozesses. Längst quasi betriebswirtschaftlich, oder besser: als Cluster organisiert und funktionalisiert, verschanzt mensch sich hinter einem Wissenschaftsbegriff, der formal organisiert ist und dessen Funktion vor allem die Exklusion all derer ist, die ein demokratisches Interesse an der Funktion der Sozialwissenschaften haben könnten. Dem entspricht der Umgang mit Kritik: »Kill it or buy it«. Es wird vielleicht einmal eine Geschichte des SFB 700 geben, die diesen Punkt verdeutlicht, aber das ist ohne Bedeutung.

Human Terrain Systems

Nach Vietnam hatte sich die Kriegsführung á la USA zunehmend vom Feind gelöst: der Krieg wurde in die Sterne verlegt und auf die Technologie chirurgischer Schläge. Binnen Tagen konnte die Army den Sieg über die Truppen Saddams feiern, aber sie wurde in den Niederungen des sozialen Kleinkriegs auf den eigentlichen Feind zurückgeworfen: Human Terrain statt Regime Change. Die Antwort, »The Surge«, war eine Steigerung der militärischen Intensität: mehr Soldaten, mehr Material, vor allem aber ein neuer sozialer Tiefgang der Kriegsführung. Unter der Federführung von General Petraeus wurden zu diesem Zweck auch die Sozialwissenschaften als

militärischer Faktor einbezogen (siehe den Beitrag über die AnthropologInnen im Krieg, in dieser Broschüre).

Bitte, lassen Sie sich nicht einreden, dass die Bomber, Panzer und AnthropologInnen Freiheit und Entwicklung nach Mittelost oder sonstwo hin tragen. Für die Hälfte dessen, was allein die Vereinigten Staaten für das Militär ausgeben, könnten alle Hungernden der Welt gesättigt werden. Kapitalismus heißt aber: Anders-Verwendung der Mittel. Die NATO erfindet nach dem kalten Krieg eine neue Aufgabe: die humanitären Interventionen verdichten sich zur Verteidigung »unserer Freiheit« gegen die Ansprüche der trikontinentalen Unterschichten – ein globales soziales Containment, welches zur direkten Konfrontation mit diesen Unterschichten führt: Aufstandsbekämpfung, Kontrolle der Migrationsbewegungen, Krieg in den Slums. Die militärische Sozialpolitik in Bagdad, im Gaza Streifen und in Afghanistan folgt einem neuen Paradigma, in welchem die Angriffe aus der Luft mit neuen Bodensystemen kombiniert werden: den Human Terrain Systems.

Bitte, bedenken Sie, dass die Strategie, die Mehrheit der Weltbevölkerung militärisch in Schach zu halten, hier in den Metropolen mit einem hohen Preis bezahlt werden muss. Human Terrain Systems werden auch in den hiesigen Armutsvierteln installiert. Wir sind auf dem Weg in eine remilitarisierte Gesellschaft. Die Bildung zivil-militärischer Exzellenzcluster an den Universitäten ist nur ein Aspekt dieser Entwicklung.

Es bleibt zu hoffen, dass am OSI, und nicht nur dort, eine Diskussion einsetzt, in der zu diesem Drift Gegenpositionen entwickelt werden. Vielleicht leistet diese Broschüre dazu einen bescheidenen Beitrag. Es geht nicht nur um die Freiheit der Wissenschaft, aber auch darum.

SFB 700 angreifen!

Irgendwann im Frühjahr 2008 stieß irgend jemand aus unserem losen Zusammenhang bei seinen/ihren Recherchen zu den neuen Strategien der Kriegführung auf den SFB 700, der hauptsächlich am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin beheimatet ist. Die Studie von Jan Koehler und Christoph Züricher zu Afghanistan¹, die ihre Bedeutung sowohl aus ihrer Verwendung an der »Heimatfront« zur Rechtfertigung des Kriegseinsatzes der Bundeswehr bezieht, als auch aus ihrer Analyse und Bewertung neuer (zivil-militärischer) Instrumente an der Kriegsfront selbst, ließ dabei besonders aufhorchen. In anderen Feldern des sozialpolitischen Angriffs hatten wir uns seit Monaten mit »Cluster«² als neuen Strategien der tieferen Durchdringung und versuchten Bemächtigung des Sozialen

beschäftigt und sahen nun, dass diese ihre Entsprechung auch auf der Ebene des militärischen, insbesondere des zivil-militärischen Komplexes fanden. Die Ausdehnung der zivil-militärischen Zusammenarbeit über die diversen Kooperationen mit Hilfsorganisationen, NGOs und Kriegsunternehmen wie bspw. Blackwater³ in den USA oder, demgegenüber eingeschränkt, DHL⁴ in Deutschland hatte also auch die Universitäten erreicht. Und, auf den ersten Blick besonders empörend, ließ sich nun ein Institut in den Dienst der neuen Strategien der Kriegführung stellen, das sich ehemals als Ort linken kritischen Denkens jenseits affirmativer Gesellschaftspolitiken dem herrschaftswissenschaftlichen universitären Diskurs zu entziehen suchte.

1 <http://media.de.indymedia.org/media/2008/11//234002.pdf>

2 G. Geppert, D. Hartmann: Cluster, Die neue Etappe des Kapitalismus, Berlin 2008.

3 Scahill, Jeremy: Blackwater, Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt, München 2008.

4 <http://dhl.blogspot.de/>

Wir hatten verstanden, dass eine erfolgreiche zivil-militärische Zusammenarbeit zum Schlüssel für das Gelingen derzeitiger und zukünftiger Bemächtigungen anderer Gesellschaften geworden ist, dass den vielfältigen Resistenzen und Blockierungen, denen sich die (militärisch) gewaltsamen Zugriffe auf Ressourcen, Gesellschaftlichkeit, Menschen gegenüber sehen, nur durch das Verständnis der sozialen Dynamiken begegnet werden kann, dass der Griff ins Soziale nur über das Verstehen des Sozialen selbst gelingen kann, nicht allein über dessen andauernde blutige Zerstörung, wie sie bspw. in der Strategie des »Shock and Awe« zum Ausdruck kommt. Wenn sich also über die brutale militärische Kriegführung allein das Ziel der Unterwerfung und Indienststellung der Gesellschaften des »globalen Südens« nicht bewerkstelligen lässt, dann bedarf es anderer, neuer Formen der Bemächtigung, des Regierens.

Wir identifizierten den SFB als ein clusterartiges Gebilde, als eine Variante des Public-Privat-Partnership zivil-militärischer Verflechtung, der sich mit seiner (Feld) Forschung affirmativ und selbstverständlich in die aggressiven Vorstellungen deutsch/europäischer Politik einbringt, nach denen Deutschland etwa nicht nur »am Hindukusch verteidigt« wird, sondern sich den Zugriff auf »seine« Rohstoffquellen sichern und in aller Welt »Verantwortung« übernehmen muss. Sei es in der Übertragung deutscher Steuerungs-, Ordnungs- und Verwaltungsvorstellungen auf »zurückgebliebene« Gesellschaften, der Polizeiausbildung, der Piratenbekämpfung oder der Flüchtlingsabwehr, kein Feld in dem sich nicht »Deutschland« berufen fühlt, planerisch, organisatorisch, zivil-militärisch einzugreifen.

»Deutsche Sicherheitspolitik beruht auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff, ist vorausschauend und multilateral angelegt. Sicherheit kann weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist«, heißt es im Weißbuch des Bundesministeriums der Verteidigung von 2006. Diesem »Comprehensive Approach«, der sich in seiner geographischen Reichweite auf nichts weniger als die ganze Welt erstreckt, entspricht an der Heimatfront u. a. die Hereinnahme der sozialwissenschaftlichen Intelligenz als »embedded anthropologists« in die Strategien der Kriegführung. In allen wichtigen Papieren der MilitärstrategieInnen spielt die Entwicklung einer »comprehensive strategy« mit der Integration ziviler AkteurInnen in den militärstrategischen Komplex eine herausragende Rolle.⁵

»Die Verbreitung handlungsfähiger Netzwerke macht ethnografische Aufklärung für die USA wichtiger als jemals zuvor«⁶, schreibt Lieutenant Colonel Fred Renzi von der U.S. Army im

Military Review vom Sept./Okt. 2006 unter der Überschrift »Networks: Terra Incognita and the Case for Ethnographic Intelligence«.

Dieser Terra Incognita sind auch die Forschungen des SFB 700 gewidmet, und auch der SFB 700 sieht sein Operations- bzw. Forschungsfeld auf beachtliche »zwei Drittel der Welt« ausgedehnt, denn die Terra incognita des Sozialen bedroht überall die bestehenden Herrschafts- und Ordnungsverhältnisse wo »Räume begrenzter Staatlichkeit« identifiziert werden, ob in »Nigeria, Somalia, Brasilien, Kenia und China ... [in] Süditalien, [den] Vororte[n] von Paris sowie sogar Berlin-Neukölln«, wie Risse/Lehmkuhl in ihrem Buch »Regieren ohne Staat?« ihr Feld sozialforscherischen Zugriffs umreißen.

In einem jahrhundertelangen Prozess kolonialer, imperialistischer und (IWF und Weltbank gestützter, strukturangepasster) postkolonialer Ausbeutung wurde der globale Süden in Armut, Hunger und Krieg getrieben, seine gesellschaftlichen Gefüge fortgesetzten Auflösungs- und Zerstörungsprozessen ausgesetzt. Doch die Menschen des Südens waren und sind nicht einfach Opfer alter oder neuer Zugriffstrategien. Sie reagier(t)en auf vielfältige Weise, entwickel(t)n immer wieder neue Widerständigkeiten, neue Resistenzen, Gegenwissen; blockier(t)en die Entwicklungsinitiativen, bilde(te)n neue Assoziationen, entzogen sich durch Verweigerung den Diktaten der Mächtigen, kämpf(t)en gegen ihre »Herren« oder migrier(t)en auf der Suche nach einem besseren Leben und forder(te)n ihren Anteil an Reichtum und Einkommen.

Widerständigkeiten, Eigenwillen, Resistenzen benötigen soziale Zusammenhänge, ein soziales Gefüge in dem und aus dem heraus sie sich entfalten können, dieses wuselig dynamische Geflecht entzieht sich wo immer möglich dem Zugriff von Herrschaft und Macht, will nicht regiert werden und steht als Terra Incognita den Herrschafts- und Machtansprüchen gegenüber.

Dieser Zusammenhänge sind sich die ProtagonistInnen des SFB 700 durchaus bewusst, wenn sie auf ihrer Suche nach »neuen Formen des Regierens« bspw. die Colonial Governance erforschen und in Bezug auf die französischen Eroberungen in Kanada feststellen, dass: »Ganz offensichtlich es den Vertretern metropolitane Macht nicht [gelang], das einzufordern bzw. aufzubauen, was Max Weber als Grundlage von Herrschaft bezeichnet, nämlich Gehorsamsbereitschaft und Gehorsamspflicht.«⁷

Der SFB 700 will die Strategien und Initiativen der Unterdrückten und Ausgebeuteten sich den Ansprüchen von Herrschaft und Macht zu entziehen, untersuchen. Doch sie interessieren ihn nicht (weder historisch noch in der Gegenwart) aus der Perspektive von unten, als Lernmaterial sich Herrschaft,

5 Im Original: »The proliferation of empowered networks makes ethnographic intelligence (EI) more important to the United States than ever before.«

6 Siehe: General (ret.) Dr. Klaus Naumann u. a., Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, Lunteren 2007.

7 U. Lehmkuhl, Regieren im kolonialen Amerika: Colonial Governance und koloniale Gouvernamentalité in französischen und englischen Siedlungskolonien, S. 111 in: Th. Risse, U. Lehmkuhl, (Hg.), Regieren ohne Staat, Baden-Baden 2007.

Macht, Regierung zu entziehen, sie zu bekämpfen, sondern im Gegenteil, sie interessieren ihn, um der Macht neue Möglichkeiten, neue Strategien, »neue Formen des Regierens« an die Hand zu geben.

Damit macht sich der SFB 700 zu unserem Gegner, deshalb wurden aus verschiedenen Zusammenhängen im Laufe der letzten Monate mehrere Protestveranstaltungen gegen ihn organisiert.

So kam es am Antikriegstag, dem 1. September 2008, zu einer kurzfristigen symbolischen Blockierung einer Veranstaltung des DGB, der einen Vertreter des Auswärtigen Amtes, einen SFB-Mitarbeiter sowie jeweils einen Vertreter der Grünen und der Linken zur Diskussion eingeladen hatte.

Auf indymedia steht dazu:

AntimilitaristInnen haben die Eingangstüren des zentralen DGB-Gebäudes in Berlin mit Kette, Schlössern und Transparenten dicht gemacht. Unter der Parole »Keine Diskussion mit Kriegerintellektuellen und Kriegstreibern – Governance ist Krieg« wurde der Zugang zu einer Veranstaltung versperrt.

»Der Einsatz von Militär kann keine Lösung sein!« postulierte der DGB Berlin-Brandenburg zum Weltfriedenstag, um gleichzeitig im nächsten Schritt Kriegstreibern ein Forum zu bieten: Afghanistan-Referatsleiter Rüdiger König vom Auswärtigen Amt und Jan Koehler vom Sonderforschungsbereich (SFB) 700, FU Berlin, dürfen in der DBG-Zentrale neue Ideen intensiverer Kriegsführung gegen die afghanische Bevölkerung darlegen. Nicht »Stop dem Krieg«, sondern »Wie wird dieser effektiviert?« war als Thema des Abends vorgesehen. ... Keine Diskussion mit Warrior-Intellectuals!

Governance ist Krieg. Die Warrior-Intellectuals vom SFB 700 stoppen.

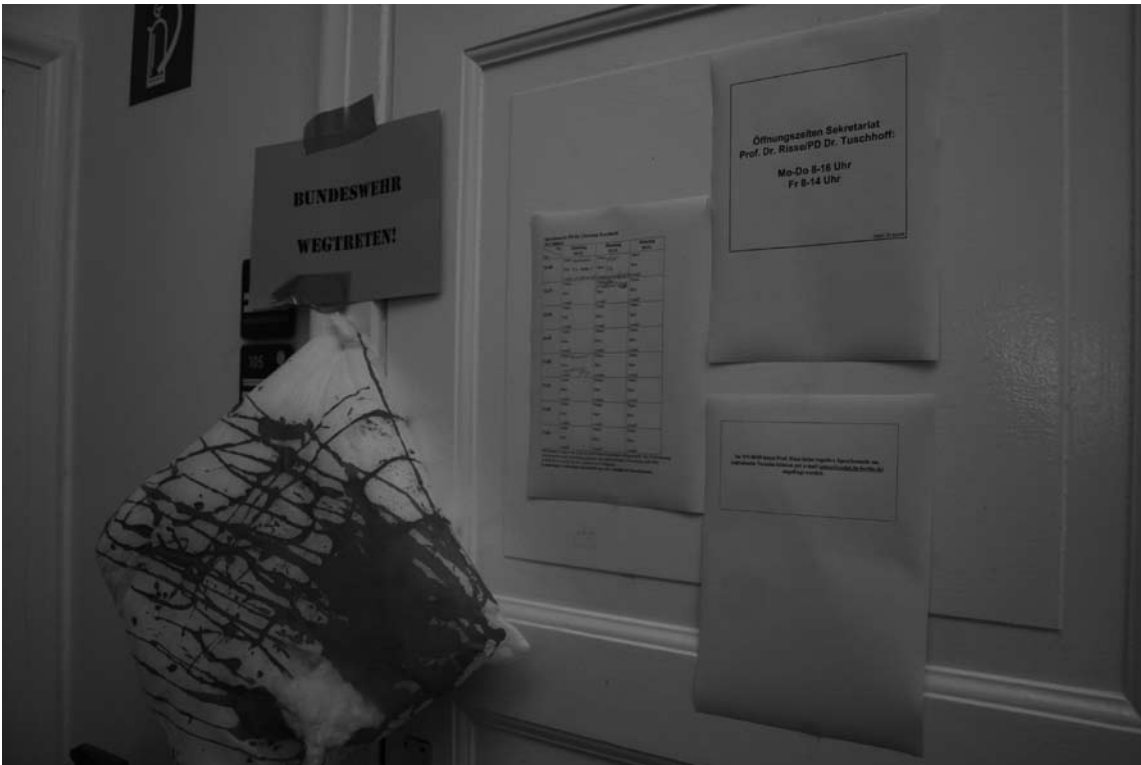
Mehr dazu unter: <http://de.indymedia.org/2008/09/225950.shtml>



Am Sonntag, den 26.10.2008 gab es beim »Langen Tag des Antimilitarismus« mit Lesungen, Gesprächen, Vorträgen, Filmen, Ausstellungen zu Themen wie:

Krieg als Dienstleistung – Militainment Video Lecture – Wohin marschiert Die LINKE? – Humanitäre Interventionen – Arbeitsmarkt Bundeswehr – Baghdad Burning – Exterritorialität, Lager, Folter – 60 Jahre NATO – Wofür steht der Name Bernard Kouchner? – Zivil-militärische Zusammenarbeit – Runder Tisch der AntimilitaristInnen, Solidarität mit Axel, Olli und Florian! Einstellung der §129 Verfahren! – und eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum SFB 700.

Mehr dazu unter: <http://www.antimilitarismustag.de/programm.html>



Für die »Entbettungsaktion« am 12.11.2008 schlossen sich mehrere Initiativen zusammen, um im Rahmen des Europäischen Aktionstages gegen militärische Infrastruktur und Militarismus den Protest direkt zum OSI zu tragen.

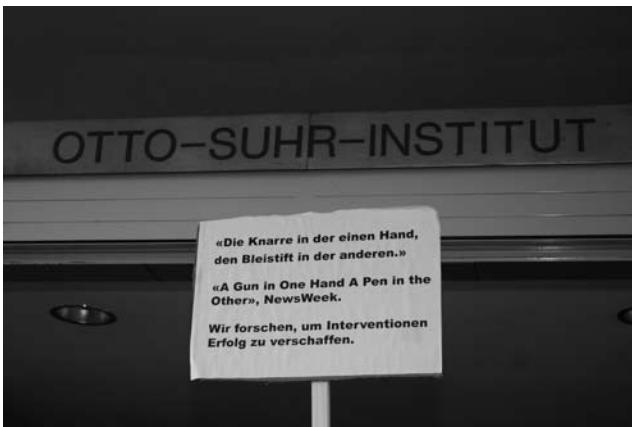
Dazu Indymedia:

Heute fand eine antimilitaristische Entbettungsaktion am OSI, dem Politikwissenschaftlichen Institut der Freien Universität Berlin statt. Die Aktion richtete sich gegen den Sonderforschungsbereich (SFB) 700, dessen WissenschaftlerInnen sich einbetten in militärische Konzepte zivil-militärischer Zusammenarbeit für Interventionskriege.

»Wer sich einbettet muss Federn lassen« stand auf einem Transparent, das im 1. Stock aus dem Fenster gehangen wurde. »Kriegsforschung stoppen« stand auf einem anderen Transpi vor dem Eingang. Mit entsprechender Symbolik wurden blutrote Kissen an die Türen der Büros verantwortlicher ForscherInnen des SFB 700 genagelt. Eine Papp-Figur mit dem Gesicht von Thomas Risse, Sprecher des SFB 700, fand zwischen tarnfarbigen Kissen eingebettet Platz im Eingangsbereich des OSI-Gebäudes – Federn lassend. Studierende und

Beschäftigte wurden mit Flugis und Redebeiträgen informiert wie die ForscherInnen des SFB 700 Funktionen übernehmen für die neuen aggressiven Militärstrategien. Unter anderem wird Akzeptanzforschung durchgeführt für die neo-kolonialen und imperialistischen militärischen Interventionen in Afrika und Asien. Für die Afghanistan-Studie, mit der der SFB 700 sich in der Öffentlichkeit gerne präsentiert, gab es einen nicht-öffentlichen Auftrag des Verteidigungsministeriums. Die Zielsetzung war militärisch definiert: Akzeptanz und damit Sicherheit für die deutschen Soldaten, die am Hindukusch deutsche (Wirtschafts-)Interessen durchsetzen, herstellbar zu machen, indem Hilfgelder benutzt werden. ... Mehr dazu unter: <http://de.indymedia.org/2008/11/232400.shtml> und: <http://de.indymedia.org/2008/11/231649.shtml>

Schließlich lud eine Gruppe von StudentInnen am **12.12.2008** zu einer **Veranstaltung** mit dem Rechtsanwalt und Publizist Detlef Hartmann am OSI ein, auf der es zu heftigen Reaktionen einiger sich angegriffen fühlender SFB-MitarbeiterInnen kam, die nicht recht einsehen wollten, dass sie trotz der Vielzahl ihnen zur Verfügung gestellter Forschungsmillionen und Präsentationsforen einmal zuhören sollten, ohne wie üblich die Meinungsführerschaft übernehmen zu können.



Die in Dienststellung der Wissenschaft durch das Militär ist aber beileibe nicht auf die FU mit ihrem SFB 700 beschränkt. So tut sich die Universität Potsdam mit dem Masterstudiengang »Military Studies« hervor, der seit dem Wintersemester 2007/2008 an der Universität Potsdam besteht. »Ein im deutschen Sprachraum einzigartiges Studienangebot«, wie die Uni Potsdam auf ihrer Webseite schreibt. »Qualifizierte Studierende werden im Laufe von vier Semestern die Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt studieren können und dabei sowohl in die aktuelle Forschung wie in mögliche Berufsfelder von Militärhistorikern und Militärsoziologen eingeführt werden. Der Studiengang wird in Kooperation veranstaltet von vier Trägern: der Universität Potsdam mit ihren Professuren für Allgemeine Soziologie und für Militärgeschichte, dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und dem Militär-geschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr.«





»Mehr als 40 Hochschulen forschen für die Bundeswehr«

Es geht um die Rolle universitärer Forschung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Vor wenigen Wochen sagte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) die Teilnahme an einem Treffen zum Thema Studiengebühren mit der Begründung ab, sie müsse einen Sicherheitskongress eröffnen. Dieser fand im Rahmen des Programms »Forschung für die zivile Sicherheit« statt. Schavans Absage ist bezeichnend: Während unter ihrer Ägide Forschungsprojekte in Höhe von 117 Millionen Euro ausgeschrieben wurden, werden Studiengänge zusammengekürzt und Gebühren erhoben. Die Linke hat durch parlamentarische Anfragen in Erfahrung gebracht, daß mehr als 40 Hochschulen im Auftrag der Bundeswehr forschen. Für Verwirrung sorgt vor allem die Finanzierung: Ein großer Teil der Gelder geht auf das Konto von Forschungsgesellschaften oder des Umwelt-, Bildungs- oder Entwicklungshilfeministeriums, und eben nicht auf das des Verteidigungsministeriums.

Wodurch der Eindruck entsteht, es gehe um zivile Forschungsprojekte?

Das Verteidigungsministerium sagt gerade heraus, daß es den »Transfer vom zivilen Sektor in den wehrtechnischen Bereich« unterstützt. In der Wehrforschung geht es um die Herstellung und Erhaltung der Kampffähigkeit der Truppe. Relevant sind dabei aber auch Lebensmittelforschung, Psychologie und Naturwissenschaften. Auch im Bereich Sicherheitsforschung wird die Trennung zwischen Katastrophenschutz, Terrorbekämpfung und Militärforschung zunehmend obsolet. Ein Beispiel sind Drohnen, die angeblich der Brandbekämpfung dienen, aber als unbemannte Flugobjekte auch im Krieg eingesetzt werden. Oder welchem zivilen Zweck dient Nanodraht, der für Radar unsichtbar ist und an dem an der Berliner Humboldt-Uni geforscht wird? Selbst in den Sozialwissenschaften spielen Friedens- und Konfliktforschung eine immer größere Rolle. Beispielhaft sind die Military Studies in Potsdam und der SFB 700, ein Kooperationsprojekt der Uni Potsdam, der FU und Humboldt-Uni Berlin, des Regierungs-Thinktanks SWP und der Hertie School of Governance mit dem Titel »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit«.

Aus *junge welt*, 14.11.2008,

<http://www.jungewelt.de/2008/11-14/034.php>

Allein in NRW wird beispielsweise in den folgenden sechs Einrichtungen **wehrtechnische Forschung** betrieben:

an drei Hochschulen: FHS Bonn-Rhein-Sieg – St. Augustin – Universität Duisburg – Universität Paderborn – am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (**DLR**), Köln-Porz an zwei Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft (**FhG**), München: dem Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (**INT**), Euskirchen dem Institut für Molekularbiologie (**IME**), Schmallenberg der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften – Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik (**FGAN**), Wachtberg.

Wir können hier die sich ausweitenden zivil-militärischen Verknüpfungen nicht annähernd gebührend beschreiben. Worum es uns geht, ist einen Eindruck von den massiv in alle gesellschaftlichen Bereiche vordringenden militärischen Initiativen zu vermitteln, denen wir uns entgegenstellen müssen, wollen wir der weiteren gesellschaftlichen Transformation zu einem zivil-militärischen Komplex nicht tatenlos zusehen.

Buntscheckiger Haufen, mc-berlin

Für eine postmoderne Erneuerung des antikolonialen Kampfes

SFB 700 stellt seine Intentionen so eindeutig in die Tradition der militärisch betriebenen Kolonialstrategien, dass den LeserInnen ihrer wissenschaftlich eingekleideten Strategie-pamphlete der Atem stockt. Sie sagen uns: die Erneuerung des antikolonialen Kampfes in der Ära postmoderner Globalisierung steht auf der Tagesordnung.

I. Das Buch von Thomas Risse und Ursula Lehmkuhl »Regieren ohne Staat?«¹ enthält mehrere Beiträge zu Governance-Strategien der nationalstaatlich vermittelten Kolonialpolitik. Ursula Lehmkuhl berichtet über »Regieren im kolonialen Amerika«, Sebastian Conrad über die deutschen und japanischen Kolonialstrategien und Mechthild Leutner über Kooperationsnetze und AkteurInnen im semi-kolonialen China von 1860 bis 1911². Die Herausgeber Thomas Risse und Ursula Lehmkuhl haben den Sinn dieser Beschäftigung in ihrer Einleitung unter dem Titel »Regieren ohne Staat?« näher erläutert.

Unter drei Gesichtspunkten durchbrechen die Artikel das Selbstverständnis neutraler an objektiver Wahrheit orientierter Befunderhebung und Wissenschaftlichkeit: Zum einen organisieren sie ihren sozialgeschichtlichen und sozialen »Gegenstand« aus der Perspektive der Macht im Allgemeinen und im Besonderen der formellen und informellen kolonialen Strategien. Die blutigen Techniken kolonialer Zurichtung der Gesellschaftlichkeit kolonial angegriffener Gesellschaften, die grausamen Mittel und Techniken von Zwang, Zerstörung, Massaker bis hin an den Rand des Völkermords werden nicht thematisiert, sie werden ausgeblendet. Dementsprechend werden zwar hin und wieder Befreiung, Widerstand, Selbstbehauptung erwähnt, aber nur als Blockierung der kolonialen Zugriffe. Die Perspektive, die Subjektivität des Objekts dieser Zugriffe wird ausgeweißt. Dies stellt sich dar als methodische Ausmerze, die nachträglich »wissenschaftlich« noch einmal die Strategien der Gewalt nachvollzieht.

Zum zweiten stellt sich diese Sorte von »Forschung« und »Wissenschaftlichkeit« ausdrücklich in den Dienst postmoderner Strategien des »Designs« von Gesellschaftlichkeit und der Herstellung neuer Governanceformen. Und drittens abstrahieren die Autoren völlig vom Kontext ihrer eigenen »Forschungstätigkeit«: die postmoderne Erneuerung kapitalistischer Ausbeutung. Sie erwähnen zwar »Selbstführung« und indirekte Formen der »Steuerung«, sie blenden aber aus, dass diese zunächst im Kontext der Managementstrategien in der Fabrik, Raumordnung, Arbeitsverwaltung und schließlich auch der Universität entwickelt worden sind.³ So bleibt

1 Th. Risse, U. Lehmkuhl, *Regieren ohne Staat?*, Baden-Baden, 2007.

2 U. Lehmkuhl, *Regieren im kolonialen Amerika: Colonial Governance und kolonialen Gouvernamentalité in französischen und englischen Siedlungskolonien*; S. Conrad, *Wissen als Ressource des Regierens in den deutschen und japanischen Kolonien des 19. Jahrhunderts*; M. Leutner, *Kooperationsnetze und AkteurInnen im semi-kolonialen China, 1860 bis 1911*, alle in: Th. Risse, U. Lehmkuhl op cit, S. 111, 134 u. 154.

3 D. Hartmann, G. Geppert, *Cluster. Die neue Etappe des Kapitalismus.*

auch die blutige Kolonialgeschichte als Geschichte der Erschließung von Arbeitskraft und Arbeitswerten im Aufprall von sogenannten »Modernisierungsstrategien« auf resistente Gesellschaftlichkeit, wie vor allem Rosa Luxemburg sie in »Die Akkumulation des Kapitals« plastisch beschrieben hat, völlig unbelichtet. Ihre Strategie der Historisierung folgt als reduktionistisches, d.h. verkürzendes Projekt der Strategie der Gewalt.

Dazu im Einzelnen

II. Durchgehend durch alle Beiträge wird die intentionale Gerichtetheit ihrer Arbeiten deutlich hervorgehoben: als Beitrag zu den neuen Strategien der Herstellung von Macht und Steuerung. In der Einleitung betonen Risse und Lehmkuhl:

»Begrenzte Staatlichkeit wäre dann kein Übergangsphänomen, sondern ein Herrschaftszustand, der beim **Design von Strategien zur Herstellung von legitimen und effektiven Regierungsformen** (meine Hervorhebung) stärker als bislang üblich berücksichtigt werden müsste.« Als Fazit der Einleitung »...kommt es vor allem darauf an, die Erfolgsbedingungen dieser »neuen« Governance-Formen zu bestimmen.«⁴

Sebastian Conrad verbindet koloniale mit heutigen Strategien zu einer »Pfadabhängigkeit,... die koloniale Herrschaftsstrukturen mit postkolonialen **Problemlagen** (meine Hervorhebung) in Verbindung bringt.«⁵ (zu »Pfadabhängigkeit« s.u.). Dementsprechend sucht Lars Brozus in dem genannten Band nach einem »..Beitrag (, den) die im vorliegenden Band präsentierte Forschung zu Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit leisten kann, um die Wahrscheinlichkeit erfolgreichen internationalen Engagements zu steigern ...), und will nur »überblicksartig« zeigen, »...welchen Beitrag diese Forschung für die praktische Politik leisten kann.«⁶

In allen Beiträgen geht es ausschließlich um Macht und Steuerung als Verhältnis der Mächtigen und Steuerer zu den Gesteuerten. In sämtlichen Artikeln wird den Gesteuerten im Steuerungsprozess keine Stimme, nichts Eigenes zuerkannt. Sie figurieren als Objekte der Verfügung bzw. Manipulation im Steuerungsprozess und kommen als Subjekte nicht vor. Gerhard Göhler nimmt in seinem Artikel über »weiche Steuerung« seinen Ausgangspunkt beim klassischen Machtbegriff als »soziale Beziehung von Befehl und Gehorsam«, die nicht immer realisiert werden kann. Hier »treten andere Steuerungsmodi ein«, »als »weiche Steuerung« bezeichnet«. Diese sind Steuerungstechniken, die »neben die direkten Formen hierarchischer Steuerung durch Befehl und Gehorsam (als) zunehmend indirekte Formen treten.« Dazu gehört Anreizsteuerung, Diskurssteuerung, Selbststeuerung der Individuen.

Berlin, Hamburg 2008.

4 ebd. S. 35.

5 Op. cit. S. 148.

6 L. Brozus. *Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit als Problem der Politik*, S. 374, 385.

»Die Handlungen der Individuen sind durch internalisierte Diskursordnungen geprägt. Diese strukturieren den Kontext politischer Auseinandersetzungen, entwickeln die Identität der politischen AkteurInnen in die gewünschte Richtung und erzeugen entsprechend normative Praktiken.«⁷

Es handelt sich hier um einen neuen Typus Wissenschaftlichkeit, der Erkenntnisse im Prozess der Bemächtigung (von militärischer bis zur indirekten Steuerung) und die Bemächtigung selbst zu einem hybriden Amalgam verschmilzt. Der Herstellung hybrider Machtformen entspricht also die Selbsthybridisierung der so genannten »Wissenschaft«. Oder anders: Was wir früher im Kontext der Auseinandersetzung mit alter Staatlichkeit als »Herrschaftswissen« und Wissenschaft als Herrschaftsmittel analysiert und kritisiert haben, tritt nunmehr als prozessierende Verbindung von Bemächtigung und Erkenntnis auf. Wir haben diesen Typus schon im Buch über »Cluster« analysiert.⁸ Er entspricht methodologisch auch der Verschmelzung von sich erlebender Gewalt und Erkenntnis bei Trutz von Trotha und van Creveld wie ich sie an anderer Stelle dargestellt habe⁹.

Das Bedürfnis und die Kräfte von Emanzipation und Befreiung von Macht, Herrschaft, Unterwerfung und Ausbeutung verwirklichen sich in demselben historischen Prozess. Sie drängen sich im gleichen Maße als Gegenstand des Wissens auf, ohne sie kann »Governance gar nicht erforscht werden. Im Projekt SFB 700 bleibt »Wissenschaft« einseitig machtorientiert.

III. Seinen exemplarischen und zugleich drastischen Ausdruck findet all dies in den genannten kolonialhistorischen Beiträgen. Ursula Lehmkuhl sucht im »kolonialen Amerika« unterhalb der Ebene von Staatlichkeit und staatlicher Gewalt Formen der Selbstregierung, Selbstführung (im Sinne Foucaults) und »nicht-hierarchisch strukturierter oder hybrider Steuerungsformen«. Sie findet sie in den religiösen Gemeinschaften und bei den Bischöfen, in den Handelsgesellschaften und der Pflanzaristokratie und ihren »oligarchisch strukturierten Herrschaftssystemen«, bis hin zu den Farmern, Händlern, Trappern der sich vorschubenden Grenzregionen. SklavInnen und Indianer finden Erwähnung wie folgt (abschließende Aufzählung):

»Im Hinblick auf die wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen kolonialen Regierens ist insbesondere der Zusammenhang zwischen Plantagenwirtschaft, Sklaverei und Sklavenhandel und Prozessen der kolonialen Elitebildung zu betrachten.« »war der Pelzhandel vom geographischen Wissen der Indianer abhängig. Indianer fungierten vor allem aber auch als Pelzlieferanten und waren damit Bestandteil

des kolonialen Wirtschafts- und Handelssystems.« » Dabei ist gerade in den französischen Kolonien die enge Zusammenarbeit zwischen »privaten« und »offiziellen« AkteurInnen, aber auch die Beteiligung indigener AkteurInnen (Indianer) oder ehemaliger SklavInnen an der Aufrechterhaltung innerer und äußerer Sicherheit signifikant. So wurden etwa in Südamerika und im karibischen Raum Männer afrikanischer Abstammung (freedmen) mit der Jagd nach entlaufenen SklavInnen beauftragt, und in den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der französischen und englischen Krone um das Ohio-Tal spielten die dort ansässigen Indianer eine zentrale militärische Rolle.« »England und Frankreich besaßen in Westindien und südlichen Küstenstreifen des nordamerikanischen Festlands gelegene Pflanzerkolonien, die ihrer Struktur nach dem brasilianischen Vorbild ähnelten und dadurch gekennzeichnet waren, dass sie tropische Erzeugnisse auf großen Plantagen mit Hilfe einer großen Zahl von SklavInnen für den europäischen Markt produzierten.« »Die Trapper und Farmer« (Sie) gerieten auch immer wieder meist gegen den Willen der Regierungen in blutige Konflikte mit den Indianern, die sich von ihrem Vordringen besonders bedroht fühlten....Unter diesen Bedingungen muss das Hinterland zusammen mit der frontier als ein sich deutlich von den Städten des östlichen Küstenstreifens unterscheidendes Laboratorium für politische Experimente jenseits »staatlicher« Kontrolle betrachtet werden. Insbesondere im Sicherheitsbereich entstanden ganz eigene Probleme und damit auch frontier-spezifische Anforderungen an die Regelung kollektiver Sachverhalte.« »Die proprietors kümmerten sich nicht um die Sicherheit der Kolonie und überließen die Verteidigung South-Carolinas gegen Indianer, Piraten und Spanier den Siedlern.«¹⁰

Kurz: die SklavInnen und Indianer figurieren als Sicherheitsproblem, Objekte ökonomischer Erschließung, Ausbeutung, Eliteformierung, gemietete SklavInnenjäger. Wir wissen, dass die Besiedlung der Territorien ein blutiger Erschließungsprozess war. Inzwischen spricht seine Geschichtsschreibung vom Völkermord an den Indianern, der von frühen puritanischen Speerspitzen über den blutigen Siedlerkolonialismus bis zu den Massakern General Lees im Anschluss an den Bürgerkrieg als erstem »totalen Krieg« reichte. Die Bewegungen der SklavInnen bis hin zur Reconstruction-Ära nach dem »totalen Krieg« ist Gegenstand einer weit reichenden Forschung zur Selbstbehauptung, dem Widerstandswillen und einer kulturellen Gegengesellschaftlichkeit geworden. Diese »Gegenwissenschaftlichkeit« wird in der Einseitigkeit der der Governance-»Forschung« schlichtweg unterschlagen. Der Genozid wird dadurch noch einmal »wissenschaftlich« reproduziert, das angegriffene Subjekt wird »wissenschaftlich« gelöscht. Natürlich kennen die WissenschaftlerInnen von SFB 700 all das. Es ist ein bewusster wissenschaftsstrategischer Akt.

Dasselbe gilt auch für den Beitrag von Sebastian Conrad. Er zeichnet die Strategien des »wissenschaftlichen Kolonialismus« in ihrem »Versuch, moderne Staatlichkeit zu etablieren

7 G. Göhler, »Weiche Steuerung«, Regieren ohne Staat aus machtheoretischer Perspektive, Th. Risse, U. Lehmkuhl, op.cit, S. 87, Zitate S. 87, 90, 99.

8 D. Hartmann, G. Geppert, »Cluster« Die neue Etappe des Kapitalismus, Berlin, Hamburg 2008.

9 D. Hartmann, SFB 700 – ein neokoloniales Projekt? www..materialien.org – Texte von Detlef Hartmann.

10 U. Lehmkuhl, op cit S. 116, 117, 123, 127.

und die koloniale Gesellschaft in Bezug auf Infrastruktur und Humankapital zu »durchdringen«, charakteristisch für die deutschen und japanischen Kolonialreiche.« nach. »Scientific colonialism« in der deutschen und japanischen Form wird identifiziert als ein modernisierungsstrategisches Forschungsparadigma. Zutreffend wird auch die Konfrontation mit dem Aufprall dieser Modernisierung gefunden im »Widerstand der Einheimischen, der von Faulheit und Formen des alltäglichen »Eigensinns« (Alf Lüdtke) bis hin zu Flucht, Desertion und gewalttätigem Aufruhr...« reichte. Darum war »die Durchsetzung des Machtmonopols (war) daher in weiten Teilen des Landes Fiktion«. Die wissenschaftliche Beforschung des resistenten Objekts habe ihren Beitrag dazu geleistet, den Zugang zu »lokalem Wissen«, Mittelsmännern, informellen Machtstrukturen zu suchen. »Der koloniale Staat war nicht lediglich eines unten vielen Beispielen für Governance-Formen, die auf nicht-staatliche AkteurInnen angewiesen sind. Vielmehr kann der koloniale Staat als die Form gelten, in der sich die globale Durchsetzung des modernen Staats vollzogen hat.« Es ist von bestürzender Brisanz, dass Konrad die Orientierung an »Rasse« zur Herstellung sozialer Differenz als »konstitutiv« erwähnt, ja sogar die Konstruktion »der herrschaftsstrategisch relevanten Unterscheidung von Hutu und Tutsi« in Ruanda nachvollzieht. Auch die Jahresberichte des deutschen Gouverneurs in Deutsch-Südwestafrika, Theodor Leutwein, werden als Ausgangspunkt zum »»rassischen Privilegienstaat« (Zimmerer 2001)« gewertet.¹¹

Und? Die Konsequenz? Jürgen Zimmerer ist uns ja bekannt als Mitherausgeber des Buchs »Völkermord in Deutsch-Südwestafrika«¹². Er beschreibt hierin Krieg, KZ und Völkermord in Südwest-Afrika als »ersten deutschen Genozid« und zwar auf dem Weg in den NS. Massaker, Massenmord, auch durch gezielte Hungerpolitik, finden bei ihnen ihre Würdigung im strategischen Konzept des deutschen Kolonialismus. Keine Erwähnung bei Conrad. Der historiographische Zugang zum Subjekt dieses Prozesses mit seinen Formen des antikolonialen Kampfs, der Selbstbehauptung, der »moralischen Ökonomie« bäuerlicher Gleichheitsvorstellungen wird gar nicht erst gesucht. Vor allem wird die Frage nach der frühen Schuld kolonialer Bevölkerungspolitik an den völkermörderischen Auseinandersetzungen zwischen Hutu und Tutsi gar nicht erst gestellt. Die Identifikation ist eindeutig. Es ist die Identifikation mit der Macht in den Formen neuer Governance, die ihr koloniales Erfahrungsfeld erschließt. Immerhin, ein Bezug auf die Perspektive der Kolonisierten taucht am Schluss auf: »Aus Sicht der Kolonisierten signalisierte die Ankunft deutscher Offiziere und Verwalter keineswegs den Beginn moderner Staatlichkeit, sondern wurde häufig eher mit Seuchen und Hungersnöten in Verbindung gebracht.« Er signalisiert, dass Conrad es besser weiß: dass die Seuchen und Hungersnöte in Kauf genommen, gefördert, betrieben wurden. Er unterschlägt sein Wissen im Dienste neuer Governance. In dankenswerter Offenheit jedoch hat er diese völkermörderische Kolonialpolitik in die Kontinuität einer historisch übergrei-

11 S. Conrad, op. cit., Zitate S. 134, 136, 137, 148.

12 2. Aufl. Berlin 2004.

fenden »Pfadabhängigkeit« einbezogen. Dieser Begriff bezeichnet in der Theorie der Entwicklung (Technik, Institutionen, Modernisierung) einen gerichteten, sich verstärkenden Prozess. Ein Pfad wohin? Zu neuen Barbareien doch, wenn wir seine Unterschlagungen korrigieren und die weißen Flecken mit den historischen Realitäten füllen.

Mechthild Leutner schließlich folgt der gleichen Strategie der Verkürzung. Zwar werden in der Einleitung chinesische Aufstandsbewegungen erwähnt, aber nur als Störung der Governance.

»Das China der späten Qing-Zeit, seit 1840 der Aggression der europäischen Mächteausgesetzt und durch innerchinesische Aufstandsbewegungen zugleich beeinträchtigt, wurde zur Halbkolonie transformiert.

Bei dieser Umwertung von Befreiung zu Beeinträchtigung bleibt es. Gerade der Taiping-Aufstand (später im Text nur als Objekt der »Niederschlagung« noch einmal erwähnt) wäre für eine emanzipatorische Orientierung außerordentlich fruchtbar, da es hier schon zu Kämpfen autonomer Fraueneinheiten gekommen ist. Stattdessen wird zielsicher der Weg zum Beitrag der Mittelschichten gesucht, Clanstrukturen und Dorfeliten werden als Garanten »informeller« Governance ausgemacht. Die »Große Hungersnot«, die wir als Resultat einer gnadenlosen Steuerpolitik und der Aneignung der Kornspeicher durch Spekulanten und Händler kennen, wird lediglich als früher Einsatz von »Hungerhilfe« gewürdigt. Gerade die Aufstände in China seit den 60er Jahren mit ihren geheimgesellschaftlichen Netzwerken gewinnen neues Interesse als Bezugspunkt des Widerstands gegen die Unterwerfung und Ausbeutung der Bevölkerung im gegenwärtigen Globalisierungszyklus. Nicht die Chance einer Erwähnung bei SFB 700. Es geht um den Beitrag der kolonialgeschichtlichen Aufarbeitung im Dienste der Macht.

Den strategischen und epistemologischen Charakteristika dieses Beitrags kann ich an dieser Stelle nicht nachgehen. Einen ersten Aufriss habe ich in dem Essay über »SFB 700 – ein neokoloniales Projekt ?« versucht, der ursprünglich an dieser Stelle vorgesehen war.¹³

IV. Das was die akademischen AkteurInnen aus dem SFB 700 auf der Veranstaltung vom 12.12. gefordert haben, ist voll und ganz zu unterstützen: die Texte lesen. Conrad lesen und danach das Buch von Jürgen Zimmerer und Joachim Zeller. Ursula Lehmkuhl lesen und dann ein Buch aus der fast unübersehbaren Literatur zum Genozid an den Indianern und die aufständischen Bewegungen der amerikanischen SklavInnen. Als Einstieg ist das Buch von Mike Davis, Die Geburt der Dritten Welt¹⁴, gut geeignet. Wenn mensch sich dann entscheidet, hat mensch seine Wahl getroffen. Für die Linie, deren »Pfadabhängigkeit« über den Völkermord an den Nama und Hereros in eine im Detail noch ungewisse Zukunft reicht, de-

13 S. Fn. 9.

14 Berlin Hamburg 2004.

ren Anfänge wir heute beobachten. Oder mensch entscheidet sich, dass mensch eine solche Welt nicht will. Eine Welt der zyklischen Wiederherstellung von Macht, Ausbeutung und sich in historischen Etappen verschärfenden Barbareien. Dass mensch eine Welt will, in der der Kampf gegen Ausbeutung weltweit und für Emanzipation und Befreiung gegen solche Konzepte völlig neue Wege finden muss. Diese Wege wollen wir mit vielen anderen zusammen suchen, in der Auseinandersetzung mit der Militarisierung der Gesellschaft – der Universitäten, der Arbeitsämter, Schulen, Post etc¹⁵. Auch in der Erwartung sozialer Bewegungsformen, die ihre Gestalt und Visionen noch gar nicht gefunden haben. Es ist eine Suche nach einer Welt ohne Ausbeutung und Demütigung, wie sie nunmehr postmodern betrieben wird im Mantel neuer »weicherer«, aber dafür umso effizienterer Governanceformen.

Detlef Hartmann

¹⁵ Dazu und den dagegen gerichteten Initiativen bei:
www.bundeswehr-wegtreten.de



Wider die Waffen der Realitäts-schmiede SFB 700

»Es gibt einen allgemeinen Kontext – den Kapitalismus, die Zivilisation, das Empire, wie man will – der es nicht nur versteht, jede Situation zu kontrollieren, sondern, schlimmer noch, danach strebt, dass es immer öfter keine Situation gibt.« (Aufruf)¹

Es nimmt schon Wunder, dass in den Kernthesen eines der hochdotiertesten wissenschaftlichen Forschungsgruppen der BRD so wenig auftaucht von all den um Fragen der Erkenntnistheorie kreisenden Diskursen, welche in den letzten 20 Jahre die Anthropologie, die Politik- und Sozialwissenschaften beschäftigten – innerhalb dieser Leerstellen, so die These, liegt die eigentliche Crux, liegt der Kampfhund des SFB 700 begraben.

Die »Krise der Repräsentation« wird vom SFB in hochherrschafter Perspektive beantwortet, indem ganz einfach die sich nach ihrem Leben fragenden und handelnden Subjekte liquidiert werden: Die Menschen. Ausgangspunkt von Politik ist für den SFB 700 nicht mehr eine wie auch immer konstellierte Gruppe von Menschen, die sich zum Erreichen der von ihnen selbst gesetzten Ziele Institutionen schafft – was immer die Frage nach der jeweiligen gesellschaftlichen Orientierung impliziert, welche nur vor dem Hintergrund denkbarer Alternativen Sinn macht – sondern schlicht die Institutionen selbst. In einem weiteren, als »Öffnung« der Betrachtung dargestellten Schritt, werden nun die Governance-Funktionen aus den bestehenden Institutionen abgeleitet und – nach Möglichkeit losgelöst von der ausführenden Instanz – als Maß der Dinge gesetzt. Durch diese Gleichsetzung auf überabstrakter Ebene versucht der SFB zu rechtfertigen, dass unterhalb dessen derzeit zwei Welten installiert werden, von denen sich eine auf Dauer mit rechtlichen, politischen und materiellen »Mindeststandards« abfinden soll. Noch stellt dies die intervenierenden »demokratischen« Regierungen im globalen Norden vor ein Problem, das der SFB 700 sich als zentrale Fragestellung zu eigen macht – die Herstellung von Legitimität.

Vor diesem Hintergrund verblüfft es nicht, wie wenig Eingang die intensiven, widerstreitenden Auseinandersetzungen, die in den vergangenen Jahren über die neue Kriegspolitik der BRD geführt wurden, Eingang in die Erörterungen des SFB 700 finden. Es finden sich weder Hinweise auf die Kontroversen, die um die Analyse globaler Gewaltkonflikte entbrannten, noch zu den kritischen Debatten um die Veränderung völkerrechtlicher Standards, die durch die neue Praxis der Anmaßung der mächtigen westlichen Staaten zu militärischen Interventionen durchgesetzt wurden – wahlweise begründet mit der Notwendigkeit humanitärer Einsätze oder mit der Hilfe zum State-Building. Diese Kritik an der neuen Interventionskriegspolitik wird von sozialen Bewegungen, linken und linksradikalen AktivistInnen, AnarchistInnen und Autonomen, sowie insbesondere von der Friedensbewegung

auf die Straße getragen. Aber auch innerhalb akademischer Debatten in den Forschungsbereichen der Internationalen Beziehungen, der Friedens- und Konfliktforschung sowie innerhalb der Entwicklungspolitik wird über die jüngsten Entwicklungen diskutiert und verschiedentlich Kritik formuliert. Die Ausblendung dieser Kontroversen ist charakteristisch für den SFB 700, der argumentiert, als hätte es eine Pluralität wissenschaftlicher Ansätze und die wichtigen Einflüsse aus feministischen, post-kolonialen, neo-marxistischen, diskursanalytischen und anderen herrschaftskritischen Theorieansätzen nie gegeben.

Nachdem das »Ende der großen Erzählungen« als intellektuelle Ouvertüre des von Francis Fukuyama verkündigten weitreichenderen ideologischen Projekts »Ende der Geschichte« auf Kritik stieß – die für eine Weile die Hoffnung nährte, dass eine Öffnung des an den Unis professionell verfassten Denkens in Richtung Emanzipation vielleicht doch partiell erstreitbar sei – steht der SFB 700 heute für die nächste Stufe: das »Ende der Erzählung« selbst. Erkannte die Wissenschaft gestern noch in politischen Entscheidungen das Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, so verschwinden beim SFB 700 soziale Kämpfe als Geschichte: für sie bleibt nichts als ein Mangel an nationalem Kollektiv, Mangel an Bildung, Mangel an Macht. Theorien, die gestern noch den meisten als Werkzeug kritischen Denkens galten, werden beim SFB reines Mittel zum Zweck.

Mit einem Halbsatz weggewischt die Positioniertheit des Betrachters, kein Wort mehr zu den Einschränkungen, welche der kulturelle Hintergrund und die damit einhergehende Perspektive der ForscherInnen bereits für Erkenntnisinteresse und Fragestellung mit sich bringen. Realität IST wieder, ist ganz neutral empirisch erkennbar, und Widerstände können innerhalb dieser absolut gesetzten Realität einzig als Störungen begriffen werden. Wissenschaft wird zur reinen Anwendung im Dienste der globalen Elite für die Ausplünderung der Welt. Sie will aus der Geschichte und Vielfalt menschlicher Gesellschaften nichts anderes mehr lernen, als mit welchen Mitteln sie die ins Visier genommenen Gesellschaften schneller, tiefer, härter durchdringen und auf den Markt werfen kann.

An Stelle der von Risse/Lehmkuhl in der Einleitung des ersten Sammelbands des SFB 700 »Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit« zurecht als eurozentristisch kritisierte modernisierungstheoretische Zielperspektive westlicher Wohlfahrtsstaat tritt ... einfach KEINE (explizit genannte) Zielvorgabe mehr – außer der Frage: »Wie kann unter den Bedingungen begrenzter Staatlichkeit legitim und effektiv, d.h. an Problemlösungsfähigkeit orientiert – regiert

1 L Appelle – auf deutsch 2008, im französischen Original einige Jahre zuvor, S. 10. <http://tarnac9.noblogs.org>

werden?«¹ Die Gegenüberstellung soll offen klingen, tatsächlich aber sollen hemmende Fragen aus dem Weg der weiteren Durchsetzung des Credos von der Alternativlosigkeit des Bestehenden geräumt werden. Das hatte Margaret Thatcher bereits in den 80er Jahren zärtlich TINA genannt – There Is No Alternative!

Die gesamte Kriegskunst beruht auf Täuschung
(Sun-Tzu, Die Kunst des Krieges, um 500 v.u.Z.)

»Dem Verdacht [...] es gehe bei Good Governance um eine neue Form des westlichen Imperialismus und Kolonialismus«² versucht der SFB 700 durch Einbeziehen vordergründig kritischer Ansätze zu begegnen, wie etwa der Gouvernementalitätstheorie von Foucault. Auch weitere reichende Kritiken, etwa am Eurozentrismus, werden kurz erwähnt, ohne jedoch dabei den eigentlichen, Herrschaft in Frage stellenden Kern tatsächlich zu berücksichtigen.

Anke Draude legt im zweiten Band des SFB 700³ das Eurozentrismus-Dilemma noch verständlich dar, um im nächsten Schritt mit der Methode des Äquivalenzfunktionalismus, auf die der SFB sich festgelegt hat, alle nötige Offenheit im suchenden Forschungsprozess wieder zu schließen. Nur die Wirkung, die Erfüllung einer feststehenden Staatsfunktion, zählt, die Ursachen, d.h. hier der Governance-AkteurInnen und ihre Vorgehensweise dürfen »offen« variieren. Nach Draude ermögliche dies »das Andere« zu sehen⁴. Das, wozu »das Andere« beitragen darf, steht jedoch vorher fest, in Form von Governance-Funktionen, die nach westlichen Staatstheorien ausbuchstabiert wurden: Sicherheit, Herrschaft und Wohlfahrt/Umwelt. Diese eurozentristische Vorgabe erkennt Draude auch: »Die Funktion ist also der Teil der Forschung, der vor der eigentlichen Beobachtung in der ›Matrix‹ der europäischen Wissenschaft vordefiniert wurde. In ihr liegt der blinde Fleck des äquivalenzfunktionalistischen Vorgehens.«⁵ Diese Benennung scheint ihr genug, um die Eurozentrismuskritik zu entkräften. Lobt sie doch im Rest ihres Textes die Ziele und Methoden des SFB, für den sie arbeitet.

»Religion statt Ethik«

(Wahlplakat zum »Pro-Reli« Volksentscheid für verbindlichen Religionsunterricht)

Ähnlich irreführend ist die moralisch-menschenrechtliche Argumentation von Bernd Ladwig. Ladwig schafft einen moralischen Mantel, in den Interventionskriege eingepackt werden, indem er »Grundsätze [...], denen ein legitimes Eingreifen in

zerfallen(d)e Staaten entsprechen müsste«⁶ formuliert. Damit macht er diese Kriege in der Öffentlichkeit leichter durchsetzbar.

In seinem Aufsatz im ersten Band des SFB 700 schafft er ein Fundament moralischer Gründe, um daraus eine Notwendigkeit zur »robusten« westlichen, neokolonialen Intervention abzuleiten, die im Grundsatz als alternativlos präsentiert wird. Ausgangsbasis ist für ihn wie für andere SFB-ForscherInnen, die Setzung »heute sind staatliche Ordnungen ohne Alternative.«⁷ (bzw. deren Funktionsäquivalenz). Um gleich anzuhängen, dass nicht alle moralisch gleich legitim, sondern einige überlegener sind: »Nicht alle, aber einige Staaten (...) bilden Beispiele für ein Mindestmaß an verwirklichter Moralität im politischen Bereich.«⁸ Dass das (Völker-)Recht entsprechend zugeschnitten wird, so dass diese Höherbewertung westlicher Ordnungsformen auch rechtlich abgesichert ist, bewertet Ladwig als berechtigte Normsetzung eines »idealtypischen Staates«⁹. Daraus leitet er darüber hinaus die Pflicht zur gegebenenfalls gewaltsamen Intervention in weniger berechnete Gesellschaften ab. Das liest sich dann wie in alten Kolonialschriften, Kriterien legitimer politischer Ordnung werden diesen durch die vermeintlich Überlegenen aberkannt. »Es fehlt ein Volk, über dessen konstitutive Merkmale sich alle nominellen Mitglieder des ›Staates‹ einig wären; und es fehlen Institutionen, um der Souveränität des Volkes Gestalt und Wirksamkeit zu geben.«¹⁰ Im weiteren Argumentationsverlauf kommen nach Ladwig fehlende Vernunft sowie fehlende »kognitive und motivationale Voraussetzungen«¹¹ dazu. (Siehe Kasten, These 6.)

Eurozentrismus- und Neokolonialismus-Vorwürfe werden auf diese Weise zur Seite gekehrt, um zur Effizienz der Regierbarkeit der Welt beizutragen. Für die Rekonstruktion von Governancestrukturen weltweit wird die militärische Intervention als akzeptierte Form der Politik behandelt.

Die behauptete Berechtigung zur Intervention steht nicht mehr zur Frage, sondern wird im Gegenteil als Pflicht verstanden. »...spricht die Dringlichkeit der menschenrechtlichen Probleme in ›failed states‹ klar für eine Normierung von Eingriffen als Pflichten und nicht lediglich als Rechte.«¹² Es wird auch kein Zweifel gelassen, dass die von außen gesteuerte Gesellschaftsumgestaltung militärisch durchgesetzt werden soll: »Streitkräfte mögen erforderlich sein, um ein Feld für politische Rekonstruktionsprozesse äußerlich zu sichern.«¹³ »Die Helfer müssten sowohl Aufgaben des Aufbaues oder der Wiederbelebung von Institutionen und Vertrauen als

1 Risse, Thomas und Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. 2007, 35.

2 ebd.: 36.

3 Draude, Anke: Wer regiert wie? Eurozentrismus in der Governanceforschung und der Versuch einer methodischen Grenzüberschreitung. In: De La Rosa, Sybille/ Höppner, Ulrike/ Kötter, Matthias (Hg.): Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken. 2008, 100-115.

4 ebd.: 107.

5 ebd.: 107.

6 Ladwig, Bernd: Gebotene Fremdbestimmung? Normative Überlegungen zum Umgang mit zerfallen(d)er Staatlichkeit. In: Risse/Lehmkuhl, a.a.O., 354.

7 ebd.: 356.

8 ebd.: 356.

9 ebd.: 356.

10 ebd.: 359.

11 ebd.: 365.

12 ebd.: 363.

13 ebd.: 359.

auch solche der physischen Sicherung übernehmen. Sie müssten in durchaus auch »robuster«, also gewaltgestützter Form im hobbesianischen Kernbereich von Staatsfunktionen tätig werden.«¹⁴

Mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit – wir könnten auch sagen: mit skrupelloser Dreistigkeit – kürzt der SFB 700 den Weg der Debatte über die Berechtigung globaler, militärischer Interventionspolitik ab. Der SFB fängt seine Studien just beim »Wie« der Interventionsausführung an. Ganz so als gehörte die kriegerische (und nicht »nur« finanzielle) Teilnahme an solchen Kriegen nicht erst seit dem Jugoslawienkrieg 1999 ganz selbstverständlich zum politischen Alltag der BRD – alternativlos. Das fängt schon mit der Definition des Ist-Zustands an: Im kommentarlos gesetzten »westlichen Rechts- und Interventionsstaat« – erfunden vom SFB 597 in Bremen »Staatlichkeit im Wandel«, mit dem unser SFB unausgesprochen in kreationistischem, sich gegenseitig bekräftigendem Dialog steht – dem sogenannten »DRIS«, in dem wir laut SFB leben, ist die ethische Beweislastumkehr bereits vollzogen: Begründungspflichtig ist hier nicht mehr, mit welchem Recht sich ein Staat, eine Firma oder irgendwer in die Geschicke anderer Staaten, Gesellschaften oder Leute einmischt, sondern vor welchem Hintergrund Einwände dagegen erhoben werden können. Fraglich ist nicht der kindliche Glaube, die Herrschenden strebten nach »gutem« Regieren, sondern eine Kritik, die den Menschen nicht einseitig als von Grund auf schlecht akzeptieren will. Begründet werden muss nicht mehr der Reichtum einiger angesichts sich verschärfender Armut, nicht Ungleichbehandlung und Ausschluss, sondern ein Detail die Durchführbarkeit aller Ideen, die auch nur eine Woche in die Zukunft reichen.

Für den SFB 700 werden kollektive Güter per Definition ohnehin nur mehr »für eine bestimmte soziale Gruppe«¹⁵ bereitgestellt. Wo die Grenzen der Zugehörigkeit unter gegebenen Umständen verlaufen, soll »empirisch definiert [werden], nämlich in Hinblick auf die Erfüllung bestimmter Minimalstandards«¹⁶. So wird der Raum geschaffen, wieder offen danach zu fragen, wie »Gesellschaften zu beurteilen [sind], die bestimmte Gruppen aufgrund ihrer Hautfarbe, Ethnie, Religion oder sonstiger Merkmale systematisch von der öffentlichen Versorgung mit Dienstleistungen ausschließen«¹⁷. Als umstritten kennzeichnet diesen Ausschluss einzig, dass er im Unterschied zu manch anderer Setzung noch als Frage formuliert wird. Mit einer vordergründig plausiblen Ping-Pong-Logik wird der Anspruch verworfen, zur Gesellschaft könnten prinzipiell alle gleichermaßen gehören, denn mit »entweder alle oder niemand« käme man nicht weiter. Im vom SFB statt dessen eröffneten »Kontinuum« zwischen möglichst inklusiver Governance und exklusivem Gaunerment gelingt es zum einen, gesellschaftlichen Ausschluss für den jeweiligen Bedarf der Regierenden offen zu halten, während es zugleich

kein Außerhalb mehr gibt, kein Entkommen vom Regiertwerden. Vielmehr wird suggeriert, dass es den Regierten ein Bedürfnis sei, beherrscht zu werden – zum Katalog unhinterfragter »Governance-Leistungen« zählt der SFB an erster Stelle Herrschaft – noch vor den traditionellen Funktionen des Staates, Schutz und Wohlfahrt.

Mit dieser Öffnung zum Ausschluss trägt der SFB zur Beweislastumkehr kriegerischer Gewalt bei. Ist die Gruppe erst mal definiert, für die nur mehr Mindeststandards ausreichen, muss die Anwendung von Gewalt gegen diese nicht mehr gesondert begründet werden. Begründet werden muss nicht mehr der herrschende Dauerkriegszustand, sondern am beliebig austauschbaren Beispiel IMMER WIEDER – als rituelle Bekräftigung basisdemokratischer Ohnmacht – wie mensch so unmenschlich sein kann, SOWAS wie Ruanda, Jugoslawien oder Kongo zuzulassen. Selbsterfüllende Prophezeiung. Zuerst arbeitet man an der Destabilisierung unerwünschter Regime, oder zerbombt die Infrastruktur ganzer Staaten, um im Anschluss deren mittelalterliche Mentalität als Rechtfertigung der Intervention zu nutzen. Über das historische Zustandekommen und aktuelle Interessen dieser Kriege, aber auch über alternative, selbstbestimmte Entwicklungspfade soll angesichts dieser akuten Notsituationen IMMER WIEDER nicht geredet werden – Grübeln & palavern, wo DRINGEND »geholfen« werden muss? Ist das nicht zynisch? So gerät noch das Bestreben eine Situation erst mal verstehen zu wollen unter Verdacht, während die Truppen zur Not unter Tränen schon mal losgeschickt werden können.

Die SFB 700-ForscherInnen stellen sich eindeutig auf die Seite der gegenwärtigen Kriegspolitik. Bei ihren Formulierungen halten sie diesbezüglich auch gar nicht hinterm Berg. So schreibt Lars Brozus im ersten Band des SFB: »Diese wenigen Beispiele zeigen bereits, welche Bedeutung die systematische Forschung über Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit für die praktische Politik hat. Dies gilt für die Legitimierung politischer Strategien, die ausschlaggebend sein kann für ihre öffentliche Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz und damit für die so wichtige Verlässlichkeit und Beständigkeit des internationalen Engagements.«¹⁸ – d.h. es geht um Forschung für gesellschaftliche Akzeptanz und die Legitimierung von Interventionskriegen. Die Veränderung der öffentlichen Meinung, die eine schnelle Ausweitung beispielsweise des (zivil-)militärischen Einsatzes in Afghanistan derzeit noch einschränkt, und damit die Erfüllung der Verlässlichkeitserwartungen der NATO-Partner bzw. der USA, wird hier ausdrücklich als Ziel des SFB 700 benannt.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Afghanistan-Studie von den SFB-Forschern Jan Koehler und Christoph Zürcher. Die geheime Auftragsstudie für das Verteidigungsministerium dient unwidersprochen dem militärischen Ziel der Herstellung von Akzeptanz für die Interventions- und Besatzungstruppen.

14 ebd.: 259.

15 Risse/Lehmkuhl, a.a.O., 20.

16 Ladwig, a.a.O., 28

17 ebd.: 28

18 Lehmkuhl/ Risse, a.a.O., 387-388.

Diese Interventionsforschung wird im Allgemeinen als alternativlos dargestellt und ist in der Ausführung nur »offen«, solange dem Ziel der Herstellung staatlicher Herrschaftsfunktionen gedient wird. Sie baut neben der Theorie des »gerechten Krieges«¹⁹, auf einer bestimmten, jedoch nicht erläuterten Kriegstheorie auf: Der Theorie der Neuen Kriege (Münkler, Kaldor), die bereits einen enormen Reduktionismus betreibt, der von den SFB-ForscherInnen noch weiter zugespitzt wird.

19 Die zu erläutern beispielsweise Ladwig überflüssig erscheint.

Mit dieser Theorie soll durchgesetzt werden, dass die Suche nach Konfliktursachen auf vermeintlich selbstverschuldete Gründe innerhalb der Regionen des Gewaltausbruchs (religiöse oder ethnische Konflikte, Habgier von Kriegs- und Gewaltunternehmern etc.) reduziert wird.

Die Theorie der Neuen Kriege blieb jedoch nicht unwidersprochen. Innerhalb der Friedensforschung und selbst in Weltbank-Studien wird festgestellt, dass Armut die zentrale

Ladwig's sieben Thesen:

Bernd Ladwig: Gebotene Fremdbestimmung? Normative Überlegungen zum Umgang mit zerfallen(d)er Staatlichkeit.

Für die Formulierung seiner Thesen für »legitime[s] Eingreifen« und »legitime Aufbauhilfe« (359) lässt Ladwig sich »von der empirischen Annahme leiten, dass menschenrechtliche Grundgüter bei einem fortschreitenden Grad des Staatszerfalls nur mehr mit erheblicher auswärtiger Hilfe gesichert werden können.« (359) Da stellt sich die Frage, was diese alles leitende »empirische Annahme« sein soll? Wo kommt diese her? Er redet nicht von Feststellung oder Tatsache, sondern von einer Annahme, also einer Vermutung oder These. Warum ist diese dann »empirisch«? Und wie kann eine bloße »Annahme« leitend sein für gewaltsame äußere Interventionen?

– These 1: Wieder sind es alleinig Vermutungen, die Ladwig folgern lassen, dass »failed states« Staatsaufbau von außen benötigen. Zunächst beruft er sich auf Vermutungen von Hobbes, dass Menschen einer staatlichen Ordnung bedürfen. Anschließend lassen ihn die Erfahrungen mit zerfallender Staaten vermuten, dass Sicherheit als Staatsfunktion auch nur durch den Staat und keine andere Form des Regierens hergestellt werden kann. Wie können »Vermutungen« eine kriegerische Aggression begründen?

– These 2: In inzwischen allgemein bekannter und vertrauter Weise, werden von Ladwig Menschenrechte als Interventionsgrund benutzt. Schutzpflichten werden aus dem »interventionistischen Kern« der Menschenrechte abgeleitet. Er bezieht sich auch auf das Völkerrecht, dass diesbezüglich Veränderungen erfährt. (361)

– Mit seiner These 3 zeigt Ladwig sich sehr deutlich als Hardliner der Interventionsdurchsetzung, denn nicht einmal die benötigte Mandatierung durch die UN ist für ihn ein einschränkendes Kriterium. Dafür, dass Interventionskriege ohne Sicherheitsratsbeschluss möglich sein müssen, muss wieder mal das Argument herhalten, dass »das Leben hunderttausender Menschen auf dem Spiel steht« (362). Nicht das Recht allein, sondern die Pflicht zum Eingreifen wird von Ladwig angesichts solcher »Dringlichkeit der menschenrechtlichen Probleme« (363) gefordert. Und damit nicht genug, argumentiert er gleich dazu für die dauerhafte Besetzung: »wer einmal in humanitärer Absicht eingegriffen [...] hat, [ist] grundsätzlich zum Bleiben verpflichtet.« (363)

– Mit These 4 argumentiert er bereits hemmungslos für offen neokoloniale Konzepte wie das der »liberalen Protektorate« – selbstverständlich nur im Falle »größter humanitärer Dringlichkeit« (364). Mit dem Neokolonialismuskritik ist er mit einem Satz fertig: Der passe nicht, »wo Eingriffe nicht auf die Zerstörung oder Ausbeutung einer Ordnung zielen, sondern auf die Rettung einer größeren Zahl von Menschen vor den Folgen ihres Fehlens.« (364) – Wer Staatszerfall diagnostiziert – gemessen am beispielhaft idealnahm Eigenen – und weiß (»annimmt«, »vermutet«), dass dies fatal ist für die dort lebenden Menschen, der darf ein anderes Land besetzen und von außen steuern und verwalten. Die Nähe dieser Argumentation zur historischen Berechtigung für koloniale Einmischung ist erschreckend, wo die Kolonialmächte auch feststellten oder vermuteten, dass Gesellschaften der späteren Kolonien nicht bereits die europäische Staatsform als politische Ordnung eingeführt hatten, und daraus barbarische, wilde, unvernünftige oder chaotische Zustände ableiteten, die durch Fremdbestimmung behoben werden sollten. Menschen wurde »gerettet« vor den Folgen des Fehlens der alternativlosen Ordnung »Staat«.

– Makaber ist die Nicht-Demütigen-These 5 von Ladwig, mit der er für »sensibles Regieren« (364) der Besatzungsmacht eintritt. Wenn Protektorate vorgeschlagen werden, sollte deren Kränkungspotential mitbedacht werden. (365) Damit stellt er nicht den Vorschlag von Protektoraten in Frage, sondern gibt allein die Beachtung der Gefühle unter Fremdbestimmung mit auf den Weg.

– Mit These 6 denkt Ladwig sich immer weiter in die Perspektive der neuen Kolonialmacht ein. »Hilfe zur Selbsthilfe« ist ein bekanntes Label, das gerne über jede Form von Entwicklungsprojekten gelegt wird. Ladwig übersetzt es in »Herstellung lokaler demokratischer Autoritäten« (365), für die er jedoch größte Schwierigkeit beschreibt. Seine Diagnose: »für Partizipation und vernünftige Verständigung (...) fehlen meist elementare materielle, kognitive und motivationale Voraussetzungen: Viele AkteurInnen sind ungebildet, ohne Zugang zu wesentlichen Informationen, ohne Zutrauen in den Stellenwert der eigenen Stimme und in die Lauterkeit des Gegenübers.« (365) Vergleichbare Beschreibungen der Kolonisierten lassen sich mit Sicherheit in historischer Kolonialliteratur finden. Ohne ausreichende Vernunft und ungebildet, fehlende Denkfähigkeit, motivationsschwach, niedriges Selbstvertrauen und fehlendes Vertrauen zu den neuen Herren. In diesem Tenor macht Ladwig in seinen Ausführungen zu These 6 noch weiter, indem er die »anspruchsvollen Kompetenzen und Tugenden von Bürgern« (366) beschreibt, um mit dem Satz zu enden: »Eine noch so gute Verständigungsabsicht bewirkt nichts, wo die Erheblichkeit und die Überzeugungskraft von Gründen grundlegend umstritten bleiben.« (366) Eine andere Rationalität kann von Ladwig vergleichbar zu vergangenen Kolonialzeiten nicht geduldet werden. <http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1846> Erschreckend, dies alles bisher unwidersprochen in einem Band der FU Berlin von 2007 zu lesen.

– In These 7 schließlich erklärt Ladwig warum NGOs die idealen Funktionsgehilfen für zivil-militärische Durchsetzungsstrategien in den Interventionsgebieten sind. »Sie ergänzen die »harten« Ressourcen Recht, Macht und Geld um die »weichen« Faktoren Vertrauen und argumentative Kraft.« (366) Mit ihrem »Kontakt-, Kenntnis- und Vertrauensvorsprung« (367) sollen sie die in These 6 beschriebene Kluft zwischen Kolonisatoren und Kolonisierten abfedern helfen. »Dies vermindert den unvermeidlichen Ziel-Mittel-Konflikt externer Hilfe in zerfallen(d)en Staaten: für andere zu handeln, die doch zum Selbsthandeln ermächtigt werden sollen.« (367)

Konfliktursache ist. Darüber hinaus wird von konsequenteren KritikerInnen auch die westliche Interessenspolitik und das Armut produzierende Weltwirtschaftssystem erkannt. Jürgen Wagner stellt dazu in seiner Studie »Mit Sicherheit keine Entwicklung« fest: »Die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung würden eigentlich eine Konzentration auf direkte Armutsbekämpfung und die Errichtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung als vordringlichste Maßnahmen zur Konfliktprävention nahe legen. Dennoch setzt sich derzeit die Sichtweise durch, der Stabilisierung gescheiterter Staaten müsse absolute Priorität eingeräumt werden.«²⁰

Die Theorie der Neuen Kriege wird von den sogenannten liberalen Kosmopoliten mit der Argumentation aufgegriffen, dass die »aufgeklärte Fremdverwaltung« (Max Boot) des Westens für den als barbarisch präsentierten Rest der Welt eine Notwendigkeit sei, um der Universalität individueller Menschenrechte und dem Multikulturalismus Geltung zu verschaffen. »Sie [die Kosmopoliten] plädieren für die formelle Re-Hierarchisierung der internationalen Gemeinschaft, bei der demokratischen Staaten spezielle Regierungsbefugnisse zugestanden werden, insbesondere mit Blick auf die legale Anwendung von Gewalt, und für andere Länder das kategorische Recht auf Selbstbestimmung und Nicht-Einmischung eingeschränkt wird.«²¹

Diese Hierarchisierung setzt der SFB 700 bereits voraus. Es wird von der Überlegenheit des westlichen Demokratie- und neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsmodells ausgegangen. Wissenschaftliche Kontroversen um die Theorie der Neuen Kriege, um Konfliktursachen und Konsequenzen daraus, wie auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen über die neue aggressive deutsche Außenpolitik, über Demokratieexport oder andere westliche »Entwicklungs-Segnungen« für die sogenannte Dritte Welt werden konsequenterweise vom SFB 700 ausgeblendet.

Und dennoch gibt es all die Fragen, die aus der postmodernen Verunsicherung entstehen, allen Versuchen herrschaftlicher Diskursdominanz zum Trotz: Wie alternative Denkweisen sich aus dem Bann der restriktiven Hegemonie der kapitalistischen Verbrauchergesellschaft lösen können. Mit welchen Mitteln unterdrückte, verdrängte, lächerlich gemachte emanzipative Handlungsoptionen auch gegen den Willen der bewaffneten Staatlichkeit durchgesetzt werden können. Fragen dieser Art will der SFB mittels vereinfachter Kurzschlüsse, überallgemeiner Setzungen und einer äußerst mageren Vorstellung davon, was kritisches Bewusstsein heute ist, vergessen machen. Das allerdings dürfte ihnen schwer fallen.

Sie mögen darauf setzen, dass die Erinnerungen an die anti-kolonialen und anti-autoritären Kämpfe der 60er Jahre verblasst und endlich mit dem Schema »Kritik = Optimierung«

20 Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung. www.imi-online.de/2008.php3?id=1846.

21 Reus-Schmitt, Christan: Liberal hierarchy and the licence to use force, in: Review of international studies 31/2005, 71-92: 72.

überschrieben werden können. Aber diese Kämpfe entstanden und entstehen nie ausschließlich aus einer unterschiedlichen Interpretation der Wirklichkeit, sondern noch immer aus der Sehnsucht nach Gerechtigkeit, Liebe und Abenteuer, aus der Leidenschaft für die Freiheit und dem Hass auf diejenigen, die sich anmaßen, all das zu verwalten und zu verweigern, zu kontrollieren und zu rationieren. 40 Jahre nach 1968 sind die Kämpfe gegen die Kolonisatoren und Dompteure nicht nur in Griechenland wieder auf die Strasse zurückgekehrt.

Für alle, die heute in Aktionen und Diskussionen darum ringen Auswege aus dem Programm der garantierten Zerstörung durch den Kapitalismus zu finden, kann das Studium der Feinde der Emanzipation wertvoll sein – aus strategischen Gründen, aber auch, um sich das qualitative Ausmaß des Angriffs auf unser Leben bewusst zu machen, und aus dem NEIN dazu Schritt für Schritt zu lernen, wohin der Weg uns führen könnte, von dem zu diesem Zeitpunkt oft nur klar ist, dass es unbedingt ein anderer sein muss. Wir danken dem SFB 700 in diesem Sinne für die durchsichtigen Manöver, mit denen die Hilflosigkeit der Herrschenden und die Zerbrechlichkeit ihrer Macht unsichtbar gemacht werden soll – die uns Gelegenheit bieten, die fatale Trostlosigkeit des globalen zivilen Krieges, mit dem sie sich im Sattel zu halten versuchen, am konkreten Projekt beispielhaft zu demonstrieren.

Die Fragen wieder stellen, die Hobbes in ein Ordnungskonzept zementierte

Nicht nur bei Bernd Ladwig, sondern an verschiedenen Stellen beziehen sich die SFB 700-Veröffentlichungen, auf den im 17. Jhd. schreibenden Staatstheoretiker Thomas Hobbes.

Hobbes Beschreibung des Sicherheitsdilemmas und sein Entwurf für moderne Souveränität als passende Antwort wird – nicht nur beim SFB 700 – als unumstößliche Grundlage politischer Theorie gehandhabt. Wir denken, es ist notwendig, die Sicherheit dieses Fundaments aufzugeben, und sich genau anzugucken, wie Hobbes einen bestimmten Politikbegriff geprägt und gegen Hinterfragung abgesichert hat. Wir müssen die Fragen wieder stellen, die in Zeiten des Umbruchs im 17. Jahrhundert die Menschen bewegten. Diese Fragen hat Hobbes eingehengt indem er eine plausible und äußert gewaltsame, Ausschlüsse produzierende Antwort lieferte.

Hobbes beginnt seine Schrift »Der Leviathan« mit einer Beschreibung dessen, was der Mensch ist. Auf diese Weise produziert er das moderne Subjekt mit einem bestimmten Charakter: unfähig ohne übergeordnete Autorität friedlich miteinander zu leben. Er lässt diese Konstruktion als natürlich erscheinen, indem er seine Beschreibung »Of Man« als »beobachtete Fakten« präsentiert. Damit verdeckt er den hochpolitischen Charakter seines Vorgehens: andere Möglichkeiten individuellen oder kollektiven Lebens in der Welt werden ausgeschlossen.

Hobbes selbst war sich des kontingenten Charakters seiner Lösung des Problems politischer Ordnung bewusst. Sein Ziel war Stabilität – nach Jahrzehnten von Bürgerkrieg mit Unsicherheit und Chaos in Europa, aber auch mit tiefgreifenden Debatten zu Utopien für ein Zusammenleben, die bestehende Formen von Privilegien, Schutz von Privateigentum, Ausschlüssen ganzer sozialer Schichten grundlegend in Frage stellten. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Hobbes sein Ordnungskonzept mit einem bestimmten, universellen Wissenssystem verbunden, das dem Souveränitätsbegriff der Moderne zum Durchbruch verhalf und gegen alternative Modelle absichern sollte. Außerhalb der in diesem

Schema definierten Kategorien sollte es nichts mehr geben. Die in Europa herrschende Vernunft wurde zur praktikablen Messlatte und Legitimation kolonialer Politik. Gesellschaftliche Organisierung heißt fortan: Klar abgegrenzte Territorien mit möglichst homogener Bevölkerung und einer Autorität, welche mit Gewaltmonopol abgesichert wird. Dieses Denken ist weitgehend zur Selbstverständlichkeit geworden. Das geschieht sehr subtil durch Wissenssysteme, die seit Hobbes kaum grundlegende Hinterfragung erfahren, und durch eine Wissenschaft, wie sie der SFB 700 betreibt, fortgeschrieben wird. »Die Verfahrensweisen der souveränen Vernunft arbeiten daran uns zu überzeugen, dass die wunderbare Fiktion von Hobbes tatsächlich die Realität ist, mit der wir leben und für die wir vielleicht sterben müssen.«²²

Ob Wissenschaft, politischer Aktivismus oder einfach denkender Mensch: Wir dürfen unsere Denkhorizonte nicht einschränken lassen. Wir brauchen politische Debatten und Streit, wirklich offen und suchend gestellte Fragen und utopische Ideen, die das Realexistierende überschreiten. Wenn die handelnden Menschen hinter den zementierenden Konzepten wie Souveränität, Staat, Geld und Grenzen wieder sichtbar werden, kann ein reicher Raum von kreativem Potential und Offenheit für ganz andere Möglichkeiten von politischem Leben entstehen.

22 Im Original: »The procedures of sovereign reason work to convince us that Hobbes' wonderful fiction is indeed the reality we must live with, and perhaps die for«. Walker, R.B.J.: Space/Time/ Sovereignty. In: Denham, Mark E./ Lombardi, Mark Owen (Eds.): Perspectives on Third-World Sovereignty. Macmillan Press: Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London/ St. Martin's Press: New York 1996: 19.

Zitrofa Ochi  Nivis Derva

*Denn diese Welt ist hart und mordet
Das will ich nicht, will ich nie vergessen
das stempelt sich auf uns
und wird auch Teil von unseren Gesten
lass uns wachsam sein
dann es lauert in uns
wie in trojanischen Pferden
Früchte des Zorns, Liebeslied*

Bildungsprivatisierung Version OSI

»Veritas« oder über die Wa(h)re Wissenschaft

»Ich habe sehr den Eindruck, dass Vielen, selbst im SFB, nicht klar ist, was mit den veränderten hierarchischen, informellen Durchgriffmodellen »verspielt« wird. Demokratie ist ein sehr voraussetzungsvoller Prozess, gerade im vorrangig definierten Erkenntnisziel und der Verpflichtung auf die Wahrheit und nicht anderen Zielen wie etwa Profit oder Kriegslisten, die an anderen Orten durchaus ihre Berechtigung haben können...«

(MitarbeiterIn der FU, 2008)

Forschung, wissenschaftliche Ausbildung und auch das Wissen selbst werden derzeit in rasantem Tempo an der Verwertbarkeit und ökonomischem Marktdenken ausgerichtet. Der SFB 700 treibt diese Umstrukturierung auf den verschiedenen

Ebenen universitärer Organisierung und Selbstbestimmung, formaler Entscheidungsverfahren, inhaltlicher Ausrichtung und der Praxis der Lehre und Forschung an der Freien Universität (FU) Berlin voran.

Wissenschaft-Glauben-Wahrheit

In der Wissenschaft geht es um die Produktion von Wahrheit. In der Moderne, deren Idol der Fortschritt, deren Religion die Wissenschaft, deren Glaube die Technik und deren Kult die Entwicklung¹ war und ist, spielt(e) Wissenschaft eine wichtige Rolle in der Durchsetzung und Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, das für viele die Todesstrafe bedeutet und das Leben, die Menschheit und den Planeten fortschreitend zerstört. Wenn Wissenschaft dazu benutzt wird, um zu blenden und somit den Raubmord der Reichen und Mächtigen quasi wissenschaftlich objektiv als gerechtfertigt darzustellen, dann ist das kein Spiel, das AkademikerInnen spielen, um sich ihre Brötchen zu verdienen oder an einen angesehenen Posten zu gelangen, sondern eine privilegierte Mitarbeit an der fortschreitenden Zerstörung dieses Planeten und somit der Lebensgrundlage von **allen** Lebewesen – Akademikerinnen, sowie die Reichen und Mächtigen eingeschlossen.

Plumelle Uribe schreibt in ihrem Buch »Die Weiße Barbarei«, in dem sie die gesellschaftlich bisher nicht aufgearbeitete Kontinuität vom Kolonialismus über den Nationalsozialismus hin zu den heutigen gesellschaftlichen Strukturen und Besitzverhältnissen aufzeigt: »Die ideologischen Lügen werden, sobald sie in den scheinneutralen Deckmantel wissenschaftlicher Erkenntnis gehüllt sind, angesichts der Glaubwürdigkeit und dem Prestige, das dem wissenschaftlichen Diskurs normalerweise anhaftet, gefährlich wirksam. Als wären Forscher der verschiedenen Wissenschaftszweige nicht selbst abhängig und oft in **soziokulturellen Vorstellungen** und **ererbten Denkmustern** gefangen.«²

Im Kapitalismus ist das Streben nach Gewinn eines dieser Denkmuster, das auch die Produktion von Wissen prägt. Plumelle weist in der Geschichte nach, wie diese Orientierung hergestellt wurde: »Diese Unterwerfung aller Werte unter die Leidenschaft des Goldes, unter die Macht des Reichtums und seine Begleiterscheinungen entwickelte sich schrittweise, um in ein Wirtschaftsdenken zu münden, das in gewisser Weise die schlimmsten Verbrechen annehmbar machte, sofern sie ökonomisch begründbar waren. (...) Im Denken der Europäer nahm das Streben nach Gewinn und Reichtum ein dermaßen bedeutendes Gewicht ein, dass nach 1945 die Lüge erfunden werden musste, bei den nationalsozialistischen Verbrechen hätten soziale und wirtschaftliche Faktoren keine Rolle gespielt, um das Zerstörungs- und Vernichtungswerk der Erfüllungsgehilfen des Dritten Reichs zumindest theoretisch

bis ins Letzte zu verurteilen.«³ Weiterhin werden Strategien verfolgt, die die marktwirtschaftliche Expansion nach Innen und Außen zum Ziel haben. Sozusagen nach Innen dringt das Kapital in Bereiche ein, die zuvor öffentlich organisiert waren, d.h. es erfolgt eine Inwertsetzung von z.B. Bildung, Transportwesen, Gesundheitssystem und Altersvorsorge. Nach Außen greift das Kapital nach ganzen Ländern und Regionen, die bislang nicht marktwirtschaftlich organisiert waren, um dort die entsprechenden Strukturen zu schaffen.

Bildungsprivatisierung

»Das Modell »Unternehmen Hochschule« koppelt (...) die Produktion von Wissenschaft und Studierendenausbildung direkt an Markterfolge und erlegt den Universitäten auch die Binnenstruktur eines marktorientierten Unternehmens auf. Darin hat professionelle Autonomie nur noch in dem Maße Platz, wie sie dem Geschäftsinteresse dient. Innerhalb der unternehmerischen Universität geht es um die optimale Verbindung von Hierarchie und Konkurrenz. Das bedeutet auf jeden Fall die Aufhebung, mindestens aber das Leerlaufenlassen aller Formen von Demokratie und Mitbestimmung.« (Zeuner)⁴

Es wird propagiert, dass durch Wettbewerb sich alles zum Guten wende, weil sich so immer das Beste durchsetzen würde. Diese Ideologie wird auch im Bildungsbereich angewandt und mit Milliarden schweren Projekten wie der Exzellenzinitiative mit ihren drei Säulen des Cluster-Konzeptes, der Graduiertenschulen und dem Zukunftskonzept forciert. Auch die High-techstrategie von Bildungsministerin Schavan soll explizit die hochschulische Forschung näher an die Wirtschaft koppeln, wobei wirtschaftliche Forschungsaufträge kofinanziert werden⁵. So wird ein bisher öffentliches Gut, d.h. eine Sache die bisher aus öffentlichen Mitteln getragen wurde, zu dem es ein Zugangsrecht gab und über das in öffentlichen und von allen Universitätsangehörigen gewählten Gremien bestimmt wurde, nun immer mehr in Form vergleichbar einer Ware am Markt organisiert; sowohl der Zugang, als auch die Bestimmung der Forschungs- und Lehrinhalte wird zunehmend von denen bestimmt, die ihre Macht aus dem Zugang zu Geld ableiten.

Die zunehmende Prekarisierung der Arbeitnehmerinnen, der Leistungsdruck im Studium und die Unterfinanzierung der Hochschulen sind dabei Teil desselben Systems und stellen sicher, dass sich niemand dem alles umfassenden Wettbewerb entziehen kann. Dieser wird so zum Zwang der direkt in die Fächerzusammensetzung der Hochschulen, die Forschungsziele der Wissenschaft und in unser aller Leben eingreift. Forschung, Bildung und Menschen werden in dieser Logik zu bloßen Produkten erklärt, deren Wert nur in ihrer

1 Latouche, Serge 2003: Would the West actually be happier with less? The world downscaled, in: Le Monde diplomatique, December, S. 22.

2 Plumelle-Uribe, Rosa A 2004: Weiße Barbarei. Vom Kolonialrassismus zur Rassenpolitik der Nazis: S. 242.

3 ebda. S. 162.

4 Prof. Dr. Bodo Zeuner: Die Freie Universität Berlin vor dem Börsengang? Bemerkungen zur Ökonomisierung der Wissenschaft. Abschiedsvorlesung am 11. Juli 2007, 18 Uhr, Hs. A des OSI, Ihnestr. 21

5 Siehe hier: <http://www.hightech-strategie.de/de/350.php>

profitablen Verwertung besteht. Entsprechend ist, was keinen wirtschaftlichen oder politischen Nutzen bringt, wertlos, seien es nun Forschungsergebnisse, ganze Wissenschaften oder Menschen.

Dies ist eine Strategie zur globalen kapitalistischen Inwertsetzung von bislang öffentlichen Gütern, wie sie sich z.B. am Abkommen über den globalen Handel mit Dienstleistungen (GATS) ablesen lässt. In der EU wird mit der Dienstleistungsrichtlinie von 2006⁶ der rechtliche Rahmen geschaffen, »um schrittweise und koordiniert eine Modernisierung der nationalen Regelungen für Dienstleistungen zu erreichen, wie sie für die Schaffung eines wirklichen Binnenmarktes für Dienstleistungen bis zum Jahr 2010 unerlässlich ist«⁷, »um die Europäische Union (...) zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt (...) zu machen«⁸. Der Schutz der Umwelt, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit sowie der Einhaltung des Arbeitsrechts soll damit gewährleistet werden⁹, Bildung nicht.

Vorangetrieben wird diese »Liberalisierung« in allen gesellschaftlichen Bereichen von Akteurinnen wie der Bertelsmann Stiftung und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)¹⁰. Bei der Bildungsprivatisierung spielt das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), ein von Bertelsmann abhängiger Think Tank, aber auch der Stifterverband der deutschen Wissenschaften eine herausragende Rolle.

So sei der Bologna-Prozess nicht einfach eine Umbenennung von Abschlüssen, sondern eine grundlegende Reform, wie FU-Präsident und Botschafter der INSM Lenzen betonte. Der BA soll als Einlaufschleuse dienen und bildet billige Büroarbeiterinnen aus, die MA-Plätze werden begrenzt und zur Ausbildung des Führungspersonals bestimmt, das PHD, früher der Doktor, wird ausschließlich über Stipendien finanziert, da auch die jetzt schon knappen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnenstellen eingespart werden.

Erklärtes Ziel ist es den kritischen Einspruch in die Gesellschaft zu minimieren. Bildung wird zum Humankapital, das gegen Geld zur Verfügung gestellt wird. Nicht viel Phantasie braucht frau, um sich auszumalen welches Wissen dann gegen Geld hauptsächlich nachgefragt wird. »Die »Reform« begnügt sich ja nicht damit, die Universitäten mehr oder weniger auf die Herstellung verkäuflicher Produkte und Dienstleistungen umzuorientieren. Vielmehr wird ein nationales und globales System der marktförmigen Konkurrenz zwischen den Wissenschaftsunternehmen konstruiert, das auf brutale Resultate ausgerichtet ist: Ruinöse Konkurrenz nach dem Prinzip »Win-

ner takes all«. Nur wer an der Spitze mitmisch, wer international in der ersten Liga spielt, und wie die Metaphern alle heißen, hat eine Überlebenschance.« (Zeuner)¹¹

Symptomatisch für diese Entwicklung hin zur Modularisierung und strafferen Durchstrukturierung des Studiums aufgrund Bachelor/Master ist, dass inhaltliche Themen weit in den Hintergrund gerückt sind, es Studierenden vornehmlich um die Erfüllung der Scheinkriterien sowie der Studienordnungsanforderungen geht. Dies ist einerseits in den Seminaren und Vorlesungen zu beobachten, wo viele Studierende passiv ihre Anwesenheitspflicht absitzen, während andere sich aktiv mit anderen Dingen beschäftigen, wie etwa ihren e-mails oder Texten für andere Seminare. Als auch außerhalb der Seminare, wo die Studienorganisation einen wichtigen Stellenwert einnimmt und meinem Eindruck nach nur selten Diskussionen aus Seminaren fortgeführt werden. Was die Erstsemester schon von der Schule gewöhnt sind, setzt sich im Studium fort. So schreibt Morus Markard zum Thema Noten, dass durch sie der Inhalt gegenüber einer »konkurrenziell vergleichenden abstrakten Leistung zurücktritt (...), deren Formbestimmtheit (...) den prinzipiell positiven Effekt einer sachlichen Rückmeldung desavouiert«¹². Des weiteren lege die in die Notengebung eingebaute Konkurrenz »faktisch die Negation von Sachinteresse nahe« und favorisiere dagegen »abstrakte Fähigkeiten des Blendens, des Nach-dem-Munde-Redens, der gemäßigten Kritik, der vorwegnehmenden Eingemeindung des Inhaltlichen in das Erwünschte«¹³.

Wie in einem Wirtschaftsunternehmen muss mensch sich also »mit denen da oben« gut stellen, sonst wird man nichts, sonst kriegt man nichts, sonst ist man ein »loser«.

»Hinter dem Weihrauch von Bewertungsritualen und Qualitätskontrolle kommt allmählich eine Umstrukturierung der Bildungslandschaft zum Vorschein, die eindeutig nicht mehr der Erkenntnis, der wissenschaftlichen Neugier und der akademischen Freiheit, sondern den Phantasmen der Effizienz, der Verwertbarkeit, der Kontrolle, der Spitzenleistung und der Anpassung verpflichtet ist.«¹⁴

11 Zeuner a.a.O.

12 Markard, Morus 1998: Begabung, Motivation, Eignung, Leistung – politisch-operative Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung: Eine Betrachtung aus kritisch-psychologischer Sicht, in: Forum Wissenschaft 1998, 15, H. 1, 36-40: S.4

13 ebda. S. 5

14 Paul Ließmann 2006: Theorie der Unbildung: Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, S. 87

6 Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Amtsblatt der Europäischen Union L376/36

7 ebda. L376/37

8 ebda.

9 ebda.

10 Neoliberaler Think-Tank, der stolz darauf ist, öffentliche Diskurse zu steuern/manipulieren

Das New Public Management als Grundlage der Bertelsmann-Projekte

Fast alle Projekte der Bertelsmann-Stiftung, die sich der Staatsmodernisierung widmen, lassen sich bei näherem Hinsehen auf Elemente des New Public Management (NPM) zurückführen. Landläufig sprechen wir von Ökonomisierung, wenn wir die Unterordnung der Öffentlichen Dienste unter Modelle der Betriebswirtschaft meinen und diesen Vorgang von der Privatisierung abgrenzen. Das NPM bildet jedoch den übergreifenden konzeptionellen Rahmen, in dem die Privatisierungen mit der inneren betriebswirtschaftlichen Reorganisation öffentlicher Einrichtungen verknüpft sind, um Ausgaben effektiv kürzen zu können. Anders ausgedrückt verbindet das NPM die EDV-gestützte Umstrukturierung und Rationalisierung in Behörden, Universitäten, Krankenhäusern und Schulen mit der Umwandlung eines Teils der staatlichen Ämter und Einrichtungen in privatwirtschaftliche Anbieter auf dem Markt. Die Bertelsmann-Stiftung hat sich in den 90er Jahren fast ausschließlich darum gekümmert, die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche mit Modellprojekten für die Durchsetzung des NPM zu versorgen.

Das NPM ist auch eine neue Form des Regierens im Sinne einer Unterwerfung subjektiver Selbst- und Sinnfindung unter ökonomische Selbstoptimierung. Vor allem aber ist das NPM eine Strategie zur globalen kapitalistischen Inwertsetzung von bislang öffentlichen Gütern, wie sie sich z.B. am Abkommen über den globalen Handel mit Dienstleistungen (GATS) ablesen lässt.

Das Prinzip der »dezentralen Führung«, auch »dezentrale Ressourcenverantwortung« genannt, ist die wesentliche ideologische und praktische Schneise, von der dann Eigenverantwortung, Autonomie, Selbstmanagement abgeleitet werden. Ein zentralistisches Controlling hebt allerdings die dezentralen Spielräume mittels Standard-Vorgaben wieder völlig auf. Neuerdings tritt die Gründung von Netzwerken regionaler AkteurInnen (Cluster) hinzu, die die frühere Regionalpolitik staatlicher Stellen ablösen. Sie sollen die regionale Produktivität steigern und das Demokratiedefizit im NPM abfedern. In allen betroffenen öffentlichen Bereichen verlieren die bisherigen kommunalpolitischen Instanzen Einflussmöglichkeiten und politische Gestaltungsfähigkeit. In Cluster-Verfahren werden die regionalen Ressourcen mit den globalen Konzerninteressen kurzgeschlossen. Öffentliche Güter werden vom Kapital seinen Profirkriterien unterworfen und damit letztendlich unter die Vorherrschaft von ein paar Milliardärsfamilien wie den Mohns gebracht.

Das NPM fordert von den dezentralen (oder privatisierten) Einrichtungen mehr oder weniger deutlich, eigene Einnahmen zu erwirtschaften und sie eigenverantwortlich für selbst geschaffene Leistungen/Produkte zu verwenden. Eigene Einnahmen können aus neuen Gebühren erwachsen oder aus Public Privat- Partnership-Projekten (PPP) mit privaten Unternehmen. (...) Dies ist der Grundgedanke auch der Universitätsfinanzierung, die sich von vornherein in finanzielle Verbindungen mit der nachfragenden Branche oder Firma begeben sollen,

zum gegenseitigen Nutzen. (...) Die Gewinnorientierung öffentlicher Einrichtungen/Güter/Versicherungen etc, ist ein Hauptkonflikt zwischen Staat und Bürgern. Die Kämpfe gegen Studiengebühren sind ein Teil davon.

Das Bertelsmann-Institut CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) hat sich von Anfang an der Einführung des NPM an den Universitäten gewidmet. Zu diesem Zweck wurde es gegründet, und alle Mechanismen der Reformuniversität folgen der Blaupause des NPM. (Das NPM richtet die Erwartung an die Menschen »selbst aktiv zu werden« und die »Qualität« der Dienstleistung selbst zu verbessern. Du sollst Dich einbringen und sagen, was Du zur Verbesserung des Betriebsergebnisses tun wirst. Und dafür gibt es Prozeduren, die Evaluationen, in denen Du Dich einbringen kannst, besser gesagt, ausforscht wirst. Der Reihe nach wird alles mögliche abgefragt und Du darfst einschätzen, wie gut der Prof seine Vorlesung gemacht hat. Zur Krönung hat die Stiftung auch noch Evaluationsverfahren für den Grad der Marktförmigkeit von Gesellschaftssystemen entwickelt, den berühmten Bertelsmann-Transformation-Index (BTI). Anmaßend und pseudodemokratisch setzt die Aktivierung bei den Politikern an, die etwas für die Optimierung der neoliberalen Marktwirtschaft tun sollen.

Evaluationen und Aktivierung gehören zusammen, die Qualitätsmessung ist nicht einfach eine Feststellung, was ist, sondern versteht sich von Anfang an als prozessorientiert, also als Instrument eines permanenten und unendlich gedachten Optimierungsprozesses. Die Beteiligten überprüfen sich selbst, sollen in den Spiegel gucken, um ihnen verwertbare Aussagen über den eigenen Tätigkeitsbereich zurückzuspiegeln und dadurch zu motivieren, zielorientiert etwas zu verändern.

Das dafür benötigte Muster der »Aktivierung« kennen wir aus den Arbeitsagenturen, wo von den Erwerbslosen verlangt wird zu sagen, was sie zur Beendigung der Arbeitslosigkeit zu tun gedenken. Fördern und Fordern heißt es dort, im betrieblichen Bereich werden die Aktivierungsmuster unter dem Begriff der »Subjektivierung von Arbeit« diskutiert.

Mit knappen Worten skizziert die Bertelsmann-Stiftung 1993 die strategische Notwendigkeit, ein Programm zur Leistungssteigerung im öffentlichen Dienst mit »materiellen Anreizen« (Karriere) und mit den Methoden der Subjektivierung (Qualitätsmanagement, Motivierung, flache Hierarchien etc) zu entwickeln. Neue Teamarbeit bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeit, Disziplinierung zur Mehrarbeit und der Einsaugung des »tacit knowledge« (Erfahrungswissen) sollen mit den »Leistungskomponenten« beim Lohn neu aufeinander abgestimmt werden.

Da das NPM die Trennung der Sphären Staat und Wirtschaft inhaltlich (nicht formell) aufhebt, ist es wahrscheinlich die umfangreichste Strukturveränderung des herrschaftlichen Verwaltungsrechts in Deutschland seit dem Allgemeinen Landrecht von 1794. Theoretisch entspricht das NPM der realen Subsumtion staatlicher Einrichtungen unter das Kapital, wie sie Marx analysiert hat.

Exzellenter Klüngel SFB 700

Am Beispiel des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der FU wird deutlich, mit welchen Maßnahmen ein Ergebnis erreicht wird, ohne dass es zuvor als Ziel thematisiert worden wäre. Eine wesentliche Rolle in dieser Umstrukturierung kommt dem SFB 700 zu. Zunächst scheinbar unabhängig vom noch nicht realisierten SFB, wurde das Institut für Soziologie »abgewickelt«. Und das obwohl eine mit internationalen VertreterInnen zusammengesetzte Kommission zur Berufung von vier HochschullehrerInnen zu einem guten Ergebnis gekommen war. Von diesen wurde nur ein Professor berufen und die Soziologie so durch das Präsidium de facto abgewickelt. Im Falle des Otto-Suhr-Instituts (OSI) für Politikwissenschaften wurde zunächst mit Verweis auf die Finanzlage die Professur »Historische Grundlagen der Politik«, sowie die Professuren »Ideengeschichte« und »Recht« nicht mehr besetzt. Damit blieb im Bereich Grundlagen der Politik nur noch die Professur »Kritik der politischen Ökonomie«. Hier kam die Wunschkandidatin des SFB, Susanne Lütz, zum Zuge. Wie sich dann zeigte, waren die angegebenen Finanzzwänge nach dem Wegfallen der »Grundlagen der Politik« nicht mehr von Bedeutung. Mit Verweis auf zentrale Mittel, den Wunsch des Präsidiums, war die Finanzierung von zwei vom SFB gewollten Professuren plötzlich nicht nur unproblematisch sondern wurde auch als dringlich dargestellt. Am Beispiel des Berufungsskandals Chojnacki/Zürcher ist diese informelle Vorgehensweise sehr deutlich zu veranschaulichen. Schon im Vorlauf probierten die VertreterInnen des SFB an unterschiedlichen Stellen im Fachbereich eine Professur auf die Person Zürcher umzuwidmen. Zunächst die freigewordene Professur am Ethnologie-Institut, was de facto dessen Ende bedeutet hätte. Dies stieß auf heftigen Widerstand bei den EthnologInnen und wurde verhindert.

Daraufhin trafen sich einige ProfessorInnen des OSI informell. Auf die Absprachen dieses Treffens wurde im Nachhinein immer wieder mit »Professorium« Bezug genommen. Ein Professorium ist jedoch weder im Berliner Hochschulgesetz (BerLHG) noch sonst in einem Gesetz vorgesehen. Dann wurde der OSI-Strukturplan, – in dem festgelegt ist, welche Professuren es gibt und über den herkömmlicherweise öffentlich entschieden werden muss –, sowohl im Institutsrat wie im Fachbereichsrat (FBR) in der nichtöffentlichen Sitzung verändert. Unter Ausschluss einer öffentlichen Debatte. So gelang es aus der Vollprofessur Ideengeschichte die vom SFB gewünschten Professuren für »Vergleichende Politikwissenschaft und empirische Friedensforschung« und zusätzlich »Vergleichende Politikwissenschaft und Sicherheitspolitik« institutionell einzufädeln. Um die Interessen der Studierenden zu wahren, beauftragte der AstA einen unabhängigen Rechtsanwalt die Rechtslage zu prüfen. Dieser stuft die Vermengung von Struktur und Personal als rechtswidrig ein. Das Rechtsgutachten wurde jedoch schlicht ignoriert! Stattdessen wurde eine Berufungskommission eingesetzt – eine für beide Verfahren. Im Nachhinein stellte sich bei der Einsicht in die

Berufungsunterlagen heraus, dass von Zürcher keine Bewerbung für die Stelle vorliegt, sondern nur ein sogenanntes Konzept, was nach deutschem Recht nicht ausreicht. Ohne Bewerbung keine Stelle, warum auch. Der Mensch ist Subjekt, das sich bewirbt. Kein Objekt, auch nicht der Planung des SFB. Es fragt sich, wenn diese schlichte Regel für jede Stelle als studentische Hilfskraft gilt, warum der Kandidat dies nicht getan hat. – Oder warum ihm nicht nahe gelegt wurde, diese Bagatelle nachzuholen und damit den Prozess zumindest seiner Form nach zu »heilen«. Allein diese wie einige andere »Ungereimtheiten«, die normalerweise jede Dienststelle korrigieren würde, charakterisieren das Verfahren.

Die Berufung von Chojnacki/Zürcher war kein »normales« Verfahren. Unter dem Stichwort schlankes Berufungsverfahren gab es keine öffentliche Ausschreibung der beiden eh schon auf Zürcher/Chojnacki zugeschnittenen Stellen. Thomas Risse, Sprecher des SFB 700 und Mitglied im FBR, wies darauf hin, dass das in USA ein gängiges Vorgehen sei. Er bemerkte, dass das deutsche System der Berufungsverfahren für die heutigen wissenschaftlichen Bedingungen im globalen Wettbewerb viel zu langwierig sei, dieses »schlanke Berufungsverfahren« auch in Zukunft so am Fachbereich angewandt werden würde. Begründet wurden die »schlanken Verfahren« mit einer jeweiligen Rufabwehr. Chojnacki nahm seinen auswärtigen Ruf an und ist jetzt in Kiel. Aber ob Zürcher einen gleichwertigen auswärtigen Ruf hatte, ist nicht gesichert. Nur die Dekanin Frau Riedmüller gibt vor ihn gesehen zu haben. Obwohl das ganze Verfahren durch ein wiederholtes Gruppenveto von Seiten der Studierenden um einige Monate verzögert werden konnte, wurden die ein-Mensch-Berufungslisten bei einer Kampfabstimmung im FBR ein wiederholtes Mal, wenn auch knapp, bestätigt. Der Wissenschaftssenator Zöllner, der die Listen aufgrund des Protestes in Form von drei Minderheitenvoten (der dezentralen Frauenbeauftragten, ProfessorInnen und der Gruppe der Studierenden) zum ersten Mal an den FBR zurückgegeben hatte, mit einem Verweis auf die politische Kultur, hat die Rufe sehr kurz nach der wiederholten Abstimmung erteilt. In den Minderheitenvoten war moniert worden, dass laut Rechtsgutachten die Vermengung von Strukturplan und Personalien nicht zulässig war und durch die Unterlassung einer öffentlichen Ausschreibung der beiden Stellen gegen die »Bestenauslese« und den Gleichbehandlungsartikel im Grundgesetz verstoßen wurde. Weil Frauen und nicht-weiße Menschen gar keine Chance hatten sich auf die Stellen zu bewerben wurde außerdem gegen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz sowie gegen die Frauenförderrichtlinie der FU Berlin verstoßen. Zudem wurde gezielt versucht studentische Mitbestimmung zu verhindern, indem mitten in der vorlesungsfreien Zeit vom Dekanat eine neue Vertretungsregelung für die studentischen VertreterInnen eingeführt wurde, sowie mehreren ProfessorInnen ihr Stimmrecht verweigert – obwohl sie wegen Urlaubs nicht einmal rechtzeitig von der Einladung zur Feriensitzung erfahren hatten. Das Otto-Suhr-Institut (OSI) ist das größte politikwissenschaftliche Institut der BRD und ist bekannt für seine ge-

neralistische Ausbildung bzw. seine einmalig große Breite an Fragestellungen und Themen in den verschiedenen politikwissenschaftlichen Bereichen. Die Beschränkung auf internationale Beziehungen, wie es am OSI konjunkturbedingt und unter dem großen Einfluss des SFB 700 zunehmend geschieht, ist eine Engführung der politikwissenschaftlichen Ausbildung und Forschung. Dies wird weder der gesellschaftlichen Realität gerecht, noch ist es sinnvoll für die OSI-AbsolventInnen: sie können und wollen schließlich nicht alle in demselben Berufsfeld Arbeit finden. So ist beispielsweise an den Schwerpunkten der DoktorandInnen zu entnehmen, dass sowohl Theorie, als auch Innenpolitik durchgehend wichtige Themen für die spätere Berufsqualifizierung sind. Auch die Theoriesektion der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) betonte in einem offenen Brief an OSI-Geschäftsführung, Dekanat und Präsidium ausdrücklich die deutschlandweite Bedeutung der Ideengeschichtspraxis und warnte vor ihrer Streichung. Momentan wird im Bereich Ideengeschichte eine Juniorprofessur mit Tenure-Track ausgeschrieben – ob diese dann auch tatsächlich in eine reguläre Professur übernommen wird, ob vom Präsidium gewollt wird, dass die finanziellen Mittel dafür vorhanden sind, muss sich erst noch zeigen.

Die Berufungspolitik am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU steht nicht zum ersten Mal in der Kritik. Im vergangenen Jahr hatten ProfessorInnen dagegen protestiert, dass die Berufung von Albert Scharenberg als Juniorprofessur für Nordamerikastudien vom wirtschaftsnahen FU-Präsidenten Dieter Lenzen verhindert wurde – offenbar aus politischen Gründen. Der anerkannte Wissenschaftler sitzt im Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung und forscht unter anderem zur Schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA. Damals wurde ein Mitglied der Berufungskommission wegen angeblicher Befangenheit zum Rücktritt gedrängt. In den aktuellen Berufungsverfahren ist von Befangenheit keine Rede – obwohl vier Mitglieder der Kommission für den SFB arbeiten und nun über die Berufung zweier Kollegen entschieden haben. Vizepräsidentin Lehmkuhl hat darin sicher auch eine Schlüsselposition inne. Sie ist im Präsidium verantwortlich für Berufungen und gleichzeitig stellvertretende Sprecherin des SFB 700. Die Doppelbödigkeit dieses Zugangs, der »argue«¹ sagt und durch Informalität und hierarchisches »top down«-Entscheiden² funktioniert, zeichnet die neue Vorgehensweise am OSI aus. Das ist im Kleinen die Praxis dessen was der SFB im Großen erforscht.

Und was wollen »wir«?

Jonathan Mayhews hielt 1750 eine Predigt in Boston »Eine Abhandlung betreffend die grenzenlose Unterwerfung und

1 »argue« ist der englische Begriff für Argumentieren und Überzeugen und ist der zentrale Begriff von Risse. Anders als das »Alte Europa«, das auf Gesetzesregeln setzt, will dieser Ansatz zur Selbstbindung beitragen. Es ist der Kern der Annahme von PPP, dass das Überzeugen weiter trägt als gesetzliche Regeln, die als Zwang negativ konnotiert werden.

2 Die Dekanin spricht oft von »das Präsidium will.«

Widerstandslosigkeit gegenüber höheren Mächten« in der »er sich leidenschaftlich sowohl für zivilen Ungehorsam als auch für das Recht auf Widerstand unter Einsatz von Gewalt aus(sprach); ja, er ging so weit, zu behaupten, passive Widerstandslosigkeit sei gleichbedeutend mit Sklaverei.«³ »Der Grund dafür, dass ein Volk in Sklaverei lebt (ist) ... Unkenntnis seiner eigenen Macht.«⁴

Wir können nicht nur einfach bei dem was wir in der Gesellschaft/an der Uni vorfinden mitmachen, nur weil es da ist und darüber Ressourcen verteilt werden.

Warum lassen wir uns das in Uni/Ausbildung/Beruf/HartzIV gefallen, dass wir nicht (gut) leben können, weil so wenige an ihren Privilegien festhalten? Einerseits ist es vielleicht die Angst vor dem Ungewissen, das Festhalten am Gewohnten, am sich eingerichtet haben in den gegebenen Umständen (Angst die Kontrolle zu verlieren), andererseits ist es aber sicher auch eine gespürte Hoffnungslosigkeit, die der Vorstellungskraft entbehrt, dass es nicht in der Natur der Sache liegt, dass die Stärkeren sich eben durchsetzen. Das Nichtwissen, was mensch selbst gegen die Zerstörung des Lebens, die Menschheit und den Planeten tun kann ist vermeintlich im Interesse derer, die die Kontrolle über das Leben wollen, um ihre Privilegien aufrechtzuerhalten. Aber eben nur vermeintlich, denn dadurch dass sie mit allen Kräften an der Kontrolle über das Leben der vielen festhalten, müssen sie sich auch selbst unter Kontrolle haben und sind selbst nicht frei. So schreibt auch Anne Bishop: Eine Gesellschaft, die durch den Wettbewerb über die Kontrolle von anderen strukturiert ist, erfordert die Selbstkontrolle (Selbstdisziplin) sowohl der Kontrollierenden als auch der Kontrollierten⁵ »Privilege doesn't equate with being happy. It involves having what others don't have and the struggle to hang on to it at their expense, neither of which is a recipe for joy, personal fulfillment, or spiritual contentment. – Most whites don't realize how much energy it takes to defend against their continuing vulnerability to guilt and blame and to avoid seeing how much trouble the world is in and the central role they play in it.«⁶

Aber es gibt Menschen, die nicht für die kurzfristige Karriere den Tunnelblick einnehmen oder sich gar gegen die eigenen langfristigen Interessen manipulieren lassen. Das Problem liegt häufig in der eigenen »Schere im Kopf«, die verführt oder verängstigt, auf jeden Fall aber nicht die Dinge so sehen lässt, wie sie sind.

Rosa Rot

3 Linebaugh | Rediker 2008: Die vielköpfige Hydra, Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks : S. 236, Berlin 2008

4 ebda. 235

5 Bishop, Anne 1994: Becoming an Ally: Breaking the Cycle of Oppression, S. 50

6 Johnson, Allen G. 2001: Privilege, Power and Difference

STUDIS-SITUATION

Reell haben Studierende die Möglichkeit, wenn sie mitspielen, zur transnationalen Führungselite ausgebildet zu werden. Mit meinem Wunsch mit Hilfe eines Politik-Studiums die Welt besser verstehen zu lernen, um dann zu ihrer Veränderung beitragen zu können, landete ich am OSI zunächst in einer Sackgasse. Das möchte ich hier beschreiben.

Frisch zurück aus Bolivien und einem Jahr Arbeit in einem Jungenheim war mir absolut klar, dass ich zur Veränderung der ungerechten globalen Verhältnisse beitragen wollte. Dafür schien es mir wichtig in eine möglichst einflussreichen Position zu gelangen, um so viel wie möglich verändern zu können. Deshalb erschien mir das Doppeldiplom des OSI, in Kooperation mit der Elitehochschule Sciences Po Paris ein geeigneter Abschluss, mit dem Schwerpunkt auf Entwicklungspolitik. Um am OSI Zugang zu erhalten gilt es zunächst die Hürde des NCs zu überwinden – in meinem Fall konnte ich mich noch im Sommersemester bewerben, so dass mein 1,6 NC mir den Zugang ermöglichte, während ich mich im Wintersemester noch in einem Auswahlgespräch hätte bewähren müssen. In der Einführungsveranstaltung sollten sich die Erstsemester in Teilnahmelisten zu den Einführungsseminaren eintragen, die auf 25 TeilnehmerInnen beschränkt sind. Die Situation war spürbar angespannt, als klar wurde, dass vielleicht nicht alle eines der beiden heiß begehrten Seminare mit dem Schwerpunkt auf Internationale Beziehungen würden besuchen können. Ein ähnliches Gerangel gab es beim Eintragen in die Tutoriums-Listen der Einführungs- sowie der IB-Vorlesung, aufgrund der beliebteren Termine. Da ich es geschafft hatte bei allen drei Gerangeln in den umkämpftesten Kursen zu sitzen, war dort dementsprechend die Arbeitsatmosphäre und zumindest der gefühlte Leistungsdruck. Auch die Beauftragte für internationale Praktikaberatung, Stefanova, blieb mir besonders in Erinnerung.

Sie erzählte uns bei den Einführungstagen, als auch bei der Einführungsringvorlesung, welche unheimlich lange Liste von Anforderungen wir erfüllen müssten, um später eine Chance auf einen Job im Bereich IB zu haben. So sei Englisch und Französisch auf Muttersprachniveau sowieso Voraussetzung, aber auch Spanisch und eine „exotische“ Sprache wie arabisch, chinesisch, russisch sehr empfehlenswert. Außerdem sollten wir zig Praktika im Ausland machen und auch dort studieren, zumindest einer politischen Vereinigung beitreten, uns sozial engagieren und natürlich ein exzellentes Studium möglichst schnell abschließen. Das wohl wenig erstaunliche Ergebnis war, dass nach zwei Semestern sehr viele angefangen hatten arabisch, chinesisch oder russisch zu lernen und

das erste (natürlich unentgeltliche) Praktikum im Ausland hinter sich hatten. Außerdem gab es ein ständiges Abgleichen mit den KommilitonInnen, was wer macht, welche Noten, welche Scheine und welche Praktika. Für das deutsch-französisches Doppeldiplom an der Elitehochschule Sciences-Po-Paris hatte ich mich zwar qualifiziert, mich aber dagegen entschieden, als mir klar wurde, dass ich dort schon genau unter den Bedingungen würde Studieren müssen, gegen die wir uns an der FU noch zur Wehr setzen: viele Pflicht-Kurse mit Klausuren z.B. in den Bereichen Wirtschaft und Recht, für die hauptsächlich sehr viel auswendig gelernt werden muss, jede Woche schriftliche Arbeiten nach dem Schema F eingereicht werden müssen, sodass es weder Zeit zur Reflektion gibt, noch dafür sich mit den Dingen auseinanderzusetzen, die einem im Moment wichtig sind. Zudem stellte ich mir die Frage, was diese Schnelllebigkeit und die große Flexibilität des Wohnorts, eigentlich für das Soziale-verankert-sein bedeutet und wie viel Vereinzelung und Auf-sich-selbst-gestellt-sein das beinhaltet. Nachdem ich also im ersten Semester probierte den Anforderungen möglichst gut zu entsprechen, um im Wettbewerb um die relativen Positionen möglichst gut dazustehen – merkte ich schon in den ersten Semesterferien, dass ich absolut an meine Grenzen stieß und kurz davor war mich kaputt zu machen. Vor dem Hintergrund, dass ich schon in Frankreich, USA und Bolivien gelebt hatte, stand ich zwar mit den Sprachkenntnissen ganz gut da – worauf mich auch meine KommilitonInnen immer wieder hinwiesen. Aber der Zwang zur Selbstoptimierung, in der vorhandenen Zeit mehr, schneller und besser zu lernen, zu lesen und zu schreiben war enorm und so dominant, dass ich alles unter diesem Aspekt bewertete – also quasi auch feiern und joggen ging, nur um dann wieder besser lernen zu können.

Ich fing an mich zu hinterfragen. Irgendwie passte es nicht zusammen. Auf der einen Seite wollte ich mit Hilfe meines Studiums die Welt verändern. Auf der anderen Seite war ich dabei mich kaputt zu machen, bzw. mein ganzes Leben unter das Primat des Anforderungen Erfüllens und der Konkurrenz zu stellen, um dann, so die Hoffnung, später in eine möglichst gute Position z.B. bei der UNO zu gelangen, und dort etwas gegen die Ungerechtigkeit in der Welt zu unternehmen. Auch dämmerte mir, dass wenn ich erst mal einen einflussreichen Job hätte, es dann bestimmt nicht weniger Arbeit und weniger Konkurrenzdruck werden würde, und ich fing an zu ahnen, dass auch die UNO ein Instrument im Sinne der mächtigen Staaten ist, deren Projekte auch nur finanziert werden, wenn es den Interessen der Mächtigen entspricht.

»Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen.«

Es handelt sich bei dem folgenden Beitrag um eine Kurzfassung. Die ausführliche Version des Artikels ist als pdf-Datei zu finden unter: materialien.org/texte/hartmann/700-2-2.pdf

Forschen für die neuen Kriege im SFB 700 der FU Berlin

»Söldner-AnthropologInnen«, »mercenary anthropologists«, so werden die WissenschaftlerInnen genannt, die derzeit in den USA binnen weniger Monate zum Gegenstand und Kern einer erregten Debatte geworden sind. Im letzten September hat der amerikanische Kriegsminister Gates mit einer Spritze von 40 Mio. Dollar ein Programm von »embedded scientists«, ins Militär eingebetteter AnthropologInnen (zu deutsch: EthnologInnen) und SozialwissenschaftlerInnen auf 60 Mio. Dollar hochgefahren. Es sind WissenschaftlerInnen, die als ziviler Bestandteil einer neuen zivilmilitärischen Offensive ins Kriegsgeschehen integriert werden. »Bewaffnete Sozialarbeit« war der Begriff, den der unter General David Petraeus hinzugezogene australische Anthropologe David Kilcullen dafür geprägt hat. Petraeus, leitender amerikanischer Kommandeur im Irak und früherer Assistenzprofessor an der Universität Princeton betreibt ein Vorhaben, das der leitende UN-Offizielle in Südost-Afghanistan als grundlegenden Umbruch der militärischen Agenda sieht: »Mein Gefühl ist, dass das Militär im Augenblick einen enormen Wandel durchmacht, zu einem Zeitpunkt, wo sie feststellen, dass sie militärisch nicht weiterkommen.«¹ Angestoßen durch eine entschlossene Kampagne aus maßgeblichen Mitgliedern der American Anthropological Association (AAA), die von Hugh Gusterson vom MIT und David Price von St. Martin's vorangetrieben wird, hat NewsWeek am 12.04.2008 einen kritischen Artikel gegen dieses Programm unter dem veröffentlicht. Titel: »Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen.« Scharfe Reaktionen aus dem Pentagon und von Seiten der eingesetzten AnthropologInnen folgten auf dem Fuße.² NewsWeek moniert die sechsfache Bezahlung im Verhältnis zu den amerikanischen Wissenschaftlerlöhnen, mangelnde Sprachkenntnisse, zweifelhafte Effizienz. Die leitende Wissenschaftlerin Montgomery McFate warf den NewsWeek-Autoren wütend mangelnde Sachkenntnis und Blindheit vor. Auf der anderen Seite hatte der Christian Science Monitor ein Team schon im letzten Jahr begleitet und berichtete von einem besseren Zugang zu den gefährlichen beschäftigungslosen jungen Männern im Shabaktal und guter Spionage durch Befragungen.

Befragungen, das war auch das erste praktische Projekt der von Deutschen praktisch parallel gestarteten Initiative des »Sonderforschungsbereichs 700« (SFB 700). Der SFB 700 wurde am 23. u. 24.02.2007 in einer feierlichen Konferenz aus

auf 12 Jahre angelegtes und finanziertes Vorhaben eröffnet.³ Beteiligt sind das BMZ, die FU, die Uni Potsdam, das Wissenschaftszentrum Berlin, die Hertie-School of Governance, die Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) sowie das Europäische Hochschulinstitut Florenz. Es geht um »Governance (Herrschaftsformen) in Räumen begrenzter Staatlichkeit, um Entwicklungspfade, »wenn niemand regiert«, in Fällen von »Staatlichkeit ohne Staat«, in »Räumen begrenzter Staatlichkeit« und gefragt wird nach »neuen Formen des Regierens«. So wie schon das Weißbuch 2006 des Bundesministeriums für Krieg nahtlos an die »National Security Strategy« (NSS) aus dem Hause Bush anschloss und sie für den deutschen bzw. europäischen Bedarf umformulierte, so schließt auch das SFB 700 nahtlos an die amerikanischen Strategien an. Wie schon das Weißbuch fördert und richtet sich diese auf eine kriegsrische atlantische Partnerschaft ein und wird mit Sicherheit auf dem Nato-Gipfel 2009 ihre genauere Formulierung erfahren. Die amerikanische Initiative »bewaffneter Sozialarbeit« passt ihrerseits das grundlegende strategische Projekt an die im Irak und Afghanistan gemachten Erfahrungen an: die globale sozio-ökonomische Transformation im Medium des Kriegs, kurz: Globalisierung als Projekt des sozialen Kriegs.

»Surge« und »Counterinsurgency«

Als absehbar wurde, dass der Irakkrieg nicht durch eine rasche Niederschlagung der feindlichen Armee, einen Regimewechsel und die Einführung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung rasch zu gewinnen war, drängten die maßgeblichen im American Enterprise Institute (AEI) organisierten neokonservativen Hintergrundformationen der Bush-Regierung auf Anpassung der Strategie. Wenn sich die Sozialstruktur des Irak unter der frühen »idealistischen« Politik nicht zerlegen und neu zusammen setzen wollte, so bedurfte es einer Vertiefung des sozialstrategischen Zugriffs. Angestoßen durch propagandistische Publikationen von Thomas Donnelly und Vance Serchuk aus dem AEI hielt Bush drei größere Reden (am 18.10.2003 in Manila, am 06.11.2003 zum 20. Geburtstag der National Endowment for Democracy und am 20.11.2003 bei der englischen Queen), in denen er die historische Selbstvergewisserung für die auf Jahrzehnte angekündigten neuen Kriege suchte. Die Rede in Manila war die interessanteste. Den Schulterchluss im antiterroristischen Kampf beschwörend, pries Bush den amerikanischen Überfall auf die Philippinen von 1898 als Modell für seine Irakpolitik: Als Befreiung von kolonialer Herrschaft Spaniens und frühe Blaupause für den neuen antiterroristischen Weltkrieg. Das Kleingedruckte und die näheren Erläuterungen dazu publizierten Donnelly und Serchuk in einem Artikel unter der Überschrift »US-Counterinsurgency in Iraq, Lessons from the Philippine War«. Sie priesen die Politik der »wohlwollenden Assimilation« des da-

1 Zu all dem D. Rohde, Army Enlists Anthropology in Warzones, NYT, 05.10.2007.

2 D. Ephron und S. Spring, A Gun in One Hand A Pen in the Other«, NewsWeek 12.04.2008.

3 Siehe: <http://www.sfb-governance.de/allgemein/opening/index.html> (12.07.2008).

maligen Präsidenten McKinley durch die Annexion der Inseln. Theodore Roosevelt habe sie in seinem »progressiven Expansionismus« (nach Ostasien) fortgesetzt, Vorläufer der Kriegspolitik Bush's im Nahen Osten. Donnelly und Serchuk ziehen den strategischen Vergleich zur amerikanischen Kriegspolitik im Irak. Damals (wie auch heute) seien durch einen ersten harten militärischen Schlag die letzten Überreste der republikanischen Armee der Philippinen zertrümmert worden, um dann mit der Politik der Counterinsurgency den lokalen Widerstand anzugreifen. Die Struktur der Widerstandsformen damals auf den Philippinen und heute im Irak sei die gleiche. Damals hätte mensch mit Zuckerbrot und Peitsche die Konfliktstruktur in lokale Auseinandersetzungen aufgespalten und lokale Guerillagruppen auf die eigene Seite gebracht, um mit ihrer Hilfe den Widerstand aufzureiben. Heute wie damals sei Counterinsurgency ein blutigeres Geschäft als der konventionelle Krieg selbst. Damals wie heute diene der Aufbau neuer Eliten als Kriegsmittel unter Beteiligung von EthnologInnen gegen die Aufstände. »Progressive Modernization« nannten Donnelly und Serchuk diesen Prozess kriegerischer Transformation.

Donnelly und Serchuk waren es auch, die nach dem Scheitern der brutalen Operationen in Falludja ihre Bemühungen um eine sozialstrategischen Vertiefung des Kriegs intensivierten. In parallelen Initiativen mit ihren neokonservativen Glaubensbrüdern Frederick Kagan und Reuel Gerech aus dem AEI knüpften sie an ihren frühen Wiederaufgriff der Counterinsurgency auf den Philippinen an und propagierten den »Surge«: eine »Welle« der Steigerung militärischer Intensität, die das Aufstocken von Soldanten und Material mit dem Tiefenzugriff in die soziale Struktur der Quartiere unter Einsatz kriegerisch geschulter AnthropologInnen und SozialwissenschaftlerInnen kombinieren sollte: Propaganda für den »letzten Wurf des Präsidenten«.⁴

»Warrior-Intellectuals« – Kriegerintellektuelle als Counterinsurgency-ExpertInnen

Obwohl der Umbruch in eine neue Welle der Kriegsanstrengungen zu Beginn des Jahres 2007 noch nicht abschließend eingeschätzt werden kann – unterschätzt werden sollte sie keinesfalls. »Surge« meint zunächst die Bereitstellung zu-

⁴ Als Überblick über die wichtigsten Artikel: Th. Donnelly, *New Thinking, Old Hands Take a Fresh Look at Irregular Warfare*, *Armed Forces Journal (AFJ)* 03.06.2006, ders., *Long-Distance Affair*, *AFJ* 01.08.06, ders., *A Question of Faith*, *AFJ* 02.10.2006, ders., *Why did Donald Rumsfeld Fail?*, *AFJ* 01.01.07, auch unter AEI, *Short Publications* vom 27.12.06 und 05.01.07; F. W. Kagan, *Choosing Victory*, AEI-Papers und *Studies* 05.11.07; R. Gerech, *The Consequences of Failure in Iraq*, *The Weekly Standard*, 15.01.07, vgl. auch die Überblicksartikel von M. Rüb, Weiter mit neokonservativen Rezepten, *FAZ* 06.01.07 und »The president's last throw, *Economist* 12.01.2007. Zur unmittelbaren Vorgeschichte der Veränderung der Schwerpunkte in Militär und Generalität und die Bedeutung des AEI vgl. M. Abramowitz, R. Wright, Th. Ricks, *With Iraq speech Bush to Pull Away From His Generals*, *NYT* 10.01.2007.

sätzlicher Soldaten in einer Höhe von etwas über 20 000 operative Kräfte. Sie ist verbunden mit einem Konzept, Punkt für Punkt und ausgehend von den befriedeten Zonen näher ans soziale Terrain heran zu gehen. Einheiten sollten sich nach einer Operation nicht mehr zurückziehen, sondern das Terrain halten und zum Ausgangspunkt weiterer Operationen machen. Damit wurde das Konzept Rumsfelds, die zahlenmäßige Stärke der Soldaten eingeschränkt zu halten, aufgegeben. Auch wenn der »Surge« mit dem Versprechen eines mittelfristigen Rückzugs verbunden war, so stellt er doch eine Intensivierung und Vertiefung dar. Diese Intensivierung durchbrach aber auch den bisherigen Charakter der Operationen und des Verhältnisses zur Bevölkerung. War es bisher geprägt von einem rein militärischen Verständnis der Besatzung und Befriedung, bedeutete der »Surge« einen Durchbruch, eine Erweiterung, eine Vertiefung der Operationen in neue soziale und kulturelle Dimensionen der Kriegführung oder, im Selbstverständnis seiner Betreiber: eine »kulturelle Militarisierung« im Sinne einer Verschmelzung von Sozialarbeit und Anthropologie mit der Kriegführung. anders ausgedrückt: Kultur, soziale Netze, Mentalitäten, Einstellungen werden zum Feld militärischer Operationen, die Wissenschaften, die sich damit beschäftigen, verlassen den Bereich des »zivilen« und rücken als ExpertInnen, als zivile Berater in der Erscheinung neuer »Consulting«-Firmen ins Kriegsgeschehen ein und formieren sich zur Gesamtheit eines »militärisch-anthropologischen Komplexes« (Gonzalez).⁵ Mensch kann dies auch als einen Umbruch zu einer Totalisierung des Krieges neuen Typs aus der Krise alter militärischer Strategien heraus – einer Totalisierung im Sinne der Mobilisierung wissenschaftlicher Energien in eine ungewisse Zukunft.

Auch wenn der Surge aus dem neokonservativen Hintergrund der Bush-Administration lanciert wurde, sein energetischer Kern gehört diesem Hintergrund nicht mehr an. Aus dem Kreis seiner zentralen AkteurInnen ragen als »kriegerische Intellektuelle« General David Petraeus, und die AnthropologInnen David Kilcullen und Montgomery McFate heraus. ...

McFate und Kilcullen wurden 2006 zur Zusammenarbeit mit General Petraeus bei der Herstellung eines neuen Militärhandbuchs zum »Counterinsurgency« (COIN) eingeladen, in dem beide große Teile verfassten.⁶ Das Handbuch, eingeführt im Dezember 2006, sieht Counterinsurgency (COIN) ausdrücklich nicht als praktische Anwendung theoretischen anthropologischen und soziologischen Wissens, sondern als Lernprozess in der militärischen Operation im »operational environment« »Die netzartige politisch-militärische Natur von Aufstand und COIN verlangt das Eintauchen in die Bevölkerung und in ihre Lebensweise, um siegreich zu sein ... ohne das Umfeld zu verstehen, kann nachrichtendienstliches Wis-

⁵ R. Gonzalez, *Towards mercenary anthropology?* *Anthropology Today* Vol. 23, Nr. 3, Juni 2007, S. 14; hier: S. 17.

⁶ Zu alldem: G. Packer, *Knowing the Enemy*, *New Yorker*, 18.12.2006; R. Gonzalez, *Towards mercenary anthropology?*, *Anthropology Today*, Vol. 23 No. 3, June 2007, S. 14; ders., *Human Terrain*, *Anthropology Today*, Vol. 24 No. 1, February 2008, S. 21.

sen weder verstanden, noch richtig angewendet werden. ... Ohne guten Nachrichtendienst sind Aufstandsbekämpfer wie blinde Boxer, die ihre Energie an unsichtbaren Gegner vergeuden und vielleicht unbeabsichtigten Schaden zuführen. Mit gutem Wissen sind Aufstandsbekämpfer wie Chirurgen, die Krebsgeschwüre ausschneiden und andere lebenswichtige Organe intakt halten. Die Operationen der Aufstandsbekämpfer selbst sind Schlüsselproduzenten von nachrichtendienstlichem Wissen. (intelligence). Ein Kampfzyklus entfaltet sich, wo militärische Operationen Wissen produzieren, das in darauffolgende Kampfzyklen eingespeist wird. (1 – 125, 1 – 126) Zentral ist eine »zivilmilitärische Kompetenz«, die Folgendes beinhaltet: »Wissen, kulturelles Verstehen, Wissen von grundlegenden zivilen Funktionen wie Governance, Infrastruktur, ... Ökonomie. Der Soldat muss darauf vorbereitet sein, ein Sozialarbeiter zu werden, ein ziviler Ingenieur, ein Schullehrer, Pflegepersonal, Pfadfinder.« (2 – 41). »Bei intelligence (nachrichtendienstliches Wissen) in COIN geht es um Bevölkerung. US-Streitkräfte müssen die Bevölkerung der Gastnation verstehen, die Aufständischen. ... Verlangt ist Einsicht in Kulturen, Wahrnehmungen, Werte, Glaubenshaltungen, Interessen und die Entscheidungsprozesse von Individuen und Gruppen. Kriegsrelevantes Wissen und Operationen nähren sich gegenseitig. »Verlangt ist ein Wissensfluss von unten nach oben.« (3 – 1, 3 – 5) Zentral ist das komplexe Terrain aus Familie, Stamm, Ethnien, Religion (3 – 13 f) Es gehe um das »Mapping«, das »gründliche Vermessen« der sozialen Struktur und der Kultur als eines »Gewebes von Bedeutungen« (3 – 36) Zugleich komme es darauf an, bei aller Belastung durch militärische Operationen und aufständische Aktionen Produktions- und Verteilungssysteme zu fördern, die die Ökonomie energisieren, Beschäftigung und Wachstum schafft. (3 – 71, natürlich in neoliberalen Strukturen). Zentral ist die Analyse sozialer Netzwerke, Verhalten, Führung, Dynamik (die immer auf dem Stand gehalten werden müsse) (B 29ff) Wissen zirkuliert nicht hierarchisch auf allen Ebenen der Operationen, diese folgen dem Auftragsprinzip. COIN enthält eine Vielzahl von Ausführungen und Beispielen, die hier nicht im Einzelnen behandelt werden können. Wissensquelle sind über zivilmilitärische Operationen hinaus Befragungen bis zur Grenze zulässiger Folter unter Beteiligung anthropologischer ExpertInnen.

Counterinsurgency auf dem Human Terrain, dem Terrain des Menschlichen

»Eintauchen in die Bevölkerung«, »Vermessen der sozialen Struktur«, »Lernen in der militärischen Operation«, »Krebsgeschwüre ausschneiden«, das sind eher Schlagworte, mit denen sich die Krieger-Intellektuellen den Zugang zu der Vorstellungswelt der Militärs bahnen wollen, um sie umzuformen. Es geht um die Transformation des militärischen Selbstverständnisses in Richtung auf einen vertieften totalen Krieg ins gesellschaftliche Gewebe als langfristigen Pro-

zess einzuleiten. Eine andere Schiene des innermilitärischen »Change-Managements« betreibt Montgomery McFate im Wiederanknüpfen an die Rolle der Anthropologie in der amerikanischen Kriegs- und Kolonialgeschichte bzw. -forschung (ebenso wie das Anknüpfen des SFB 700 an die Geschichte des deutschen Kolonialismus, wie wir unten sehen werden). In mehreren sehr aggressiven Artikeln in Militärzeitschriften weist sie auf die positive Rolle der militarisierten Anthropologie im zweiten Weltkrieg und Vietnamkrieg hin, verbunden mit einer scharfen Attacke gegen die Abwertung des Kolonialismus durch die kritische Wissenschaft.⁷ ...

McFate sieht die Anthropologie in einem »Elfenbeinturm« eingemauert, Opfer einer systematischen »Selbstgeißelung« unter antikolonialen marxistisch geprägten Ideologien, die sich leider unter Einfluss von Leuten wie Spivak auf die Seite der Schwachen, der »Subalternen« gestellt hätten. Sie beschwört die Wurzeln dieser Wissenschaft, die tief mit dem Militär und dem Kolonialismus verbunden seien, sie beschwört sogar die Wurzeln in den Indianerkriegen von 1865 – 1885 (Vernichtungskriege, wie wir wissen, in der amerikanischen Geschichtswissenschaft inzwischen entziffert als Frühformen des totalen Kriegs).⁸ Sie fordert ihre Kolleg/Innen auf, die Mauern des Elfenbeinturms zu sprengen und den gnadenlosen Konkurrenzkampf um eine begrenzte Anzahl unterbezahlter Universitätsjobs in Richtung gut dotierter militärischer Anwendungsfelder zu verlassen. Diese Anwendungsfelder wären auch inhaltlich interessant, denn in einer neuen Phase angewandter Forschung winke das völlige Eintauchen (»total immersion«) in den Untersuchungsgegenstand. Denn: »erfolgreiche Counterinsurgency hängt vom Erlangen eines ganzheitlichen totalen Verständnisses der lokalen Kultur ab.«

Die Totalisierung anthropologisch-militärischer Operation bildet also den paradigmatischen Charakter des neuen intellektuellen Kriegerturns dar. »Human terrain« heißt nichts weniger als die Totalisierung des kriegerischen Zugriffs in alle menschlichen, gesellschaftlichen, mentalen, kulturellen Dimensionen. Forschung Beforschung des sich im Krieg transformierenden menschlichen »Objekts« und Krieg verschmelzen zu einer Operationsform. Das »Mapping«, das Vermessen des menschlichen Terrains (das uns im SFB 700-Projekt wiederbegegnet wird), öffnet in der Vorstellungswelt des Zugriffs eine neue Dimension jenseits der Vorstellung militärischer Raumgewinne. »Ethnographische Intelligence soll die »terra incognita« (das unbekannte Land) verstehen helfen. ...die »terra ist in diesem Fall das menschliche Feld« (Oberstleutnant Fred Renzi)⁹ Das Verständnis des menschlichen Terrains bezieht sich ausdrücklich zurück auf die Aufstandsbekämpfung gegen die Black Panthers. Sie sieht die Arbeit als Laborarbeit am lebenden Objekt, ihr methodisches Selbstverständnis orientiert

7 M. McFate, Anthropology and Counterinsurgency: The Strange Story of their Curious Relationship«, *Military Review*, März/April 2005.

8 vgl. vor allem auch ihren Artikel unter dem Titel »The Military Utility of Understanding Adversary Culture, *JFQ* 48, S. 42.

9 F. Renzi, Terra incognita and the case for ethnographic intelligence, *Military Review*, 86, 2006, 16– 23, hier: 16.

sich an Vorstellungen des »social profiling« im dynamischen Prozess, in den alle im Kampf, in den Knästen, bei Interviews gewonnenen Erfahrungen mit Hilfe der modernsten Formen der Datenerhebung einfließen sollen.¹⁰ Roberto González sieht in diesem Zugriffsfuror denjenigen des CORDS (Civil Operations Revolutionary Development Support)- und Phoenix-Projekts aus dem Vietnamkrieg im 21. Jahrhundert wiedererstehen. Die Datenerhebung der Analysten diente damals der Entscheidung, »wer ausradiert werden sollte«. »Ausradiert« wurden durch spezielle Mordkommandos mehr als 26000 der den Viet-Cong zugerechneten »Infrastruktur«. »Menschen als zu eroberndes Territorium, als terra nullius (Niemandland) aus Fleisch und Blut«, sagt er.¹¹ ...

Sonderforschungsbereich 700: Die deutsche Variante

Es war nicht zu erwarten, dass der deutsche Beitrag zu dieser Totalisierung des Kriegs derart konkret auf eine Verschmelzung von Wissenschaft und Militär zielen würde. Die deutsche Initiative segelt im Windschatten und muss auf die europäische Einbindung achten. Darüber hinaus kann sie sich, belastet durch die Hypothesen aus den Barbareien deutscher Kolonialpolitik und nazistischer Bevölkerungspolitik unter Verwendung von EthnologInnen nicht zu weit vorwagen. Das alles macht die Initiativen des Sonderforschungsbereichs 700 so bemerkenswert. Sie sind organisiert wie ein »Cluster«, ein energetischer Kern, der eine zukunftsgerichtete Dynamik erzeugen soll, in die sich die Energien einbringen sollen, die hier ihre Chance wittern.¹²

Das Projekt SFB 700 entspricht in allen wesentlichen Zügen dem US-amerikanischen Vorhaben. Es richtet sich auf die Totalität der gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Es zielt nicht auf ihren Schutz, sondern die Transformation, jedoch nicht im Sinn der Herstellung von Staatlichkeit und demokratischen Verhältnissen. Es betrachtet seinen Gegenstand vielmehr als Labor eines offenen Prozesses. Im Unterschied zu COIN verschmilzt es Militärisches nicht so direkt und organisatorisch mit Ethnologie. Dies hat mit der grundsätzlichen Strategie zu tun »Wissenschaft« und Befragungen derzeit noch im Schutz des Scheins der Neutralität und Objektivität zu erhalten –sie betont den Charakter der Begleitforschung-, auch nach Innen: das Risiko wird gescheut, die Militarisierung des Zivilen angreifbar zu machen, auch aus historischen Gründen. Zum anderen spiegelt dies die Vorläufigkeit der europäischen Entwicklung, der NATO-Politik und der atlantischen Partnerschaft wider.

Das SFB 700 hat 16 Teilprojekte eröffnet, die in 4 Projektbereiche gegliedert sind: A(1-5) Theoretische Grundlagen,

B(2-4) Herrschaft, C(1-3) Sicherheit und D(1-5) Wohlfahrt & Umwelt. Zwischen 50-60 WissenschaftlerInnen – ProfessorInnen bis AssistentInnen – waren zu Beginn engagiert mit wachsender Tendenz. Projektleiter (»Sprecher« und »stellvertretende Sprecherin«) sind Prof. Thomas Risse vom Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin und Prof. Ursula Lehmkuhl vom John-F.-Kennedy-Institut der FU. Projektauftrag ist die Frage nach »Governance« (Herrschaftsformen) in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?¹³ Aber SFB 700 ist keine Behörde, kein Amt oder Forschungsinstitut. Es stellt selbst eine neue Form des parastaatlichen Handelns dar und verrät zugleich die zukünftige ethnomilitärische Politik der BRD. Denn insgesamt ist es konzipiert als sich selbst energisierender Kern eines dynamisch-selbstorganisatorischen Projekts im Sinne eines public-private (Exzellenz)-Clusters.

Hinter der so harmlos formulierten Leit-Frage verbirgt sich ein Durchbruch von epochaler Radikalität. Die Frage ist nicht: wie kann Staatlichkeit, Recht, Frieden und Wohlstand in den geschundenen Regionen der Weltgesellschaft wiederhergestellt werden, wie kann der Weg zur Verwirklichung von Versprechen einer humanen und demokratischen Welt gefunden werden, in der ein menschenwürdiges Leben aller gewahrt ist. Im Gegenteil. Die weltweiten gesellschaftlichen Zerstörungen der letzten 20 Jahre werden als vollendete Tatsache genommen und zugleich als Ausgangspunkt einer Reise in eine unbekannte Zukunft, in der sich neue Formen der Gewalt und Herrschaft jenseits freiheitlicher, demokratischer Zielvorstellungen formieren. SFB 700 konzipiert sich als Mitakteur und zugleich wissenschaftlicher Begleiter dieser Formierung, ähnlich wie COIN dies projektiert und mit kaum überraschenden Analogien. ...

Ebenso wie SFB 700 nicht demokratisch initiiert und verantwortet, sondern als sich selbst organisierendes Cluster etabliert wurde, sagt er uns: eine demokratische, rechtsstaatliche Welt der Wohlfahrt aller Menschen ist out, ade, historisch kontingent, ein Episode der Geschichte, als Projekt ein historischer Ausnahmefall. Und so geht auch das, was SFB 700 ihr »Forschungsvorhaben« nennt und was besser »Suche« heißen müsste nicht mehr vom demokratischen Wohlfahrtstaat als Orientierung aus:

»Häufig gehen die Studien zu zerfallen(d)en Staaten sowie Good Governance- Programme internationaler Organisationen schon bei der Problembeschreibung davon aus, es gehe im Wesentlichen darum, klassische Staatlichkeit mit den herkömmlichen Instrumenten staatlicher Gewaltkontrolle und effektiver Rechtsdurchsetzung (wieder-) herzustellen. Demgegenüber halten die Teilprojekte unseres Forschungsvorhabens die normative Frage nach dem angemessenen Entwicklungspfad für Länder mit defekter Staatlichkeit bewusst offen. Vielmehr geht es darum, die (Dys-)Funktionalität bestehender staatlicher (Un-)Ordnung in diesen Räumen zu analysieren und zu untersuchen, ob und in welchem Umfang

10 Lesenswert der Bericht von R. González, »Human terrain anthropology today, Vol. 24, No 1, Febr. 2008.

11 González, a.a.O, S. 23.

12 Zu Cluster vergl. D. Hartmann, G. Geppert, Cluster. Eine neue Etappe des Kapitalismus, Berlin 2008.

13 <http://www.sfb-governance.de/> (12.07.2008).

die »neuen« Formen des Regierens klassische Staatsfunktionen übernehmen können.¹⁴

Unsere OECD-Welt als Kern des Gewaltprozesses

Es ist das Verhältnis Kern/Cluster und Umgebung, (militärischer) Akteur und Operationsfeld, Ethnologie und Forschungsfeld, in dem sich –ähnlich wie COIN- das Wissensprojekt SFB 700 zugleich als Projekt differentieller Gewalt und Sicherheit konzipiert –in einer neuen Form des Binnen-, vor allem aber globalen Gefälles.¹⁵ Es lokalisiert sich in und als Projekt der »OECD-Welt« gegenüber dem globalen Rest als »gewaltoffenen Räumen« »begrenzter Staatlichkeit« und Sicherheit, insgesamt etwa »zwei Drittel der Staatenwelt«. Es »konfrontiert« sich mit diesen Räumen, wie wir oben gehört haben. Dazu werden gezählt als »zerfallen(d)e Staaten«: Afghanistan, Kolumbien, Kongo, Nigeria, Tadschikistan, als »schwache Staaten: Argentinien, Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Indien, Indonesien, Mexiko, Pakistan, als »Schwellenländer« Brasilien, China, Südafrika, Südkorea.

Typus Warlord als Governanceproduzent

Da nunmehr die historische Periode der Staatlichkeit als kontingente, historisch nichtnotwendige Ausnahme verstanden wird und nicht mehr als Etappe eines Entwicklungspfad, ändert sich auch das Verständnis von Geschichte. Sie wird als Forschungs- und Lernmaterial für Gewalt- und Herrschaftsformation neu erschlossen und damit zugleich als Legitimationsressource. Zunächst wird dem historischen Gewaltunternehmertum eine neue Bedeutung als historisch produktive Leitagentur und Leitbild zugewiesen. Der historische Typus des Warlords avanciert zum »Governanceakteur«, zum kriegesischen »Staatlichkeitsunternehmer«. ...

Kolonien als historisches »Labor«

In ähnlicher Weise sucht der SFB –wie auch COIN- die Kolonisierungs- und Kolonialgeschichte als Erfahrungsraum, ja geradezu als historisches Laboratorium von Gewaltoffenheit, begrenzter Staatlichkeit und »hybriden« kooperativen Formen der Governance und der Anreizsteuerung für die neue Etappe der Governance-Formierung fruchtbar zu machen. Risse/Lehmkuhl in ihrem schon zitierten Projektaufriß¹⁶:

14 SFB-Governance Working Paper Series Dez. 2006, S. 11 f.; Vgl. auch: Ch. Zürcher, U. Schneckener, Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C1, S. 3.

http://www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_c/c1/index.html (eingesehen am 12.07.2008).

15 Die aggressive Dynamik des Binnengefälles von Clustern und Operationsfeld, die hier nur am Beispiel der Pariser Vorstädte erwähnt wird, haben wir thematisiert in »Cluster«, S. 97 ff.«

16 SFB-Governance Working Paper Series Dez. 2006, S. 12 f. – auch die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Papier.

»Auch wenn man intuitiv im Kontext »kolonialer Herrschaft« eher an hierarchische, repressive Formen des Regierens denkt, spielten gerade im Rahmen der nicht nur für das britische Empire charakteristischen Form der »indirekten Herrschaft« und der Selbststeuerung durch in das System der Kolonialherrschaft einbezogene lokale AkteurInnen »weiche« Formen der Aushandlung eine wichtige Rolle«(S. 8) »Zum einen können koloniale und semikoloniale Räume als Laboratorien der europäischen Moderne verstanden werden...Zum anderen traf die (europäische) Kolonialherrschaft auf indigene Herrschaftssysteme, die teils als Gefolgschafts-Beziehungen zu bezeichnen sind, teils staatlich-private Kooperationsformen auf lokaler Ebene als integrale Bestandteile des Herrschaftssystems etabliert hatten, in die teilweise auch europäische AkteurInnen eingebunden waren. Das Aufeinanderprallen derart unterschiedlicher Formen des Regierens erzeugte hybride Governance-Formen, die u.a. charakterisiert waren durch die uns interessierenden »weichen« Steuerungsformen.

»Nicht nur das britische Empire« heißt: auch deutsche Kolonien, für die das Teilprojekt B4 »Wissen und Herrschaft: Scientific Colonialism in den deutschen und Japanischen Kolonien 1884-1937« vorgesehen ist (S. 12, 17). So wird die Verbindung zur deutschen Kolonialgeschichte über das Dritte Reich hinweg neu hergestellt. Im Wege der »mikrohistorischen« Erschließung von Erfahrungen kolonialer Lebenswelten wird die Durchdringung der nordamerikanischen Hemisphäre auch in der Konfrontation der Governance-Strategien mit den Indianern im SFB neu erforscht, wie etwa im SFB 700-Teilprojekt »Colonial Governance und Mikrotechniken der Macht: Englische und französische Kolonialbesitzungen in Nordamerika, 1680-1750«.¹⁷

Ethnologie »vor Ort« in Zentralasien

Im Teilbereich C1 »Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit« wird der Kern der ethnologischen Feldforschungsprojekte in Zentralasien und besonders in Afghanistan seit Jahren (schon vor der formellen Gründung des SFB 700) organisiert und durchgeführt –mit kaum erstaunlichen Analogien zum COIN. Federführend sind Christoph Zürcher und Ulrich Schneckener, richtungsweisend mit Informationen über bisherige zukünftige Projekte ihr oben zitierter Bericht. Es geht, ganz im Sinne der oben umrissenen Zielsetzungen nicht um die Herstellungen rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse. Ziel ist (und zwar auch »in Ergänzung von« bzw. »zusammen mit militärischen Interventionen, S. 11, 12) die Förderung der »Bereitstellung funktionaler Äquivalente von Staatlichkeit durch Kooperation verschiedener AkteurInnen ... An solchen Kooperationen sind in den Zielräumen als Adressaten der Intervention NGOs,

17 vgl. JohnF.Kennedy-Institut Newsletter Nr. 3, Dez. 2006, S. 9, s.a.; vgl. auch R.O. Keohane, Governance and Legitimacy, SFB-Governance Lecture Series, No. 1 (23.2.07).

private AkteurInnen (v.a. lokale »big men« und klientelistische Netzwerke) sowie Teile von Staatsbürokratien beteiligt. Die Intervenierenden auf der internationalen Ebene sind Internationale Organisationen (IOs), INGOSs und staatliche AkteurInnen.«(S. 2)

Die auf der Mikro-Ebene angesiedelten Fallstudien sind mit umfangreichen Vor-Ort-Recherchen prozessorientiert angelegt (S.13), zunächst je drei zu Tadjikistan und Pakistan, sowie zwei zu Afghanistan (S.16). Inhaltlich geht es (wie im COIN) um ein ethnologisches Vermessen, ein »Mapping der AkteurInnen« und ihrer Beziehungen, dann in einer zweiten Phase um die Operationalisierung und Standardisierung der Variablen und Herstellung standardisierter Interview-Fragebögen und Durchführung standardisierter Interviews, und zwar in Kooperation mit lokalen Forschergruppen.. Die Vorgehensweise bei der Erhebung des Primärmaterials orientiert sich an den gängigen Verfahren ethnographischer und mikropolitische Feldforschung einschließlich teilnehmender Beobachtung vor Ort (S.16). Ob und wie eng die Verschränkung mit militärischen Operationen realisiert wird, wie das »zusammen mit militärischen Interventionen« im Einzelnen aussieht, ist dem Bericht nicht zu entnehmen. ...

Einen interessanten Aspekt, der sich in der Vorstellung der Ergebnisse kaum niederschlug, enthält der im Appendix der Studie behandelte Gesichtspunkt des sozialen Zusammenhalts und den Regeln und Übungen gegenseitiger Hilfe und die damit zusammenhängende Bereitschaft zur Mobilität und Selbstmobilisierung, anders: die Frage nach dem Ausmaß gesellschaftlicher Zerstörung. Befunde werden nicht diskutiert, tauchen aber in der im Juni dieses Jahres erschienenen Studie der SFB-Beteiligten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) auf. Danach hätte die Schwächung bzw. Auflösung traditioneller sozialer Bindungen als Folge des Staatszerfalls und neue Kommunikationstechnologien auch Platz für Neues geschaffen. Neue Eliten hätten sich in den als Folge massenhafter Flüchtlings- und Arbeitsmigration entstandenen Diasporagemeinden einzelner Provinzen und ethnischer Gruppen in den großen Städten herausgebildet und zugleich das Stadt-Land-Verhältnis verändert.¹⁸

Gewalt- und Governance-Markt

Das Teilprojekt C2 über Privatisierung und Kommerzialisierung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit –federführend Sven Chojnacki und Zeljko Branović fundiert das Projekt C1 mit Studien des Funktionierens von Selbstorganisation und den Erfahrungen auf privaten Sicherheits- und Gewaltmärkten und mit den dort agierenden »Governance-Entrepreneuren«. Ganz im Credo von SFB 700 heißt es bei ihnen:

»Auch wenn sich die hier angeführten Überlegungen zu Sicherheitsmärkten auf Räume begrenzter Staatlichkeit kon-

zentrieren, so hat das Konzept letztlich transhistorischen Charakter. Die Monopolisierung von Sicherheit nach innen sowie die Oligopolisierung des Sicherheitsmarktes durch den modernen Nationalstaat im internationalen System würden demnach eine historisch kontingente Marktstruktur beschreiben, auf der Staaten und ihre Staatsvölker als zentrale Marktteilnehmer auftreten. Brechen diese Organisationsformen beispielsweise durch Staatszerfall oder bewaffnete Konflikte weg, impliziert dies auch einen Wandel der Marktstruktur und –dynamik auf lokaler Ebene....Wie privatisiert die Sicherheitsmärkte des 21. Jahrhunderts sein werden, ist dann letztlich vor allem eine empirische Frage.«¹⁹

Eine neue Ära des imperialistischen Tiefenzugriffs

COIN und SFB 700 sprengen in einer neuen Phase des Kriegs gegen den Terror radikaler denn je die Leitvorstellungen der alten Welt auf. Sie projizieren die mit dem Strategiebegriff »Cluster« verbundenen nach innen gerichteten Sozialtechniken in einem langfristig angelegten Projekt militärisch-ethnologischer Sozialtechniken nach außen. Sie selbst sehen dieses Projekt nicht als Vorstellung von Ordnung, sondern als Prozess zivil-militärischen »learning by doing«. Unsere Sache ist es nicht, über die Ergebnisse zu spekulieren, sondern uns mit dem zivil-militärischen Aufmarsch auseinander zu setzen. Das heißt auch, die SFB 700-Initiative in den Kontext der Schockpolitik an den Universitäten zu stellen und dort zu thematisieren.

Es ist zu erwarten, dass auf der Nato-Tagung 2009 auch die COIN-SFB-Achse als Dimension einer neuen atlantischen Partnerschaft (Leitvorstellung von Merkel und CAP/Bertelsmann) angesprochen werden wird, wenn nicht institutionell, so doch zumindest inhaltlich.

Detlef Hartmann

¹⁹ S. Chojnacki, Z. Branović, Privatisierung von Sicherheit, S+F Sicherheit und Frieden 4/2007, S. 163, hier: 169.

¹⁸ Th. Ruttig, Afghanistan, Institutionen ohne Demokratie, SWP S 17, Juni 2008, S. 14

Die Afghanistan Studie für das Verteidigungsministerium (BMVg)

Jan Koehler und Christoph Zürcher haben 2007 für den SFB 700 und für das BMVg in Afghanistan Forschung für die Akzeptanz der militärischen Besatzung durchgeführt. Der militärstrategische Auftrag ist eindeutig formuliert: »Aus der asymmetrischen Bedrohungslage in Afghanistan folgt militärisch die Notwendigkeit, die Akzeptanz der afghanischen Bevölkerung soweit als möglich zu erhalten. Dieser Aufgabe dient wesentlich die zivil-militärische Zusammenarbeit »CIMIC« (...)« »Verbessert die Durchführung des Vorhabens die Akzeptanz der PRT [Provincial Reconstruction Teams] bzw. der internationalen Präsenz bei der Bevölkerung?« Der militärische Auftrag, zu erforschen wie dieses Ziel effizient zu erreichen ist, wurde sich von den ausführenden Wissenschaftlern fraglos zu eigen gemacht. Beispielsweise wurden die Gemeinden, in denen Befragungen durchgeführt wurden, nach militärischen Sicherheitskriterien in »unproblematische« und »problematische« unterteilt. SicherheitsexpertInnen der Bundeswehr halfen bei der

Auswahl. (Seite 4-5 der Studie) Da die Studie in die Öffentlichkeit gerückt wurde, glaubt Jan Koehler Schadensbegrenzung zu betreiben, indem er nun von einer Evaluation redet. Diese Bezeichnung, die weder im Auftrag noch im Bericht zu finden ist, mag der angesprochenen Seriosität Koehlers in Wissenschaftskreisen unter Umständen dienlich sein, am Vorwurf, an der Optimierung des kriegerischen Angriffs in Afghanistan mitzuarbeiten, ändert der heruntergeschraubte wissenschaftliche Standard nichts – im Gegenteil geht es bei einer Evaluation definitiv um nicht anderes als die Bewertung dessen, wie effektiv vorgegebene Ziele durch vorgegebene AkteurInnen erreicht werden.

Die beiden folgenden Texte zur Afghanistan-Studie der SFB 700-ForscherInnen sind hier leicht gekürzt und in voller Länge in »Out of Dahlem« (Januar 2009, Nr.8) nachzulesen.

Im Afghanistan-Einsatz für Uni und Militär

WissenschaftlerInnen der FU forschten in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium. Kritik am Bundeswehreininsatz dort interessiert sie aber kaum.

Unerwarteter Trubel am 12.11. um neun Uhr früh am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU. Ein halbes Dutzend Personen steht am Eingang mit Flugzetteln und einem Megaphon, neben sich ein großes Transparent, das quer auf einem der Zugänge zum Gebäude aufgespannt ist, so dass sich alle bücken müssen, die dort durch wollen. Eine weitere Handvoll Menschen steigt gleichzeitig aus dem Fenster eines Seminarraums und bringt ein weiteres Transparent an der Fassade an. »Wer sich einbettet, muss Federn lassen« und »Kriegsforschung stoppen« sind die Aussagen. Im Foyer wird eine Installation mit vielen flauschigen Federn und weiteren Parolen und Schildern aufgebaut, die einen von Kissen und Bundeswehrdecken sozusagen eingebetteten Menschen darstellen soll. Dafür wird auch ein großes Foto von Thomas Risse verwendet, Professor am OSI und Sprecher des bei der Aktion vor allem kritisierten Sonderforschungsbereichs 700. Der SFB 700 ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Konglomerat (neudeutsch: Cluster), an dem Universitäten in Berlin, Potsdam und Florenz beteiligt sind. Er trägt den Titel »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – neue Formen des Regierens?« und erforscht und kategorisiert instabile Staaten auf dem ganzen Planeten. Eben diese Tätigkeit und der ihr zu Grunde liegende Ansatz werden von den Protestierenden im Rahmen europaweiter antimilitaristischer Aktionstage kritisiert.

(...) Ich befragte für Uniradio im Anschluss an die Aktion nicht nur eine Anti-SFB-Aktivistin, sondern auch den erwähnten Thomas Risse. Der bestritt, auch auf Nachfrage, mehrfach und vehement, was im verteilten Flugblatt behauptet wird: dass die SFB-Mitarbeiter Jan Koehler und Christoph Zürcher in Afghanistan für das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) geforscht hätten. O-Ton Risse: »Wir machen für nichts und niemanden Auftragsforschung. Nicht für die Regierung und nicht für's Verteidigungsministerium. Das wollen wir gar nicht, und das dürfen wir auch gar nicht. Alle unsere Forschungsergebnisse sind öffentlich.«

Bundesweite Öffentlichkeit erfuhr im Februar 2008 eine repräsentative Studie von Koehler und Zürcher, die durch Haushaltsbefragungen die Einstellungen der nordostafghanischen Bevölkerung hinsichtlich der militärischen Präsenz und infrastrukturellen Hilfe seitens der Besatzungsmächte ermitteln sollte. Gemeinsam mit SFB-Sprecher Thomas Risse wurde damals unter einem großen Medienecho verkündet, die Bundeswehr sei in Afghanistan beliebter, als das in Deutschland bis dahin gemeinhin angenommen worden sei.

Nun tauchten aber während der Aktionen am OSI mehrere Kopien einer sehr ähnlichen Studie von Koehler und Zürcher auf, die überhaupt keinen Zweifel über den Forschungsauftrag seitens des Verteidigungsministeriums zulassen. Es geht darin um die zivil-militärische Zusammenarbeit bei Infrastrukturprojekten. Die Studie trägt den Titel »Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan«, wurde im Dezember 2007

fertig gestellt und ist laut Auftragsschreiben des Ministeriums »nur für den Dienstgebrauch« bestimmt.

Neben letzterem Fakt waren es zwei weitere, die etliche Studierende misstrauisch machten. Zum Einen die Leugnung der Existenz einer derartigen Studie durch Risse. Zum Anderen das Verschwinden eines öffentlichen Hinweises auf sie: Auftragsnehmer beim Verteidigungsministerium war das Unternehmen ARC gewesen, dessen Name für »Analysis, Research, Consulting« steht und das 2001 von Koehler, Zürcher und anderen gegründet wurde. Auf dessen Homepage wird das Projekt erwähnt – eigentlich. Zwei Tage nach dem Aktionstag waren nämlich, außer der Startseite, alle Informationen unter www.arc-berlin.com mit einem Passwort geschützt. Kurz darauf erschien bei Aufruf die Meldung, die ganze Seite sei wegen Wartungsarbeiten nicht verfügbar. Mittlerweile und bis heute, also fast vier Wochen später, heißt es schlicht: »Zugriff nicht erlaubt«. (...)

Soll an dieser Studie also etwas verschwiegen werden? Überhaupt nicht, sagt Jan Koehler. An der Homepage gebe es Wartungsarbeiten und dass Risse nichts von der Studie wusste, halte er für durchaus möglich. Er sei schließlich in diesem Fall in seiner »Freizeit« in Afghanistan gewesen, er habe ja nur eine halbe Stelle am SFB. So schreibt auch der mittlerweile in Ottawa (Kanada) lehrende Zürcher per E-mail: »Die Studie hat mit dem SFB 700 weder organisatorisch noch inhaltlich irgendetwas zu tun.« Sie geht allerdings teilweise in die Publikationstätigkeit dieser am SFB 700 arbeitenden WissenschaftlerInnen ein (Zürcher hatte und hat offiziell immer noch eine Professur am OSI).

(...) Die Haushaltsbefragung mündete in das im Oktober veröffentlichte »Working Paper No. 7« des SFB 700, wurde aber erst, ohne Hinzuziehung weiterer Daten, am 6.2.2008 durch eine Pressekonferenz in den Massenmedien platziert. Die BMVg-Studie trägt das Datum 20.12.2007. In der März-Ausgabe 2008 der Fachzeitschrift *Entwicklung und Zusammenarbeit* erschien dann ein Artikel von Zürcher, Koehler u.a., der auch Erkenntnisse enthält, die im Rahmen der Studie für das Verteidigungsministerium gewonnen worden waren. Das bezieht sich konkret auf die 52 Interviews mit »internationalen Stakeholdern« in Afghanistan (in der Originalstudie hieß es übrigens »internationale und afghanische Stakeholder«) und die 10 »Fokusgruppen-Interviews«. Bezeichnenderweise wird in einer Art Post Scriptum zu diesem Artikel mit dem Titel »Breite Daten-Basis« zwar der Zeitraum von im Rahmen des SFB 700 durchgeführten Haushaltsbefragungen angegeben, aber zu all den späteren Erhebungen, die eben zur breiten Daten-Basis führten, keine Zeiträume genannt. Klaus Wehrberger, stellvertretender Abteilungsleiter bei der DFG und dort für die Sonderforschungsbereiche verantwortlich, sagt auf Anfrage, dass bei Publikationen Transparenz bezüglich der Quellen erwünscht sei, wenn auch außeruniversitäre Forschung eingeht.

Doch von formalen Fragen abgesehen: Neben dem Punkt, dass den Militärs durch die Auftragsstudie eine Menge Erkenntnisse zu der afghanischen Bevölkerung, den Möglichkeiten ihrer Befriedung, etc. zugänglich gemacht werden, wäre an der Studie v.a. zu kritisieren, dass die (z.T. durchaus kritischen) Erkenntnisse zur Rolle der Bundeswehr und anderer deutscher Institutionen vor Ort nicht an die Öffentlichkeit kommen. Dazu ist zu sagen, dass die Studie vom Ministerium nicht wirklich veröffentlicht wurde. Nur den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Bundestages wurde sie übermittelt. Und angeblich einer Handvoll Personen, die sie für ihre wissenschaftliche Karriere lesen wollten. Das BMVg teilt jedenfalls mit, die Studie sei allen Interessierten auf Anfrage zugänglich gemacht worden. Richtig öffentlich wurde sie aber erst am 26.11.2008, als sie auf das Internetportal Indymedia geladen wurde.

Beide, Koehler und Zürcher, offenbaren sich generell als Überzeugungstäter. Sie wollten der afghanischen Bevölkerung helfen, und zwar nicht ideologisch motiviert, sondern auch auf der Grundlage ihrer eigenen Empirie zu dieser Bevölkerung. Die sei eben mehrheitlich für das Engagement der ausländischen Mächte. (...) Die Studie betrachtet Koehler übrigens nicht als wissenschaftliches Werk, da sie eine Evaluation sei.

Wissenschaftlichen Ansprüchen genügen muss jedenfalls sein Ende November 2008 auf der Homepage des SFB 700 veröffentlichtes Arbeitspapier »Auf der Suche nach Sicherheit. Die internationale Intervention in Nordost-Afghanistan«. Der Text enthält zwar Kritik an dieser oder jener Maßnahme und zeigt negative Entwicklungen auf. Aber der allgegenwärtige Begriff »Sicherheit« wird kaum problematisiert und hauptsächlich mit dem staatlichen Gewaltmonopol bzw. dessen Akzeptanz, mit dem Aufbau eines »Rechtsstaats« etc. in Verbindung gebracht. Zwar redet Koehler in einer Fußnote zur Geschichte Afghanistans von »wiederholt gescheiterten Versuchen, [...] Modernisierung im Sinne funktionaler Differenzierung durch staatlich betriebene gesellschaftliche Reformen voranzutreiben« und erwähnt auch »Afghanistans spezielles historisches Verhältnis zu Staatlichkeit, das sich [...] zwar nie zum modernen (hier: autonomen, nach innen und außen wirklich souveränen) Territorialstaat entwickelt hat, aber doch über längere Phasen stabile politische Ordnungsmuster hervorgebracht hat, welche auf modernen staatlichen und traditionell-gesellschaftlichen herrschaftsrelevanten Institutionen fußen«. Er zitiert, wiederum nur in einer Fußnote, auch Literatur, die sich kritisch mit der »Utopie staatlicher Ordnung nach den Blaupausen des westlichen Staates« auseinandersetzt. Doch führt das nicht zu der höchst relevanten Frage, warum oder mit welcher Rechtfertigung in Afghanistan gerade ein System implementiert wird, das dort früher nie im klassischen Sinn funktioniert hat. Unabhängig davon, dass dieses neue angepeilte System für einen Teil der afghanischen Bevölkerung zunächst Hilfen oder Verbesserungen bringt – beim Thema Sicherheit, um das es ja in diesem Text geht, sind langfris-

tig denkende und systemkritische Reflexionen angebracht. In Zeiten, wo die meisten und gerade die mächtigsten Staaten Grundrechte (und somit zumindest psychische Sicherheit) abbauen und das globale Wirtschaftssystem immer weniger Menschen eine stabile oder bezahlbare Versorgung mit Nahrungsmitteln gewährleisten kann, wäre das von einer politikwissenschaftlichen Analyse eigentlich zu erwarten gewesen (Klingt naiv? Ist es in der Form auch!). So wäre beispielsweise der vom ausländischen Militär kurzfristig hergestellte »Landfrieden« (dass also größere Menschengruppen keine Feindschaften miteinander ausfechten würden) in Nordost-Afghanistan abzuwägen gegen den absehbaren Status des ganzen Landes als Vasallenstaat der mächtigen weltpolitischen AkteurInnen, die es in die globale Ausbeutungsökonomie integrieren. Doch dieses Papier soll hier nicht weiter

behandelt werden. Nur so viel: In diesen Text gehen ebenfalls etliche Datenquellen aus der Auftragsarbeit ein.

(...) Sozialwissenschaft sollte nicht, direkt oder indirekt, der Politikberatung dienen, wenn sie sich der Kritik der Waffen nur oberflächlich oder gar nicht widmet. Im vorliegenden Fall ist ein weiterer Aspekt zu kritisieren: Ein Ministerium wird immer genug Geld für Forschungsaufträge haben und kann somit der Querfinanzierung von Forschung dienen. Wie gesehen, konnten Zürcher und, mehr noch, Koehler bei der Auftragsarbeit erhobene Daten in anderen Veröffentlichungen ausschlichten. Das wird allgemein auch in Zukunft, zusätzlich zu der Verdienstmöglichkeit, ein Anreiz für derlei Kooperationen sein. Die Bundeswehr ist zur Legitimation und Erfüllung ihrer im Vergleich zu früher veränderten Aufgaben sowieso bemüht, in verschiedenste soziale Bereiche ausstrahlen und dauerhafte Verbindungen zu knüpfen.

Ralf Hutter

Die systemische Aggressivität des Clusters SFB 700

In der erfreulich lebhaften Kontroverse um den Sonderforschungsbereich (SFB) 700 ist der Zusammenhang zwischen Universitätsreform und methodischer Gewalt, der sich besonders deutlich im Projekt SFB 700 manifestiert, etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Diese kleine Skizze zur Ermutigung weiterer kritischer Diskussionen nimmt ihren Ausgangspunkt bei der Studie, die Jan Koehler und Christoph Zürcher vom SFB 700 im Auftrag des Bundesministeriums für Verteidigung am 20. Dezember 2007 veröffentlicht haben.¹ Hier geht es um die Frage, welchen Beitrag die »Quick Impact Projects« in Nord-Afghanistan zur Förderung der militärischen Operationen und Strategien leisten können. Diese Studie hatte einen ausdrücklichen militärischen Auftrag, wie aus der als Anlage beigefügten »Leistungsbeschreibung« hervorgeht: »Nur für den Dienstgebrauch« heißt es dort. Ihr »Pilotansatz« orientiert sich an der »militärischen Notwendigkeit, die Akzeptanz der afghanischen Bevölkerung soweit als möglich zu erhalten«.

Die Studie stellt sich selbst in den Rahmen der von verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen entwickelten Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen AkteurInnen namens CIMIC. Es ist eine Zusammenarbeit, die Forschung und Krieg miteinander verschmilzt.

1 J. Koehler, Ch. Zürcher, Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan, eine Studie im Auftrag des BMVg, Final Draft Berlin 20.12.2007, zu laden bei Indymedia.

Die »Forschungs«-Ergebnisse zu Widerständen, Äußerungsformen, Reaktionen auf die militärischen Operationen werden in den militärischen Zusammenhang eingespeist. Ihr Vehikel ist eine Entwicklungsstrategie über – meist infrastrukturelle – Kleinprojekte, die in »Provincial Development Fonds« (PDF) organisiert wird. Diese Entwicklungsfonds werden »als bedarfsorientiertes, partizipatives Werkzeug« eingesetzt, das Akzeptanz für die Armee herstellen soll und zugleich der Herstellung von militärisch relevanten »Lagebildern« und Informationsbeschaffung zuarbeitet. »Brunnenbauen für den Krieg« kann mensch das nennen. Darüber hinaus dient es mittel- bis langfristig dem Projekt des SFB 700, neue Formen der Macht, der Herrschaft, der Regierung jenseits der als überholt angesehenen Formen demokratisch verfasster Staatlichkeit zu etablieren.²

»Kleinprojekte werden vom Militär als »Quick impact«- Maßnahmen im engeren Sinne verstanden, wobei sich die erwünschte schnelle Wirkung nach militärischen Zielsetzungen definiert. Dabei steht die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber dem Militär im Allgemeinen und der Bundeswehr im Speziellen im Vordergrund. Letztlich sollen diese Maßnahmen dadurch der eigenen Bewegungsfreiheit und der Force Protection dienen.... Allerdings wird seitens des Militärs davon aus-

2 vgl. hierzu D. Hartmann, »Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen.« Forschen für die neuen Kriege im SFB 700 der FU Berlin – Materialien.org

gegangen, dass die Beteiligung der Bundeswehr bei Planung, Monitoring und Durchführung von Quick Impact-Maßnahmen, die im Rahmen der PDF durchgeführt werden, Vorteile für die militärische Auftragserfüllung bringen... Zur zeitnahen Aufklärung des zivilen Lagebildes in Gemeinden, Gemeindegruppen und Distrikten sei es nötig, diese regelmäßig mit von der Zielgruppe nachvollziehbaren Begründungen zu besuchen.«³

»CIMIC sollte die GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Anm. d. Red.) noch stärker im Rahmen der Möglichkeiten hinsichtlich Informationsbeschaffung und Analyse unterstützen. Das liegt im militärischen Eigeninteresse: diese Arbeit hilft, das Lagebild zu verbessern und im Feld Liaison mit Gemeinden und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu verstätigen.«⁴

Koehler ist sich durchaus des antagonistischen Charakters des gesellschaftlichen Operationsfeldes bewusst, in dem Militär/Forschung auf Widerstände, Resistenzen, Feindseligkeit ihres sozialen Objekts stoßen:

»Im Falle von Afghanistan treffen die westeuropäischen und nordamerikanischen Interventionsmächte in dem Versuch, den Staat als oberstes politisches Ordnungsprinzip wieder herzustellen und seine Geltungsmacht durchzusetzen, auf kulturell fremde und staatlichen wie internationalen Intervention gegenüber misstrauisch, mitunter feindselig eingestellte Lokalgesellschaften.« So »...wird die Präsenz ausländischer Truppen (und in einem wesentlich geringeren Maße auch die der internationalen EntwicklungsakteurInnen) von signifikanten Teilen der befragten Haushalte für eine Bedrohung islamischer Werte und lokaler Lebensweisen gehalten.«⁵

Kultur und Lebensweise, klassischer Gegenstand der Anthropologie, reagieren mit Feindseligkeit und diese stellt sich in den Dienst ihrer Bekämpfung. Beobachtende wird kämpfende Anthropologie im Nachvollzug des Selbstverständnisses der amerikanischen »Söldner-AnthropologInnen«, die die sozialen Netzwerke als generativen Ort des Widerstands ins Visier nehmen.⁶ Auf der Diskussionsveranstaltung zum SFB 700 am 12.12.2008 wurden methodische und methodologische Implikationen dieser Ansätze nur oberflächlich gestreift. Koehler hat den Begriff der »teilnehmenden Beobachtung« in die Debatte geworfen, eine absurde Irreführung. Diese sucht die Teilnahme an der Lebensweise, es bekämpft sie nicht. Gerade dies aber beleuchtet einen methodischen Umbruch von paradigmatischer Bedeutung im Sinne Thomas Kuhns. Die transformatorische Gewalt zivil-militärischer Zusammenarbeit ist nur im Kontext eines breit angelegten Projekts sozialer Transformation von globaler Reichweite zu begreifen. Sie ist umfassend und totalisierend und die schockartige Umgestaltung der Universitäten, ihre Exzellenz-Cluster einschließlich

des clusterförmig organisierten SFB 700 stellen lediglich Einzelstränge dar. (...) »Exzellenz-Cluster« sind mehr als ein bloßes Mittel, Elite-Universitäten heran zu züchten. Sie sind der Ort der Entfesselung dieser aggressiven Energien, von dem aus der alte soziale Rahmen akademischer Diskursivität und seiner demokratischen Garantien aufgesprengt und zertrümmert wird, um die Aggressivität neuer immaterieller Ressourcen geschichtsmächtig zu machen. Als strukturelles Projekt bringt es die Verödung, Zurücksetzung und Indienststellung des Umfelds jenseits aller alten Gleichheitsversprechen mit sich, als soziales Projekt zielt es darauf, aggressiven innovativen Energien zur Selbstermächtigung zu verhelfen, unter Deklassierung seiner akademischen und studentischen Umfeldler. Selbst die über Drittmittelzwänge »ermutigten« ökonomischen Partnerschaften sind als Unterstellung der Universitäten unter das private Kapital nach altem Verständnis nur unzureichend begriffen. Sie sind charakterisiert durch die Entfesselung unternehmerischer Energien im übergreifenden »unternehmerischen Selbst« über die institutionellen Grenzen hinweg – im SFB 700 der Grenzen zwischen Forschung und militärischer Gewalt. Auch diese Gewalt ist Generierung von »Wissen«, »Wissen« im Verständnis der »knowledge creation« im Sinne einer Formierung immaterieller Ressourcen des Menschen, die Fühlen, Denken, Kreativität und auch Gewalt nicht mehr kategorisch trennt. (...) In den Gebieten neuer Kriege geht es um die Tiefendimension von Zerstörung und Neuschöpfung von Gesellschaftlichkeit – und auch im »Forschungsgegenstand« des SFB 700.

Wissen und Gegenwissen

Es kommt darauf an, sich kritisch mit dieser Offensive auseinander zu setzen, die versucht, Studierende in das kriegerische Geschehen einzubinden, um zugleich die Aggressivität des kriegerischen Transformationsgeschehens in die Universität zurück zu speisen. Der Sozialprozess ist antagonistisch und der arroganten Selbstermächtigung dieser Offensive stehen die Selbstbehauptungskräfte einer Gesellschaftlichkeit von unten gegenüber, die hierin neue Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft hervorbringen. Dem »Wissen« einer dergestalt konzipierten »Wissensgesellschaft« ist das Gegenwissen aus dieser antagonistischen Perspektive entgegen zu setzen. In der Auseinandersetzung mit den Strategien des SFB 700 muss der Bezug zum Widerstand seines sozialen »Objekts« gesucht werden. Anders sind die Chancen einer befreiten Gesellschaftlichkeit nicht zu verwirklichen, anders ist dem Morden und Zerstören kein Einhalt zu gebieten, so »schöpferisch« es sich auch preisen mag.

Detlef Hartmann

3 J. Koehler, et al, Quick ..., S. 16 f.

4 ebd. S. 26

5 J. Koehler, Auf der Suche nach Sicherheit, FFB-Governance Working Paper Series Nr. 17, Nov. 2008, S. 7, 19

6 D.H. a.a.O. S. 5 ff

No Go Areas In Berlin

Anmerkungen zu governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit in den Metropolen

In der Debatte um das SFB 700 und die Frage von Governance und neuen Herrschafts- und Unterwerfungstechniken sind bestimmte Vorgänge und Forschungsfelder in den westlichen Metropolen ebenso brisant und aktuell wie im Bezug auf verschiedene Trikont-Länder. Die Menschen und die soziale Struktur der »Problembezirke« werden immer mehr zu begehrten Objekten der Feldforschungen und Studien von SozialwissenschaftlerInnen, EthnologInnen und verwandten Wissenschaften. In Ansätzen verschiedener Techniken des Regierens – oder im Anglo-Slang Governance – geht es um die Frage, wie Herrschaft und Souveränität in Räumen begrenzter Staatlichkeit erhalten und neu konstituiert werden kann.

Es ist nicht lange her, dass die Bilder brennender Autos, Schulen, Barrikaden und bewaffneter Polizisten aus den Banlieues der französischen Großstädte um die Welt gingen. Kurze Zeit später rief der damalige französische Innenminister und jetzige Präsident Nicolas Sarkozy den Ausnahmezustand für die »wilden« Gebiete aus. Nach nur wenigen Tagen sollte der soziale Konflikt zur Not auch mit militärischen Mitteln gelöst werden. PolitikerInnen, LehrerInnen und ExpertInnen aller Fachrichtungen berieten, rätselten und versuchten zu verstehen. In wissenschaftlichen Diskursen wie in der Politik wurde zunehmend erkannt, dass das Verstehen neuer sozialer Zusammensetzungen und der Dynamiken in »Räumen begrenzter Staatlichkeit« von enormer Bedeutung ist. Es ist daher kein Wunder, dass zunehmende staatliche Repression in den Vorstädten, Arbeitslosen- und ImmigrantInnenvierteln des Westens nicht die einzige Antwort auf die steigende Anzahl der sozialen Auseinandersetzungen in diesen Bezirken ist. Die Verbindung von sozialen und militärischen Techniken bekommt dabei eine zunehmende Bedeutung. Ebenso nehmen Strategien der »Selbstführung« und Eigenkontrolle einen immer größeren Platz in Politik und Wissenschaft ein. Vor allem sollen somit die Gefahren des sozialen Aufstands und der alltäglichen Verweigerung gebrochen werden.

Hier sollen einige Formen der gegenwärtigen Techniken des Regierens auf Stadtteilebene in Berlin skizziert werden. Interessant scheint mir dabei vor allem der Übergang von government zu governance in »Räumen begrenzter Staatlichkeit«, in der BRD oft polarisierend als »No Go Areas« bezeichnet. Gerade bei der Frage des »state failure« (Staatszerfalls) fokussiert sich die Debatte bisher auf die Armutsräume des Trikont (Afrika, Lateinamerika, Asien). Dabei dreht sich die Diskussion schon seit längerem um Governance-Strategien gegen bestimmte Bevölkerungsteile und aufständische Gruppen in Ländern wie z.B. Irak, Afghanistan, aber auch Nigeria, Kolumbien oder Mexiko und Argentinien. Raul Zelik hat in seinem Aufsatz »Kontrollwelten: Ausnahmezustand und Kriegsgouvernementalität am Beispiel Kolumbien« schon erkannt, dass es sich bei diesen neuen Herrschaftsformen in Ko-

lumbien um ein Phänomen handelt, welches tendenziell auf globaler Ebene als neues Herrschaftsparadigma bezeichnet werden kann (Zelik 2006). Es überrascht daher nicht, dass in dem europäischen und US-amerikanischen Raum zunehmend über neue Strategien und Sozialtechniken für »unregierbare Räume« nachgedacht wird, deren Programme und Strategien denen der sog. Trikont-Länder verblüffend ähneln. Der Begriff der »bewaffneten Sozialarbeiter« (Bergmann 2008) kann angesichts der Zunahme privater Sicherheitsfirmen in Schulen, U-Bahnstationen, Straßen und Einkaufszentren sowie neuerer Strategien der (Selbst-)Befriedung »wilder Räume« durch Kiezläufer-Patrouillen und polizeiliche Sondereinheiten auch für bestimmte Strategien in den urbanen Zentren westlicher Metropolen benutzt werden.

In der gegenwärtigen Phase des sozialen Angriffs lautet die Strategie: Aufruf zur Selbst-Aktivierung, Selbstorganisation und Partizipation. Während der Staat »soziale Phänomene bislang administrativ regulierte, versucht er mit neuen Strategien quasi von oben die Zivilgesellschaft zu organisieren« (Lanz 2000: 43). Der neue kategorische Imperativ heißt: Handle unternehmerisch.

Denn die Mobilisierung zu Eigenverantwortlichkeit soll die Menschen vor allem diversen Arbeitsmaßnahmen und Programmen unterziehen, sowie Vereine, BürgerInneninitiativen und andere ehrenamtliche Organisationen in Prozesse einbeziehen, welche sonst von Seiten des Staates bezahlt und ausgeführt wurden. Private Dienstleister und ehrenamtliches Engagement ersetzen nun die staatlich finanzierten Stellen, Initiativen und sozialen Dienstleitungen (Eick/Grell 2001; Eick 2005; Mayer 2003a, 2003b). Durch neue Institutionen und Programme werden neue Kontrollfunktionen geformt (Lanz 2000; Rose 2000). Dabei handelt es sich durchaus um eine neue Qualität von Unterwerfungstechniken. Vor allem durch die Miteinbeziehung lokaler sozialer Strukturen soll ein (totaler) Zugriff auf die menschliche Subjektivität erzielt werden. Es geht nicht nur um die Körper, sondern zunehmend auch um die Köpfe und das Wissen, welches durch die neuen Sozialtechniken erforscht werden sollen. Die Adressaten des sozialen Angriffs sind vor allem die Menschen, welche in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Regionen und Stadtteilen á la Banlieue leben. Gerade hier kann weder durch herkömmliche polizeiliche Repressionsmechanismen noch durch alte staatliche Befriedungsmaßnahmen der Zugriff auf die Subjektivität der Menschen gesichert werden. Durch Prozesse der sozialen Marginalisierung der letzten Jahrzehnte haben sich in den verarmten Stadtteilen soziale Netzwerke gebildet, welche das Überleben, die politischen Strukturen und die Organisation des sozialen Lebens teilweise jenseits des Staates organisieren. Es werden immer wieder neue Wege gefunden, sich bestimmten Verwertungs- und Unterwerfungsprozessen zu entziehen. Der Mix aus Inanspruchnahme staatlicher Sozialhilfe, solidarischen Kiez-, Freundschafts- und Familienstrukturen, Kleinkriminalität und Schwarzarbeit kann das Leben ausreichend sichern, erlaubt in einigen Fällen ein

Leben über dem Sozialhilfeniveau und schützt hin und wieder vor Drecksjobs und prekariertem Arbeit in der untersten Lohnklasse.

Diese Strategien der durchaus widersprüchlichen, jedoch stückweise autonomen und selbständigen Gesellschaftsorganisation sollen nun gebrochen und für neue Kapitalstrategien zugänglich gemacht werden. Wer nicht mitspielt, muss mit Druck, sozialer Ausgrenzung und Vertreibung rechnen. Das »Humankapital« soll hier aktiviert werden, um neue ökonomische Potenziale zu erschließen. Das Ökonomische durchdringt alle Lebensbereiche, aufständisches und widerständiges Verhalten soll kontrolliert und gebrochen werden. Doch um die Verweigerungshaltung und die selbstorganisierten sozialen Netzwerke zu bekämpfen, müssen diese erst erkannt und ausgespäht werden.

Hier wird die Parallele zu den Forschungsfeldern des SFB 700 und verwandten Programmen in Europa und den USA deutlich. Die neuen Regierungsformen zielen genau darauf, diese »nonkonformen« Netzwerke zu erforschen und dann zu sortieren: Unterwerfung und »Gewöhnung« an die gegenwärtigen Produktions- und Arbeitsprozesse, oder Repression bis hin zu Abschiebungen und Knast. Sobald die Einsicht kam, dass durch herkömmliche Kriegführung ein Krieg zwar gegen das Regime Saddam oder die Taliban gewonnen werden kann, nicht aber gegen die Bevölkerung, wird intensiv an sozialmilitärischen Konzepten und »partizipativen« Regierungsformen gearbeitet. In ähnlicher Weise wird nun in den Vorstädten und Stadtteilen der MigrantInnen und Marginalisierten vorgegangen. Dabei scheint der Gedanke nicht weit, Parallelen zu den Ideen von Staatszerfall und neuen Kriegen bei Herfried Münkler zu ziehen. Der Drogendealer wird hier zum Warlord und die organisierten, gewalttätigen Jugendbanden und Drogenringe sind hier das organisierte Verbrechen und die »Terrorgruppen«, welche einen »normalen Alltag« stören und sich jeglicher staatlicher Kontrolle entziehen. Jede Form des sozialen Widerstandes passt somit auch in das Raster und kann bekämpft werden. Auseinandersetzungen mit sozialem Hintergrund wie kürzlich die Unruhen in Athen oder auch vor einigen Jahren in den französischen Vorstädten werden per se kriminalisiert und somit polizeistaatliche Mittel als Aufstandsbekämpfung legitimiert. Der Mix aus erhöhtem sozialem Druck á la Hartz 4, Selbstführungstechniken bis hin zu neuen Kontrollfunktionen und polizeistaatlichen Interventionen soll aus den Stadtteilen und den Menschen wieder funktionierende (produktive) Teile der Gesellschaft formen.

Die »sozialen Brennpunkte« Berlins rücken seit dem Ende der 90er und Anfang der Jahrtausendwende immer mehr in das Blickfeld von Medien, Politik und Wissenschaft (Kencht 1999; Veith/Sambale 1999). Viertel wie Neukölln, Wedding und Kreuzberg werden von den Medien als »No-Go-Areas« bezeichnet, und Lokal-PolitikerInnen reden bereits von Orten, die einem »Pulverfass« gleichen (Berliner Morgenpost 2004). Es wird vor einer Amerikanisierung der Stadtentwick-

lung und Ghattobildung wie in den amerikanischen Großstädten gewarnt. Dabei wird eine hegemoniale Sichtweise auf die BewohnerInnen der Problemkiese« produziert, welche zu einer rassistischen und klassistischen Stigmatisierung nach der Formel »Ausländer, arbeitslos und in einem Problemkiez lebend ist gleich kriminell, arm und faul« führt (Wacquant 2006; Veith/Sambale 1999). Die Ursache der Polarisierung der Stadtteile in Berlin in Arm und Reich wird nicht an strukturellen Gründen und einer verfehlten bzw. gewollten Stadtpolitik festgemacht, sondern oft werden die Individuen selbst verantwortlich gemacht. Veith/Sambale gehen davon aus, dass der »Ghettodiskurs« einerseits als Legitimation benutzt wird, um städtische Sanierungsmaßnahmen durchzusetzen, die mit der Vertreibung der AnwohnerInnen einhergehen, und andererseits dazu dient, bestimmte repressive Maßnahmen in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu legitimieren (Veit/Sambale 1999: 46ff). Die AutorInnen des politisch einflussreichen Gutachtens Überforderte Nachbarschaften von »empirica«, welches im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) erstellt wurde, sieht in den »sozialen Brennpunktbezirken« »Horte versammelter Regellosigkeit, Abweichung und Anomie« (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998: 37). Unbeirrt werden die BewohnerInnen als »asoziale Familien« und »Ausländer oder Aussiedler mit schmarotzerhaften Verhaltensweisen« beschrieben (ebd: 125). Somit kommen die AutorInnen auch zu dem Schluss, dass »für sie die Leistungsanträge offensichtlich ein großer Teppichhandel sind, den man mit Zähigkeit und Cleverness bis zur Erschöpfung der Schalterbeamten führt« (ebd: 37). Auch in der Studie der Berliner Stadtsoziologen Häußermann und Kapphan treffen die Autoren in dem »Berliner Gutachten«, welches zur Auswahl der Quartiersmanagement-Gebiete herangezogen werden soll, politisch polarisierende Aussagen und fragen nicht nach Ursachen und Gründen für Armut. Berliner »soziale Brennpunkte« werden mit Bildern wie »Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, Kinder fühlen sich von Alkoholikern und Kampfhunden bedroht, Familienclans und Jugendbanden liefern sich Auseinandersetzungen, Delikte werden gewalttätiger, hohes Gewaltpotential« stark abwertend und stigmatisierend beschrieben (Häußermann/Kapphan 1998: 55).

Genau diese Studien von Häußermann und auch das Gutachten des GdW sind ausschlaggebend für neue politische Programme und wurden die Basis für die neuen Governance-Konzepte wie das Berliner Quartiersmanagement, die Kiezstreife mit dem Namen Kiezläufer (durch ABM-Gelder finanzierte Kiezpatrouille) und Programme wie das LSK (Lokales Soziales Kapital). Ein Mix aus Selbstführung, Partizipation, Eigenverantwortung und Aktivierung auf der einen und neue Formen der Repression und Kontrolle auf der anderen Seite soll den sozialen Druck und das »ökonomische Potenzial« wachrütteln. Sprich die Technik wird verändert, die feinen Schrauben gedreht, um den Zwang zur Unterwerfung zu perfektionieren.

Durch die Stigmatisierung bestimmter Stadtteile, Orte und deren BewohnerInnen, eine gleichzeitige Responsibilisierungspolitik und die lokale Verankerung privater Träger und Unternehmen wird zunehmend eine neue Logik der sozialen und ökonomischen (Selbst-)Kontrolle in das soziale Leben der communities eingeführt. Neue Programme und Techniken wirken somit oft als Teil einer neuen Subjektivierung (Duttweiler 2007). Sozialarbeit und neue Programme der Arbeits- und Sozialpolitik werden dazu benutzt, eine Aktivierung der Menschen zu bewirken, welche zu mehr Eigenverantwortung, Eigeninitiative und neuem Unternehmertum führen soll. Es ist daher davon auszugehen, dass bestimmte Programme nicht zufällig in den »deprived communities« gegenwärtig Mode geworden sind, sondern als Instrumente eingesetzt werden, um die sozialen Folgen der gegenwärtigen Stadtpolitik so zu steuern und zu lenken, dass die BewohnerInnen zu neuen, billigen Arbeitskräften avancieren und außerdem nicht mehr von staatlicher Hilfe abhängig sind.

Durch »runde Tische« mit Arbeitgebern, Arbeitsloseninitiativen, Polizei, QuartiersmanagerInnen, Jobcentern und den BewohnerInnen sollen gemeinsame Strategien entwickelt werden, um das »ungenutzte« und »schlummernde Potenzial« zu wecken (BEST 2004). Welchen Nutzen diese Kapitalisierung des Sozialen hat, formuliert Nikolas Rose zugespitzt: »einmal mehr könnte sich das Management des Elends und der Rückschläge im Leben des Einzelnen als eine profitträchtiges Unternehmen erweisen« (Rose 2000). Es geht sowohl darum, bestimmte städtische Räume zu redefinieren, um diese für kommerzielle Zwecke wieder nutzbar zu machen, als auch die Menschen, die von staatlicher Hilfe abhängen, in Arbeit zu drängen. Mit der Fokussierung neuer Regierungstechniken und Programme auf »soziale Problemgebiete« wie dem Wedding sollen die »Anti -Gemeinschaften« an den »Rändern der Städte« wieder für den »freien Markt« und »Wettbewerb« zur Verfügung stehen und funktionieren.

Gerade EthnologInnen, SozialwissenschaftlerInnen, GeografInnen sowie StadtplanerInnen und ArchitektInnen kommt hierbei eine bedeutende Rolle zu. Diese erstellen nicht nur Gutachten und Studien und helfen bei der Entwicklung und Planung des zu verändernden Stadtteiles, sondern sind oft Hand in Hand mit Regierung und Polizei treibende und ideologische Kraft.

Ein wichtiger Schwerpunkt moderner Techniken des Regierens auf lokaler Ebene sind neue Kontroll-, Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen. Die so genannten »SOS-Dienstleistungen« (Sauberkeit, Ordnung, Sicherheit) sind zu einem wichtigem Bestandteil lokaler Ansätze zur Befriedung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung geworden. Hierbei werden einerseits immer mehr private Sicherheitsdienste beauftragt, und andererseits werden zunehmend freie Träger, Schulen, Nachbarschaftsinitiativen und freiwillige BewohnerInnen mit in die lokalen Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben mit einbezogen. Dabei spielen nonprofit-Organisationen eine

immer größere Rolle als »acting as parapolicing agencies«¹ (Eick 2007b: 266). Die Aufgaben sind zum einen das »cleaning«, die Säuberung von Grünflächen, Straßenreinigung, Spielplätzen etc., und zum anderen entstehen zunehmend lokale Ordnungs- und Sicherheitsdienste, welche nicht nur in Einkaufspassagen die soziale Ordnung kontrollieren und überwachen, sondern auch vermehrt in den sozialen »Problemkiesen« die Aufgabe von »parapolicing« übernehmen (Eick 2005, 2007a).

Innerhalb der »Problemkiese« kommt es dabei vermehrt zu »Nutzungskonflikten« um bestimmte öffentliche Flächen, Straßen und Plätze. Somit werden vor allem MigrantInnen, AlkoholikerInnen, DrogenkonsumentInnen, Prostituierte, Jugendliche und BettlerInnen, die nicht dem gewünschtem Sozial- und Konsumverhalten entsprechen, massiv unter Druck gesetzt und verdrängt (Mayer 2001). Zur Legitimation der neuen Sicherheitskonzepte in der öffentlichen Debatte werden bestimmte Orte und »Problemkiese« als verwahrlost, gefährlich und von »asozialen Familien« bewohnt stigmatisiert und skandalisiert (Krings-Heckemeier/Pfeifer 1998; Berliner Woche 2007 u.a.). Dabei wird nach Ursachen der räumlich konzentrierten Armut nicht gefragt und Armut nicht als ein strukturelles und soziales Problem thematisiert, sondern in einer polarisierenden und aufgeheizten Debatte für mehr »Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit« wird der Boden für die neuen Strategien der Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften bereitet. Hier spielen vor allem private Sicherheitsdienste und Ansätze kommunaler Kriminalprävention eine große Rolle. Außerdem werden für bestimmte Gebiete in Berlin Operative Gruppen (OG) und Sondereinheiten der Polizei eingesetzt (Mayer 2001). Diese gehen dann mit den lokalen SOS- Diensten so genannte Sicherheitspartnerschaften ein, um die eigene Arbeit besser planen und koordinieren zu können (QM 2007; Empirica 2003).

Bei der Vorgehensweise und Logik der neuen Sicherheits- und Ordnungsprogramme wird deutlich, dass es um wesentlich mehr geht als Straßenreinigung und Kriminalprävention. Durch gezielte Aktionen wird in ausgesuchten Kiesen »aufgeräumt«. Dazu gehört die Veränderung des ganzen Kiez- bzw. Straßenbildes, um eventuelle Hindernisse für den/die aktive BürgerIn auszuräumen. Aufwertung der Ordnung und Sicherheit geschieht oft mit der Verdrängung von bestimmten AnwohnerInnen der Kiese, wenn diese nicht in das zukünftige Bild passen. In den lokalen Programmen und Techniken des Regierens spielen Quartiersmanagement, Arbeitsbeschaffung und Sozialkapital ebenso eine Rolle wie neue Sicherheits- und

1 Mit »parapolicing agencies« sind Sauberkeits-, Sicherheits-, und Ordnungsdienste gemeint, welche von privaten Anbietern wie Sicherheitsunternehmen oder NGO's angeboten werden. Dabei übernehmen diese teilweise Aufgaben und Funktionen, die mit den örtlichen Polizeireviere abgesprochen wird. Somit findet eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen sozialen bzw. zivilen Einrichtungen und der Polizei statt. Zivile und soziale Einrichtungen unterstehen jedoch oft keiner demokratischen Kontrolle und haben auf bestimmte Teile und Räume der Gesellschaft einen besseren Zugang als die Polizei. Somit ergibt sich eine Art Zusammenarbeit dieser Institutionen für die Polizei. Daher hat sich der Begriff »parapolicing agencies« herausgebildet.

Ordnungsmaßnahmen mit dem Ziel, Straßen, Plätze und bestimmte Orte zu befrieden und qualitativ aufzuwerten. (Eick 2005, 2007b). Die Herstellung von Ordnung und Sicherheit ist sogar Voraussetzung für die Aktivierung und Selbstregulierung der BürgerInnen zu »Sozialkapital« im Sinne von workfare und »totaler Mobilmachung aller Produktivkräfte« (Bröckling 2000), sprich der Ökonomisierung aller sozialen Lebensbereiche. SOS-Dienstleistungen werden durch Maßnahmen wie die schon angesprochenen 1-Euro-Jobs und lokale ABM und RBM Maßnahmen überhaupt erst in dem großen Maße möglich.

Ebenso hat das Quartiersmanagement Pankstraße eigene »Sicherheitskräfte«, die so genannten Kiezläufer, für die Kontrolle von »Sicherheit und Ordnung« im Kiez engagiert. Dem QM Pankstraße zufolge zeichnet sich ihre Qualität vor allem in der Nähe zu den BewohnerInnen und zum Kiez aus. »Also die Kiezläufer sind für die Sicherheit und Ordnung hinsichtlich dem Kiez und sollen zum einen sich zum Thema Ordnung äußern. Also wo ist Müll, wo ist Dreck und wo sind besondere Vorkommnisse, und das koppeln wir [das Quartiersmanagement, Anm. S. Thorsson] dann rück. Zum anderen sollen sie natürlich in Verbindung treten mit dem Ordnungsamt und mit der Polizei und sollen auch einfach mit denen kommunizieren. Also wenn die sich treffen, kann man sich austauschen einerseits, und andererseits ist es so, dass die Kiezläufer dadurch, dass sie auch öfter im Gebiet sind und viel intensiver durchs Gebiet laufen, viel detaillierter Dinge mitbekommen, das auch an die Polizei rückkoppeln.« (Int. Quartiersmanagement Pankstr.)

Zwischen der Polizei und den Kiezläufern gibt es tatsächlich regen Kontakt. So berichten die Kiezläufer, dass sie »normalerweise« mehrmals am Tag mit den zuständigen Polizeiabschnitten Kontakt haben, um »Absprachen zu koordinieren«. Dabei werden z.B. Informationen oder Neuigkeiten weitergegeben, die die Kiezläufer auf ihren Routen erhalten oder wahrnehmen. Dabei kommt es auch zu regelrechten Anweisungen von Seiten der Polizei, welche Bereiche oder Straßen noch überprüft werden sollen.

Eine spannende Frage bleibt, inwiefern die gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen bei der Subjektivierung erfolgreich sind, und inwieweit sich die Menschen der Herrschaftsnorm widersetzen. In diesem Aufsatz konnte auf die Widersprüchlichkeit zwischen den BewohnerInnen nicht eingegangen werden, da es vorrangig um die Beziehung von Wissenschaft und neuen Herrschaftstechniken gehen sollte. Gerade für eine politische Praxis ist es wichtig, nicht in einen sehr vereinfachenden Herrschaftsbegriff zu verfallen. Es gibt nicht nur Staat und Kapital auf der einen und die Unterdrückten auf der anderen Seite. Die Tendenz zu rassistischen und sexistischen Verhaltensweisen und Einstellungen untereinander in den Vorstädten bzw. den »sozialen Brennpunkt-Stadtteilen« nimmt in vielen Teilen Europas zu. Es lassen sich krasse sexistische Strukturen und Verhaltensweisen im »normalen«

Umgang im Alltag feststellen. Das Kiezleben ist klar jungen- und männerdominiert. Gerade abends und nachts sind wenige Mädchen und Frauen auf der Straße unterwegs. Ob deutsche Stammkneipen oder türkisch-arabische Kartenspiel-Vereine – beides sind oft exklusive Treffpunkte für Männer. Darüber hinaus entwickelt sich ein ganzes soziales Netz, welches von Männern arrangiert und organisiert wird. Trotzdem gibt es auch Orte, an denen Mädchen und Frauen sich den bestehenden patriarchalen »Kiezordnungen« bzw. Gesellschaftsnormen widersetzen und eine anderen, solidarischen Umgang organisieren. An vielen Straßenecken, U-Bahnstationen, Schulen, sozialen Einrichtungen, Internet-Cafés, Friseurläden und anderen Orten, Plätzen und Räumen finden alltägliche soziale Auseinandersetzungen und Diskussionen statt. Sicherlich ist nicht jeder Widerstand gegen Staat, Bullen und Arbeit gleich ein emanzipatorischer Stern am Himmel gegen moderne Herrschaftsstrukturen. Trotzdem können wir uns schon heute auf viele Kämpfe und soziale Auseinandersetzungen beziehen. Dabei ist es wichtig, eine solidarische Praxis sowohl mit den Menschen in den Trikont-Ländern als auch in den Metropolen des Westens zu entwickeln.

Steen Thorsson

Der obige Beitrag ist die Kurzfassung eines Artikels für das im Frühjahr 2009 erscheinende Buch »Banlieues – Die Zeit der Forderungen ist vorbei«, Assoziation A. Wir danken dem Verlag für die Erlaubnis zum Vorabdruck.

Links gegen die militärische Transformation...

Aktivitäten gegen den NATO Gipfel 2009

gipfelsoli.org/Home/Strasbourg_Baden-Baden_2009
natogipfel2009.blogspot.de
autistici.org/g8/files/lib2nato60-2009web.pdf

Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz München

no-nato.de
sicherheitskonferenz.de

Antimilitarismus on the road

bundeswehr-wegtreten.org
gegeninformationsbuero.de/krieg/tatortbesichtigung_2008.pdf

Antimilitarismus in der Bredouille

einstellung.so36.net
connection-ev.de
totalverweigerung.blogspot.de

Kampagne gegen die Deutsche Heeres Logistik DHL

dhl.blogspot.de/

Kampagne gegen das Bombodrom

bombodrom-nein.de

Antimilitarismus Infomaterial

(Studien & Analysen) – imi-online.de
(Friedensbewegung) – uni-kassel.de/fb5/frieden

Antimilitarismus International

europeanpeaceaction.org
(Bündnis gegen Militärstandorte) – nema-online.de
(NATO Game Over) – vredesactie.be/index.php?lang=en
(War Resisters International) – wri-irg.org/de/aus-buro.htm

Die Panzerknackerin 03

bundeswehr-wegtreten.org/main/panzerknackerin03.pdf

... des Sozialen ...

Initiative »Zahltag« im Amt
indymedia.org/2008/12/234434.shtml

Gegen Bertelsmann

anti-b.de
anti-bertelsmann.de

Bundeswehr an und Zusammenarbeit mit den Hochschulen

de.indymedia.org/2008/11/231649.shtml
mgfa-potsdam.de/html/military_studies.php
sowi.bundeswehr.de/portal
sfb-governance.de/sitemap/index.html

aus dem studentischen Bereich

fuwatch.wordpress.com/2008/10/23/kritik-am-sfb-700-nimmt-zu

... überall auf der Welt

Materialien für einen neuen Antiimperialismus:
materialien.org/index.html
Internationale ArbeiterInnenkämpfe:
labournet.de/internationales/index.html
Bundeskoordination Internationalismus:
buko.info
industrial workers of the world:
wobblies.de
Datenbank der Kooperation Dritte Welt Archive:
archiv3.org